

- **Sondereffekt drückte BIP im II. Quartal – Vorlaufindikatoren deutlich aufgeheilt**
- **Niedrige Zahl an Schadenfällen sorgte 2025 für Entspannung in der Schaden- und Unfallversicherung**
- **Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2026. Sonderthema: Wasser als kritische Ressource**
- **Die Dürre 2026 – eine volkswirtschaftliche Einordnung und Lehren daraus**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •

Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2026

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2026 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



99. Jahrgang, Heft 9/2026

435-442 ■ **Sondereffekt drückte BIP im II. Quartal – Vorlaufindikatoren deutlich aufgehell**

Christian Glocker

Nach sechs Zuwächsen in Folge schrumpfte Österreichs Wirtschaftsleistung im II. Quartal 2026 um 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Der Rückgang war überwiegend statistischer Natur: Während die Bruttowertschöpfung expandierte, drückte ein kräftiger Anstieg der Gütersubventionen bei gleichzeitiger Abnahme der Gütersteuern das BIP. Angebotsseitig setzte sich die Schwäche im Bauwesen fort, die Industrie wuchs hingegen moderat. Nachfrageseitig stützten die Ausrüstungsinvestitionen das BIP. Die Beschäftigung stagnierte im II. Quartal und die Arbeitslosenquote verharrte auch im August auf dem höchsten Wert seit Mitte 2021. Wichtige Vorlaufindikatoren hellten sich zuletzt deutlich auf, getragen von einer breiten, international beobachtbaren Erholung der Industriekonjunktur. Die Inflationsrate zog im August wegen der höheren Energiepreise wieder an, blieb aber wie schon im Juli unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes.

One-off Effect Weighed on GDP in the Second Quarter – Leading Indicators Have Brightened Significantly

443 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

445-455 ■ **Niedrige Zahl an Schadenfällen sorgte 2025 für Entspannung in der Schaden- und Unfallversicherung**

Thomas Url

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft steigerte 2025 das Prämienvolumen um 5,0%. In allen Sparten verlangsamte sich das Tempo der Tarifierhöhungen, sodass Mengenausweitungen an Bedeutung gewannen. In der Schaden- und Unfallversicherung (+5,0%) entsprach das Prämienwachstum dem europäischen Durchschnitt. Die private Krankenversicherung erwies sich weiter als dynamischer Versicherungszweig (+8,5%). Die Lebensversicherung (+2,8%) konnte im Neugeschäft vor allem mit Einmalerlägen punkten. Weniger Schadenfälle waren nach dem Hochwasser 2024 besonders in der Kleinelementarversicherung zu verzeichnen, aber auch andere umsatzträchtige Versicherungen (Kfz-Haftpflicht, Rechtsschutz und Haushalt) meldeten Rückgänge. Insgesamt schrumpften die Leistungen um 2,3%. Das verbesserte Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft unterstützte 2025 die Profitabilität der Branche und ermöglichte den Aufbau von Eigenkapital.

Low Claims Numbers Laid the Foundation for a Relaxed Situation in Property and Casualty Insurance in 2025

457-473 ■ **Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2026.**

Sonderthema: Wasser als kritische Ressource

Katharina Falkner, Simon Finster, Bernhard Kasberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Franz Sinabell, Mark Sommer

Die österreichische Wirtschaft verzeichnete 2024 einen realen BIP-Rückgang von 0,8%, begleitet von einer Abnahme des Energieverbrauchs (–0,7%) und der Treibhausgasemissionen (–3,0%). Die Emissionsreduktion ist auf ein Zusammenspiel struktureller und konjunktureller Faktoren zurückzuführen: anhaltend hohe Energiepreise, die rückläufige Wirtschaftsentwicklung, eine milde Witterung (Heizgradtage –4,1%) sowie der fortschreitende Ausbau erneuerbarer Energietechnologien dämpften sämtlich den Ausstoß. 2025 kehrte sich dieser Trend laut vorläufigen Daten teilweise um. Der Anstieg der Treibhausgasemissionen (+0,7%) blieb jedoch moderat angesichts eines wachsenden Energieverbrauchs (+1,9%), eines realen BIP-Zuwachses (+0,8%), des Einbruchs der Stromerzeugung aus Wasserkraft (–27,6%) und der kühleren Witterungsbedingungen (Heizgradtage +11,7%). Der deutliche Rückgang der Wasserkraftproduktion verweist auf eine systemisch relevante Vulnerabilität: Wasserknappheit infolge von Extremwetterereignissen destabilisiert nicht nur den Energie-Mix aus erneuerbaren Quellen und die landwirtschaftliche Produktivität, sondern gefährdet die Resilienz ganzer Wertschöpfungsketten.

Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2026. Special Topic: Water as a Critical Resource

475-495 ■ **Die Dürre 2026 – eine volkswirtschaftliche Einordnung und Lehren daraus**

Franz Sinabell, Gabriel Felbermayr, Thomas Url

Die Hitze und Trockenheit der letzten Monate beeinträchtigten die Gesundheit und das Wohlbefinden vieler Menschen. Unmittelbar sicht- und greifbare wirtschaftliche Schäden hat vor allem der österreichische Agrarsektor erlitten. Dieser Beitrag legt zunächst eine vorläufige Bewertung der im August 2026 beschlossenen Hilfsmaßnahmen vor. Das Hauptaugenmerk richtet sich aber auf die Fragen, wie die Auswirkungen von Extremwetterereignissen auf die Wirtschaft begrenzt werden können und wie das in vielen Bereichen gut funktionierende System des Risikomanagements zukunftsfähig gemacht werden kann. Marktkonforme Ansätze sind die Stärkung von Versicherungen und der Einsatz von Krediten zur Finanzierung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen.

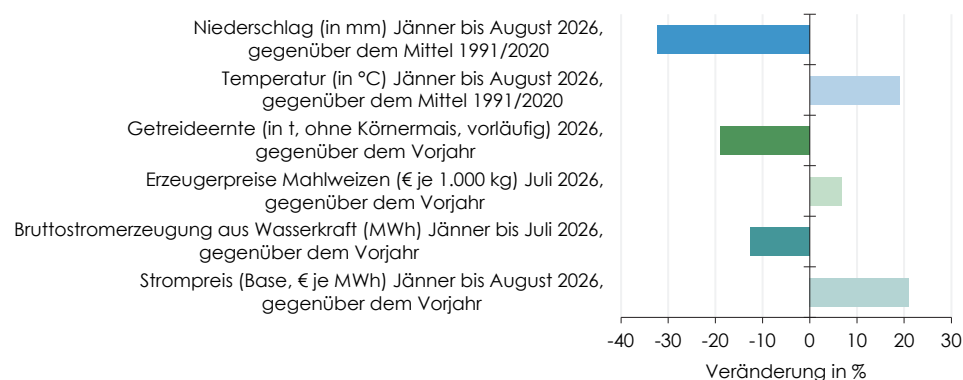
The 2026 Drought – An Economic Analysis and Lessons to be Learnt

Sondereffekt drückte BIP im II. Quartal – Vorlaufindikatoren deutlich aufgehellt

Christian Glocker

- Laut Statistik Austria sank Österreichs Wirtschaftsleistung im II. Quartal 2026 um 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Die Bruttowertschöpfung legte dagegen zu; der BIP-Rückgang war dem kräftigen Anstieg der Gütersubventionen bei gleichzeitiger Abnahme der Gütersteuern zuzuschreiben.
- Angebotsseitig expandierte die Industrie leicht, während das Bauwesen, abgesehen vom I. Quartal 2025, bereits seit Ende 2020 schrumpft.
- Die Beschäftigung stagnierte im II. Quartal 2026; die Arbeitslosenquote liegt seit Juni auf dem höchsten Stand seit Mitte 2021.
- Wichtige Vorlaufindikatoren hellten sich im August dennoch auf, getragen von einer breiten, international beobachtbaren Erholung in der Industrie.
- Die Inflationsrate zog zuletzt wieder auf 3,2% an (laut VPI, Schnellschätzung für August).
- Trockenheit und Hitze belasteten die Landwirtschaft, verringerten die Stromerzeugung aus Wasserkraft und erschwerten die Donauschifffahrt.

Trockenheit und Hitze belasten Landwirtschaft und Energieerzeugung



"Witterungsbedingte Ernteauffälle und die rückläufige Stromerzeugung aus Wasserkraft wirken sich zunehmend auch auf die Preisbildung auf den Märkten aus."

Die Dürre und Hitze des laufenden Jahres schmälerten die Getreideernte und die Stromerzeugung aus Wasserkraft, was sich auch in den Strompreisen niederschlug (Q: GeoSphere Austria, Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, HWWI, E-Control, European Energy Exchange, WIFO-Berechnungen. Ein geringer Teil des Rückgangs der Getreideernte dürfte auch der Verkleinerung der Anbaufläche um etwa 2% zuzuschreiben sein).

Sondereffekt drückte BIP im II. Quartal – Vorlaufindikatoren deutlich aufgehell

Christian Glocker

Sondereffekt drückte BIP im II. Quartal – Vorlaufindikatoren deutlich aufgehell

Nach sechs Zuwächsen in Folge schrumpfte Österreichs Wirtschaftsleistung im II. Quartal 2026 um 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Der Rückgang war überwiegend statistischer Natur: Während die Bruttowertschöpfung expandierte, drückte ein kräftiger Anstieg der Gütersubventionen bei gleichzeitiger Abnahme der Gütersteuern das BIP. Angebotsseitig setzte sich die Schwäche im Bauwesen fort, die Industrie wuchs hingegen moderat. Nachfrageseitig stützten die Ausrüstungsinvestitionen das BIP. Die Beschäftigung stagnierte im II. Quartal und die Arbeitslosenquote verharrte auch im August auf dem höchsten Wert seit Mitte 2021. Wichtige Vorlaufindikatoren hellten sich zuletzt deutlich auf, getragen von einer breiten, international beobachtbaren Erholung der Industriekonjunktur. Die Inflationsrate zog im August wegen der höheren Energiepreise wieder an, blieb aber wie schon im Juli unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 7. 9. 2026

Kontakt: Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at)

One-off Effect Weighed on GDP in the Second Quarter – Leading Indicators Have Brightened Significantly

Following six consecutive quarters of growth, Austria's economic output contracted by 0.1 percent quarter-on-quarter in the second quarter of 2026. The decline was largely of a statistical nature: while gross value added expanded, a sharp rise in subsidies on products, coupled with a simultaneous fall in taxes on products, weighed on GDP. On the supply side, weakness in the construction sector persisted, while industry grew moderately. On the demand side, investment in machinery and equipment supported GDP. Employment stagnated in the second quarter and the unemployment rate remained in August at its highest level since mid-2021. Key leading indicators have recently improved significantly, driven by a broad, internationally observable recovery in industrial activity. The inflation rate picked up again in August due to higher energy prices, but, as in July, remained below the euro area average.

1. Einleitung

Laut Statistik Austria schrumpfte Österreichs Bruttoinlandsprodukt im II. Quartal 2026 um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, nachdem es davor sechs Quartale in Folge zugelegt hatte (saison- und kalenderbereinigt). Der rezente Rückgang ist allerdings kein Anzeichen einer Konjunkturabschwächung, zumal die Bruttowertschöpfung im II. Quartal um 0,1% expandierte. Zuzuschreiben ist er vielmehr einem kräftigen Anstieg der Gütersubventionen bei markantem Rückgang der Gütersteuern. Dieser Sondereffekt wirkte sich unmittelbar negativ auf das BIP aus, ohne dass ihm eine Schwäche der Realwirtschaft zugrunde lag.

Angebotsseitig setzte sich die zuletzt beobachtete Zweiteilung fort: Die Herstellung von Waren expandierte moderat, während das Bauwesen – abgesehen von einem geringen Wachstum im I. Quartal 2025 (+0,1%) – bereits seit dem IV. Quartal 2020

schrumpft. Nachfrageseitig stand daher einem deutlichen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen ein erneuter Rückgang der Bauinvestitionen gegenüber.

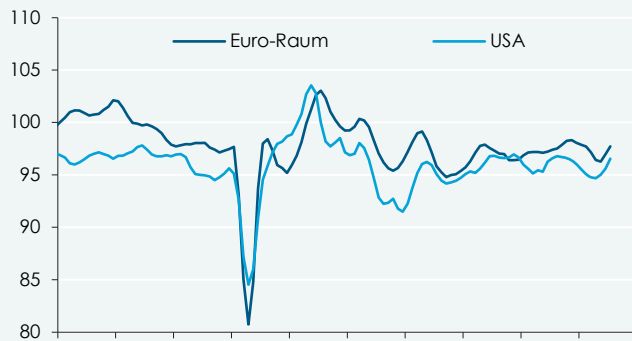
Die Beschäftigung stagnierte im II. Quartal nahezu (laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung – VGR), während die Arbeitslosenquote bereits seit Juni 2026 auf einem mehrjährigen Höchststand notiert. Der trockene und heiße Sommer belastete die Landwirtschaft und die Stromerzeugung aus Wasserkraft, während er dem Tourismus ein neues Nachfragehoch bescherte.

Die Inflationsrate zog im August laut Schnell-schätzung von Statistik Austria auf 3,2% an (+2,9% laut HVPI), vor allem wegen höherer Treibstoff- und Heizölpreise. Wie schon im Juli lag die Teuerung jedoch unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes, während die Kerninflation darüber blieb.

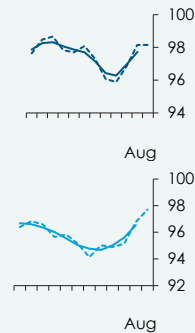
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

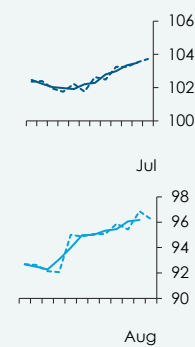
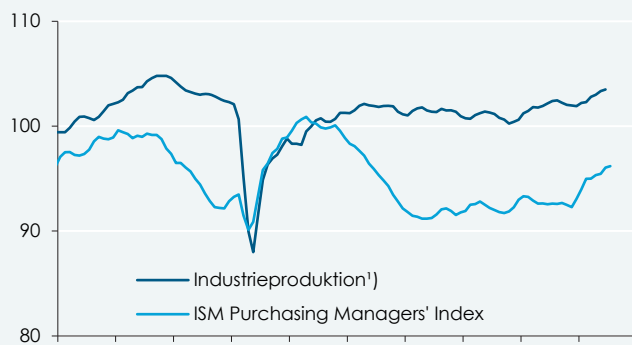
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



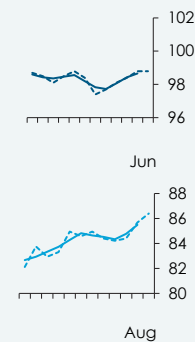
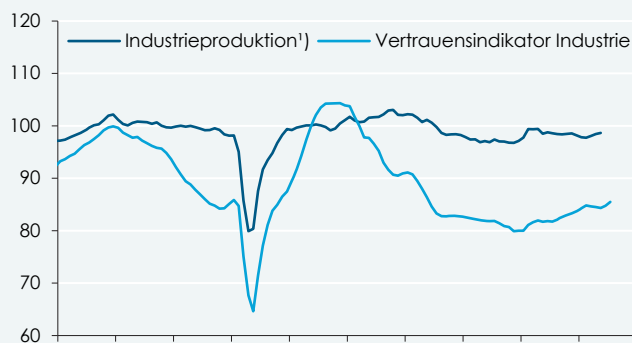
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



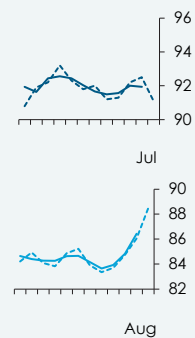
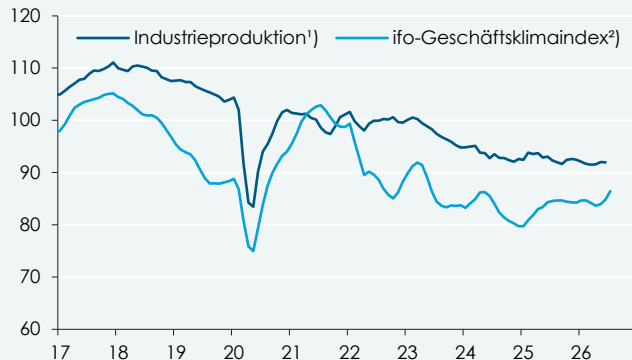
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – 1) NACE 2008, Abschnitte B, C und D. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

Für die kommenden Monate zeichnet sich eine Konjunkturaufhellung ab. Wichtige Vorlaufindikatoren verbesserten sich im August 2026 auf breiter Front: Der WIFO-Konjunktur-

klimaindex stieg kräftig, ebenso wie der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex, der den höchsten Stand seit dem Frühjahr 2022 erreichte.

2. Weltkonjunktur erholt sich, Chinas Wachstum verlangsamt sich weiter

Die internationale Industriekonjunktur hellte sich im August auf breiter Front auf.

Die internationale Industriekonjunktur gewann im August 2026 breit an Fahrt. Der J. P. Morgan Global Manufacturing PMI kletterte auf ein Dreimonatshoch von 52,3 Punkten (Juli 2026: 52,1 Punkte) und signalisierte den 13. Monat in Folge eine Expansion; Produktionsausweitungen meldeten Konsum-, Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten gleichermaßen, und die Exportneuaufträge legten erstmals seit vier Monaten wieder zu.

In den USA verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2026 auf vorläufig 0,4% gegenüber dem Vorquartal. Getragen wurde das Wachstum vom privaten Konsum und den Ausrüstungsinvestitionen, während es der Lagerabbau und der Außenhandel dämpften. Die Kerninflationsrate laut Deflator des privaten Konsums lag im Juli unverändert bei 3,3% gegenüber dem Vorjahresmonat; die Gesamtinflationsrate betrug auch im Juli 3,7% (laut VPI 3,4%).

Die chinesische Wirtschaft wuchs nach +5,0% im I. Quartal 2026 nur mehr um 4,3% gegenüber dem Vorjahresquartal – der niedrigste Wert seit Ende 2022. Vorlaufindikatoren zeichnen ein gespaltenes Bild: Der offizielle Einkaufsmanagerindex des National Bureau of Statistics für das verarbeitende Gewerbe verharrte im August mit 49,8 Punkten (Juli 49,2 Punkte) den zweiten Monat in Folge unter der Wachstumsschwelle, während der stärker privatwirtschaftlich geprägte RatingDog-Index (ehemals Caixin) auf 51,5 Punkte anstieg (Juli 50,9 Punkte). Chinas Exporte legten im Juli mit +23,9% gegenüber dem Vorjahresmonat weiter kräftig zu, während die Einzelhandelsumsätze mit +0,6% weitgehend stagnierten (Juni +1,0%) und sich der Abschwung auf dem Immobilienmarkt vertiefte: Die Immobilieninvestitionen blieben von Jänner bis Juli 2026 um 19,2% unter dem Vorjahresniveau. Chinas Verbraucherpreise lagen im Juli um 0,5% über dem Wert des Vorjahres, die Erzeugerpreise um 3,5%. Die Notenbank beließ ihre Leitzinsen den 15. Monat in Folge unverändert auf einem historischen Tiefstand.

2.1 Euro-Raum: Stimmungsindikatoren hellen sich auf, Energiepreise treiben abermals die Inflation

Die Konjunkturmfragen der Europäischen Kommission zeichnen ein zunehmend positives Bild. Der Economic Sentiment Indicator

(ESI) notierte im August 2026 sowohl in der EU als auch im Euro-Raum höher als im Vormonat. Für Österreich legte der ESI ebenfalls zu, jedoch schwächer; sämtliche Teilindikatoren blieben unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Besonders gering ist hierzulande weiterhin das Verbrauchervertrauen. Die Stimmung in der Industrie verbesserte sich zuletzt, blieb aber ebenfalls schwach. Eine Aufhellung wurde im Bauwesen gemessen, getragen vom Anziehen der Auftragsbestände.

Auf den Rohstoffmärkten beschleunigte sich der Preisauftrieb im August. Der HWWI-Rohstoffpreisindex notierte auf Euro-Basis um 30,6% über dem Vorjahresniveau und um 4,4% über dem Wert des Vormonates. Der Anstieg des HWWI ist allerdings kein Zeichen für eine Rohstoffhausse auf breiter Front, sondern konzentriert sich auf wenige Gruppen. Maßgeblich war die Verteuerung von Energie (+38,1% gegenüber dem Vorjahr), vor allem von Erdgas (+65,7%); der Rohölpreis lag im August um 25,6% über dem Vorjahresniveau. Kräftig verteuerten sich zudem NE-Metalle (+37,1%, Kupfer +49,4%). Gegenläufig entwickelten sich die Preise für Holz und Zellstoff (–34,8%) sowie agrarische Rohstoffe (–18,9%), wodurch der Anstieg des Index ohne Energie mit +12,7% deutlich moderater ausfiel. Bemerkenswert ist der Umschwung der Getreidepreise: Nach –0,2% im Juni lagen die Notierungen im Juli um 19,9% und im August bereits um 30,4% über dem Vorjahresniveau, bei Weizen sogar um 48,5%.

Die Inflationsrate im Euro-Raum erreichte im August 2026 laut Schnellschätzung von Eurostat 3,3%, nach 2,9% im Juli. Energie war nach +10,3% im Juli um 14,3% teurer als im Vorjahr und trug damit allein 1,29 Prozentpunkte zur Gesamtrate bei; die Dienstleistungspreise stiegen mit +3,0% ebenfalls kräftig (Beitrag 1,44 Prozentpunkte). Die Kerninflation (ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak) blieb mit 2,4% nahezu unverändert (Juli 2026: 2,5%).

Die Zunahme des Kostendrucks spiegelt sich auch in den Erzeugerpreisen im verarbeitenden Gewerbe; im Euro-Raum legten sie im Juni um 4,5% zu, in Deutschland im Juli um 4,2%.

Chinas Wirtschaft wuchs im II. Quartal nur noch um 4,3% gegenüber dem Vorjahresquartal – der schwächste Wert seit Ende 2022.

Die Stimmungsindikatoren der Europäischen Kommission verbesserten sich im August deutlich.

Die Inflationsrate im Euro-Raum sprang im August auf 3,3%, weil die Energiepreise wieder kräftig anzogen.

3. Österreich

3.1 Sondereffekt dämpfte BIP im II. Quartal

Gemäß Statistik Austria schrumpfte Österreichs BIP im II. Quartal 2026 um 0,1% gegenüber dem Vorquartal (saison- und kalenderbereinigt), nach +0,1% im I. Quartal. Gegenüber dem Vorjahresquartal halbierte sich der Zuwachs auf 0,4%. Ausschlaggebend für den BIP-Rückgang war nicht die reale Wirtschaftstätigkeit, sondern ein Sondereffekt: Während die Bruttowertschöpfung insgesamt um 0,1% zunahm, brachen die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen um 2,2% ein, weil die Gütersubventionen im Quartalsvergleich um rund 24% zulegten und die Gütersteuern, die im Saldo den weitaus größeren Anteil ausmachen, um 1,7% schrumpften.

Auf der Angebotsseite wuchs die Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E) moderat um 0,1% gegenüber dem Vorquartal (davon Herstellung von Waren +0,2%), während die Bauwertschöpfung weiter nachgab (–0,1%, nach –0,5% im Vorquartal). In den Dienstleistungen war das Bild uneinheitlich: Während die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (+1,3%) sowie die Beherbergung und Gastronomie expandierten (+1,5%), büßten der Handel (–0,3%) und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (–0,5%) leicht an Wertschöpfung ein.

Nachfrageseitig entwickelten sich vor allem die Investitionen sehr heterogen. Die Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen um 1,3% gegenüber dem Vorquartal verschleierte eine ausgeprägte Zweiteilung: Während die Ausstattungsinvestitionen, getragen von einem deutlichen Zuwachs bei sonstigen Ausstattungen und Waffensystemen (+10,5%), um 5,2% anwuchsen, gaben die Bauinvestitionen abermals um 0,7% nach – der Wohnbau büßte 0,4% ein, der Nichtwohnbau 1,0%. Dämpfend wirkte zudem der Lagerabbau, während der Außenbeitrag das BIP stützte, da die Importe (–1,5%) stärker zurückgingen als die Exporte (–1,0%). Die Konsumausgaben der privaten Haushalte legten im II. Quartal 2026 um 0,4% zu, jene des Staates gaben dagegen um 0,4% nach. Auf der Verteilungsseite expandierten sowohl die Arbeitnehmerentgelte (nominell +0,6% gegenüber dem Vorquartal) als auch der Bruttobetriebsüberschuss und die Selbständigeneinkommen (+0,8%). Die Kapitaleinkommen wuchsen damit kräftiger als die Lohneinkommen.

3.2 Hitze und Trockenheit belasten Landwirtschaft, Energieerzeugung und Binnenschifffahrt

Entstehungsseitig stach die Land- und Forstwirtschaft mit einem Wertschöpfungsrückgang von 3,4% gegenüber dem Vorquartal

(I. Quartal –2,6%) besonders negativ hervor – eine Folge der ungewöhnlich trockenen und überdurchschnittlich warmen Witterung. Das laufende Jahr brachte neue Temperaturhöchstwerte und eine teils dramatische Trockenheit mit sich. Von Jänner bis August 2026 lagen die Temperaturen um etwa 19% über dem langjährigen Mittel, der Niederschlag um rund 32% darunter. Der August war laut GeoSphere Austria im bundesweiten Flächenmittel um 3,2 °C wärmer als im Klimamittel 1991/2020; zugleich wurde ein Niederschlagsdefizit von 35% gemessen. Laut Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) lagen im August an rund 95% der Pegelmessstellen die Abflüsse unter dem langjährigen Durchschnitt, und knapp 90% der Grundwassermessstellen verzeichneten niedrige oder sehr niedrige Stände. Die AMA prognostiziert für die diesjährige Getreideernte einen Rückgang auf rund 4,5 Mio. t (einschließlich Körnermais), womit um 18,4% weniger geerntet würde als 2025 und um 12,2% weniger als im langjährigen Durchschnitt. Die bereits geerntete Menge dürfte mit rund 2,5 Mio. t (ohne Mais) um 19% unter dem Vorjahr liegen.

Die Trockenheit beeinträchtigte auch die Energieerzeugung: Gemäß E-Control sank die Bruttostromerzeugung aus Wasserkraft bis Juli um rund 13% gegenüber dem Vorjahr. Die Wasserkraftwerke der Verbund AG erzeugten im 1. Halbjahr 2026 um 9,8% weniger Strom als im Vergleichszeitraum. Der Erzeugungskoeffizient der Laufwasserkraft lag mit 0,68 um 32 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Strompreis reagierte erwartungsgemäß: Der österreichische Spotmarktpreis für Grundlast lag bis August 2026 mit durchschnittlich 115 € je MWh um 21,1% über dem Vorjahresniveau. Für die Erzeuger schlugen derartige Preisanstiege nicht voll auf die Erlöse durch, da ein Teil der Produktion langfristig vorverkauft ist.

Auch die Binnenschifffahrt war betroffen: Nach Angaben von via donau – Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft mbH und dem Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI) lagen die Donaupegel in den freien Fließstrecken Anfang August um rund 60 cm unter dem langjährigen Niederwasserwert. Die Fahrwassertiefe sank teils auf 1,8 m, womit das auf internationalen Vorgaben beruhende Erhaltungsziel von 2,5 m klar unterschritten wurde. Die Güterschifffahrt kam damit nach Behördenangaben weitgehend zum Erliegen¹⁾. Einzelne Industriebetriebe verlagerten ihre Transporte auf die Bahn.

Positiv wirkte sich der heiße Sommer dagegen auf den Tourismus aus: Von Mai bis Juli

Österreichs BIP sank im II. Quartal um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, obwohl die Bruttowertschöpfung zulegte. Ursächlich für diese Diskrepanz war ein statistischer Sondereffekt.

Anhaltende Trockenheit und enorme Hitze drückten die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft im II. Quartal deutlich. Auch die Stromerzeugung aus Wasserkraft nahm merklich ab, während der Tourismus ein neues Nachfragehoch verzeichnete.

¹⁾ Zur Einordnung: Im Niederwasserjahr 2018 sank das Jahrestransportaufkommen um rund 25%.

2026 verzeichneten Österreichs Beherbergungsbetriebe mit 41,98 Mio. Nächtigungen einen neuen Höchstwert seit Beginn der elektronischen Aufzeichnungen im Jahr 1973 (+3,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Allein auf den Juli entfielen 19,56 Mio. Nächtigungen (+5,4%), bei noch stärkerem Anstieg der Ankünfte (+9,9%).

3.3 Vorlaufindikatoren auch in der Industrie aufgeheit

Der WIFO-Konjunkturklimaindex und der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex hellten sich im August deutlich auf.

Der WIFO-Konjunkturtest vom August 2026 zeigt eine deutliche Verbesserung der unternehmerischen Einschätzungen. Der saisonbereinigte WIFO-Konjunkturklimaindex für die Gesamtwirtschaft stieg gegenüber dem Vormonat an; neben den Lagebeurteilungen verbesserten sich auch die Erwartungen. Sektoral ist das Bild uneinheitlich: Klar im positiven Bereich notierte der WIFO-Konjunkturklimaindex im Bauwesen. In der Sachgütererzeugung blieb er trotz Verbesserung

unter der Nulllinie und deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Anteil der Sachgütererzeuger mit zumindest ausreichenden Auftragsbeständen kletterte von 59,1% auf unterdurchschnittliche 60,5%, jener mit ausreichenden Auslandsaufträgen von 54,6% auf 58,3%. Die Verkaufspreiserwartungen gaben leicht nach, während sich die Beschäftigungserwartungen eintrübten. In der Bauwirtschaft meldeten im August 72,5% der Unternehmen zumindest ausreichende Aufträge.

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex lässt für die österreichische Industrie ebenfalls eine Konjunkturaufhellung erwarten: Er stieg im August um 2,9 Punkte auf 54,4 Punkte, den höchsten Stand seit dem Frühjahr 2022. Die Neuaufträge kletterten auf 53,6 Punkte, die Exportaufträge auf 53,2 Punkte, und der Index für die Produktionsleistung erreichte mit 56,0 Punkten den günstigsten Wert seit über vier Jahren.

Abbildung 2: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen

Gesamtwirtschaft



Sachgütererzeugung



Bauwirtschaft



Dienstleistungen



- Zusammenfassung der Beurteilungen der aktuellen Lage und der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung
- Zusammenfassung der für die kommenden Monate erwarteten Produktion und Geschäftslage

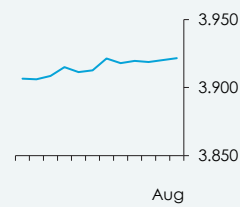
Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

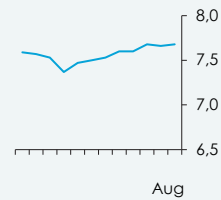
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



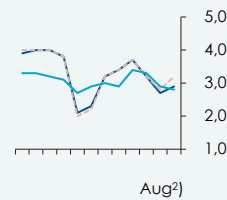
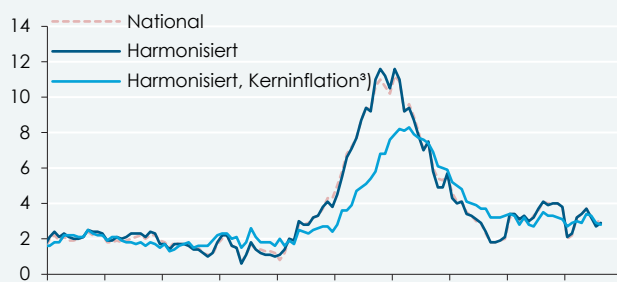
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



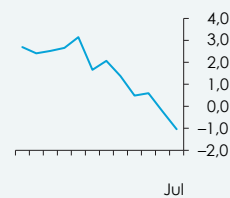
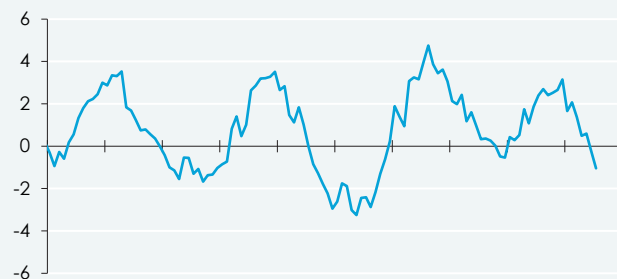
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



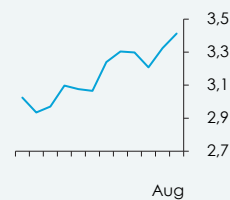
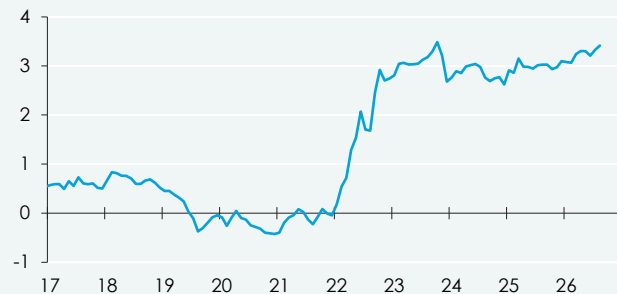
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. – ³⁾ Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Die Inflation beschleunigte sich im August auf voraussichtlich 3,2%, weil Treibstoff- und Heizölpreise kräftig anzogen. Die Kerninflation blieb mit 3,0% hoch.

Die Arbeitslosenquote erreichte den höchsten Stand seit Mitte 2021. Die Beschäftigung stagnierte im II. Quartal 2026 nahezu.

3.4 Energiepreise treiben auch in Österreich die Inflation

Gemäß der Schnellschätzung von Statistik Austria lag der Verbraucherpreisindex im August 2026 um 3,2% über dem Vorjahresniveau, nach 2,8% im Juli. Hauptursache des Anstiegs waren die Energiepreise, die im Jahresabstand um 10,0% zulegten (Juli +5,7%) und damit 0,84 Prozentpunkte zur Gesamtinflation beitrugen. Vor allem Treibstoff und Heizöl verteuerten sich kräftig. Bei Nahrungsmitteln, Tabak und Alkohol blieb der Preisanstieg wegen der seit Juli wirksamen Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel gering (+0,2%). Die Kerninflation betrug im August voraussichtlich 3,0%; von den Dienstleistungspreisen (+4,3%, nach +4,4% im Juli) ging mit rund 2,2 Prozentpunkten weiterhin ein Großteil des Preisauftriebs aus. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg im August um 2,9% (Juli +2,7%), womit die Teuerung nach Juli auch im August unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes lag, während die Kerninflation darüber blieb.

Auch auf den vorgelagerten Stufen verstärkte sich der Preisdruck zuletzt weiter. Der Großhandelspreisindex lag im August 2026 um 8,2% über dem Vorjahresniveau, nach 6,9% im Juli; Haupttreiber waren sonstige Mineralölzeugnisse (+52,3%) und Motorenbenzin einschließlich Diesel (+33,6%). Der Erzeugerpreisindex für den produzierenden Bereich notierte im Juli um 3,3% über dem Vorjahresstand und setzte damit seinen Aufwärtstrend fort; ausschlaggebend waren Vorleistungsgüter (+6,6%), insbesondere NE-Metalle und Halbzeug (+48,6%), während sich die Verteuerung chemischer Grundstoffe deutlich abschwächte (Juli +11,4% gegenüber +22,5% im Juni). Auch im Bauwesen blieb der Kostendruck hoch: Der Baupreisindex für den Hoch- und Tiefbau notierte im II. Quartal 2026 um 4,9% über dem Vorjahresniveau und um 3,1% über dem Wert des Vorquartals. Die Baukosten im Wohnhaus- und

Siedlungsbau waren im Juli 2026 um 5,2% höher als im Vorjahr, im Straßenbau sogar um 7,9%. Die anhaltend lebhaftere Baukostendynamik trifft eine Branche, deren reale Wertschöpfung weiterhin schrumpft, und dürfte die ohnehin zaghafte Erholung der Auftragslage zusätzlich erschweren.

3.5 Arbeitsmarktlage trotz stabiler Beschäftigung ungünstiger

Der österreichische Arbeitsmarkt entwickelte sich zuletzt wieder ungünstiger. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erreichte sowohl nach nationaler Definition (August 2026: 7,7%) als auch laut Eurostat (Juli 2026: 6,2%) den höchsten Stand seit Mitte 2021. Die Beschäftigung blieb zuletzt nahezu stabil: Laut VGR stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen im II. Quartal 2026 gegenüber dem Vorquartal; in der Industrie und im Bauwesen (jeweils –0,3%) ging die Erwerbstätigkeit weiter zurück.

Für August zeigen die vorläufigen Daten mit saisonbereinigt 3.972.300 unselbständig Beschäftigten leichte Zuwächse gegenüber dem Vormonat (+2.300; +10.000 gegenüber dem Vorjahr, unbereinigt laut Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz – BMASGPK). Die saisonbereinigte Zahl der offenen Stellen blieb mit 75.500 nahezu unverändert gegenüber Juli (–1.100 gegenüber dem Vorjahr).

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex registrierte im August ein erstes Gegensignal zur zuletzt schwachen Beschäftigungsentwicklung: Der entsprechende Teilindex stieg auf 51,3 Punkte und deutete erstmals seit rund 40 Monaten wieder auf einen Personalaufbau in der Industrie hin. Die zuletzt deutlich verbesserten Auftrags- und Produktionseinschätzungen könnten sich somit allmählich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauning@wifo.ac.at, victoria.ploechl@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleichen gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, liegen um Saison- und Kalendereffekte (bewegliche Feiertage oder eine unterschiedliche Zahl an Arbeitstagen in der Periode) bereinigte Daten zugrunde.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und kalenderbereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Bereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang gibt an, wie stark das BIP im Folgejahr t_1 (auf Basis saison- und kalenderbereinigter Werte) wachsen bzw. schrumpfen würde, wenn die Wirtschaftsleistung das gesamte Jahr hindurch auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres t_0 verharrt. Er beschreibt damit den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf des Vorjahres auf die Veränderungsrate des Folgejahres.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2020/2025 als 1. Veränderungsrate jene von 2020 auf 2021, als letzte jene von 2024 auf 2025 (geometrisches Mittel).

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) gegenüber dem Vorjahr. Der VPI ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb des Euro-Raumes (siehe auch <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist international nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Positionen Lebensmittel, Alkohol und Tabak und Energie zu verwenden. So werden rund 80% der im österreichischen VPI-Warenkorb (VPI 2025) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 2.000 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Er ist Teil des gemeinsamen harmonisierten Programms der EU für Konjunkturmfragen bei Unternehmen und Verbrauchern (BCS) und wird von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt.

Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind entweder Anteile oder Salden zwischen dem Anteil positiver und negativer Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot (Summe aus Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen befinden sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen. Für die Berechnung der gängigen Arbeitslosenquote wird ihre Zahl nicht berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Armutsgefährdungsquote und S80/S20-Verhältnis

Als armutsgefährdet gelten gemäß EU-Definition Personen, deren bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) unter 60% des nationalen Medianeinkommens liegt. Die Quote bezeichnet den Anteil dieser Personen an der Bevölkerung in privaten Haushalten.

Der S80/S20-Indikator, ein Maß der Einkommensungleichheit, beschreibt das Verhältnis der gesamten Äquivalenzeinkommen im obersten Einkommensquintil der privaten Haushalte zu jenem im untersten Einkommensquintil. Die Zeitangabe bezieht sich auf das Einkommensreferenzjahr der Datenbasis (Eurostat, EU-SILC 2024) bzw. der Simulation (EUROMOD J2.0+). Für alle Schlussfolgerungen sind ausschließlich die Autor:innen verantwortlich.

Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl



Der Konjunkturreport Einzelhandel stellt einmal pro Quartal wesentliche Konjunkturinformationen für den Einzelhandel bzw. Handel insgesamt zusammen. Eine laufende Konjunkturbeobachtung und -berichterstattung ist von hoher Relevanz, um den Handelsbetrieben sowie der interessierten Öffentlichkeit aktuelle Daten und Analysen liefern zu können. Der aktuelle Bericht zeigt, dass der durch den Iran-Krieg angestiegene Erdölpreis die heimische Wirtschaft belastete und die konjunkturelle Erholung unterbrach. Auch die Umsatzentwicklung im heimischen Einzelhandel (ohne Kfz) fiel nach vorläufigen Daten kalenderbereinigt im Juni 2026 schwach aus. Befragungsdaten sowohl auf Seiten der Einzelhändler:innen als auch der Konsument:innen zeigten zuletzt jedoch wieder eine Verbesserung an. Die Inflation ging im Juli 2026 auf 2,8% zurück, wobei hier die Nahrungsmittelpreise dämpfend wirkten.

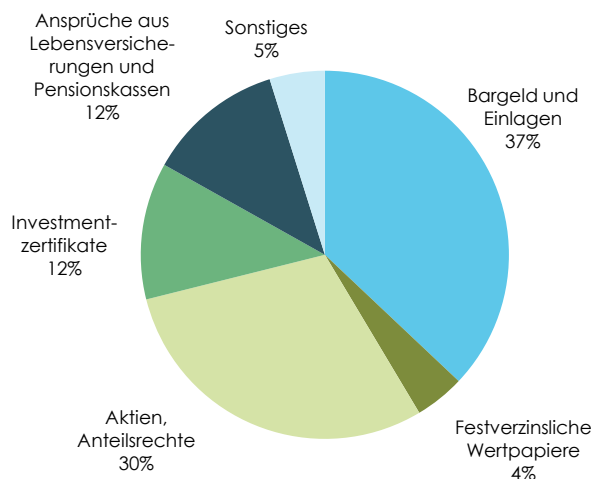
Im Auftrag des Handelsverbandes Österreich • August 2026 • 28 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72568948>

Niedrige Zahl an Schadenfällen sorgte 2025 für Entspannung in der Schaden- und Unfallversicherung

Thomas Url

- Das Prämienwachstum im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beruhigte sich 2025 etwas, mit leichten Vorteilen für die Lebensversicherung.
- In Österreich verschob sich das Prämienaufkommen weiter von der Lebens- zur Nicht-Lebensversicherung.
- Die Tarifsteigerungen für Versicherungsprodukte lagen 2025 erneut über der allgemeinen Inflationsrate.
- Die Lebensversicherung legte im Neugeschäft mit Einmalerlägen deutlich zu.
- Die private Krankenversicherung zeigte auch 2025 hohe Mengenzuwächse.
- Die niedrige Zahl an Schaden- und Leistungsfällen sorgte für ein Rekordergebnis in der Schaden- und Unfallversicherung.
- Ein verbessertes Veranlagungsergebnis steigerte die Profitabilität in der Versicherungswirtschaft.

Verteilung des privaten Geldvermögens 2025



Einmalerläge in der Lebensversicherung profitierten 2025 von negativen realen Renditen auf liquide Veranlagungen."

Das Geldvermögen der privaten Haushalte stieg 2025 um 45,7 Mrd. € (+5,1%). Die Ersparnisse übertrafen die Kursgewinne von Wertpapieren. Die privaten Haushalte investierten vermehrt in Produkte mit längeren Laufzeiten; davon konnten auch die Einmalerläge in der Lebensversicherung profitieren, trotzdem verlor die Lebensversicherung weiter an Marktanteil (Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 950,2 Mrd. €).

Niedrige Zahl an Schadenfällen sorgte 2025 für Entspannung in der Schaden- und Unfallversicherung

Thomas Url

Niedrige Zahl an Schadenfällen sorgte 2025 für Entspannung in der Schaden- und Unfallversicherung

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft steigerte 2025 das Prämienvolumen um 5,0%. In allen Sparten verlangsamte sich das Tempo der Tarifierhöhungen, sodass Mengenausweitungen an Bedeutung gewannen. In der Schaden- und Unfallversicherung (+5,0%) entsprach das Prämienwachstum dem europäischen Durchschnitt. Die private Krankenversicherung erwies sich weiter als dynamischer Versicherungszweig (+8,5%). Die Lebensversicherung (+2,8%) konnte im Neugeschäft vor allem mit Einmalerlägen punkten. Weniger Schadenfälle waren nach dem Hochwasser 2024 besonders in der Kleelementarversicherung zu verzeichnen, aber auch andere umsatzträchtige Versicherungen (Kfz-Haftpflicht, Rechtsschutz und Haushalt) meldeten Rückgänge. Insgesamt schrumpften die Leistungen um 2,3%. Das verbesserte Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft unterstützte 2025 die Profitabilität der Branche und ermöglichte den Aufbau von Eigenkapital.

JEL-Codes: G22, E21, G18 • **Keywords:** Privatversicherung, Geldvermögensbildung

Begutachtung: Josef Baumgartner • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) •
Abgeschlossen am 18. 9. 2025

Kontakt: Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

Low Claims Numbers Laid the Foundation for a Relaxed Situation in Property and Casualty Insurance in 2025

The Austrian private insurance sector saw its premium volume rise by 5.0 percent in 2025. The pace of premium rate increases slowed across all lines of business, meaning that growth in volume became more relevant. Premium growth in property and casualty insurance (+5.0 percent) was in line with the European market average. Private health insurance continued to be a dynamic sector (+8.5 percent). Life insurance (+2.8 percent) performed well in newly generated business with single-premium policies. Following the floods of 2024, the number of claims in small-scale natural perils insurance was particularly low, but high-volume insurance lines (motor third-party liability, legal expenses and household insurance) also contributed to this phenomenon. Overall, claims payments fell by –2.3 percent. The improved investment performance of the insurance sector in 2025 supported the industry's profitability and enabled the build-up of equity.

In den MOSOEL verzeichnete die Lebensversicherung zweistellige Zuwachsraten.

Das Abflauen der Inflation drückte im EWR das Prämienwachstum in der Nicht-Lebensversicherung.

1. Die Privatversicherungswirtschaft im internationalen Vergleich

Die Unsicherheit hinsichtlich der Zollpolitik der USA und andere geopolitische Faktoren belasteten im Jahr 2025 das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union, dessen Höhe auch regional beträchtlich schwankte. Einer dynamischen Peripherie (Irland, Spanien) stand ein nahezu stagnierendes Zentrum gegenüber. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar trug zum Nachlassen des Inflationsdrucks bei, und der EU-Arbeitsmarkt erwies sich mit gleichbleibend niedrigen Arbeitslosenquoten, einer leicht ausgeweiteten Beschäftigung und weiter steigenden Realloöhnen als robust (Baumgartner et al., 2026).

Mit dem Abklingen der allgemeinen Inflation beruhigte sich auch das Prämienwachstum auf dem europäischen Versicherungsmarkt. Die Lebensversicherung schnitt trotz leicht abnehmender Sparquote besser ab als die Nicht-Lebensversicherung, ihr Prämienwachstum blieb mit +6,9% jedoch weit unter dem Vorjahreswert (+13,5%) – bei weiterhin

großer Streuung innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR). Für die international tätigen österreichischen Versicherungskonzerne ist das Marktwachstum in den größeren Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) besonders relevant: dort nahmen die verrechneten Prämien der Lebensversicherung zweistellig zu (+10,9%).

Die Beruhigung des Preisauftriebs in Europa dämpfte auch in der Nicht-Lebensversicherung das Prämienwachstum. Mit +5,0% halbierte es sich nahezu gegenüber dem Vorjahr (2024 +8,2%). Die regionale Streuung im EWR war ebenfalls beträchtlich. Während die Märkte in Slowenien (+37,5%), Ungarn (+16,7%) und Schweden (+15,2%) kräftig expandierten, verzeichneten die Versicherer in Liechtenstein (–19,1%), Malta (–10,0%) und Dänemark (–8,4%) schrumpfende Umsätze. Der für österreichische Versicherer wichtige Markt in den MOSOEL wuchs auch 2025 dynamisch (+11,6%).

Mit einem Prämienwachstum von +5% über alle Versicherungsabteilungen hinweg hielt die Dynamik in Österreich nicht mit dem EWR Schritt. Das Bild der vergangenen Jahre mit einem gedämpften Zugewinn in der Lebensversicherung (+2,8%), einem stabilen Wachstum in der Schaden-Unfallversicherung (+5%) und einer stark expandierenden Krankenversicherung (+8,5%) wiederholte

sich auch 2025. Dadurch setzte sich die Strukturverschiebung von der Lebens- zur Krankenversicherung fort (Übersicht 1). Die Versicherungsdurchdringung verharrte bei 4,3% des BIP und lag damit deutlich unter dem Vergleichswert im EWR von 8,6%. Zuzuschreiben ist der Unterschied dem geringeren Umfang der Lebensversicherung in Österreich.

Der österreichische Markt entwickelte sich 2025 unterdurchschnittlich.

Übersicht 1: **Abgegrenzte Bruttoprämien**

	Alle Sparten	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungsdurchdringung ¹⁾
	Mio. €	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
2021	19.676	27,3	12,8	59,9	4,6
2022	20.699	25,7	12,7	61,6	4,3
2023	21.799	23,3	13,1	63,6	4,2
2024	23.084	22,3	13,7	64,0	4,3
2025	24.228	21,8	14,2	64,0	4,3

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – ¹⁾ Auf Basis verrechneter direkter inländischer Prämien.

Für das Jahr 2026 zeichnet sich weltweit eine weitere Abschwächung der Prämienentwicklung ab (Swiss Re, 2026). Das Wachstum wird vorwiegend von der Lebensversicherung geprägt sein, obwohl hohe erwartete Investitionen in kapitalintensive Anlagen einen Zusatzbedarf an Sachversicherungen erzeugen werden. In der Lebensversicherung werden sich die zuletzt hohen Kapitalerträge positiv auf den Absatz fonds- und indexgebundener Polizzen auswirken, sodass für 2026 ein überdurchschnittliches Prämienwachstum erwartet wird. Während in den Industrieländern die schwache Einkommensentwicklung und die fortgeschrittene Bevölkerungsalterung das Wachstum bremsen, ist in den Schwellenländern die Nachfrage nach Lebensversicherungen ungebrochen. Zusätzlich zur demografischen Entwicklung wird sie dort teilweise durch regulatorische und steuerliche Maßnahmen begünstigt. Für die Nicht-Lebensversicherung erwartet Swiss Re (2026) im laufenden Jahr einen Überschuss an Versicherungskapazitäten, verbunden mit hohem Wettbewerb und geringer Preissetzungsfähigkeit, wobei weiterhin ein Aufwärtsrisiko in Form von Tarifierhöhungen durch kostspieligere Reparaturen und Haftpflichtsummen geortet wird.

In ihrem Dashboard beurteilt die europäische Aufsichtsbehörde EIOPA¹⁾ regelmäßig die Risikolage der Versicherungswirtschaft. Im Juli 2026 schätzte EIOPA die Risikolage als stabil auf mittlerem Niveau ein. In den nächsten 12 Monaten könnten makroökonomische Risiken zunehmen, weil die geopolitischen Spannungen hoch sind und bei einer anhaltenden Blockade der Straße von

Hormus und der Meerenge Bab al-Mandab weiteres Inflationspotenzial besteht. Für Marktrisiken sieht die Aufsichtsbehörde deshalb ebenfalls Raum nach oben; zusätzlich besteht wegen der hohen Bewertung digitaler Unternehmen an den Börsen weiterhin die Möglichkeit von Kurskorrekturen. Schließlich erkennt EIOPA für die Zukunft auch ein steigendes Cyberrisiko, weil die neue Generation an KI-Modellen die Eintrittswahrscheinlichkeit von Cyberangriffen und deren Schadenpotenzial erhöhen könnte.

EIOPA schätzt die Risikolage in der Versicherungswirtschaft als stabil ein.

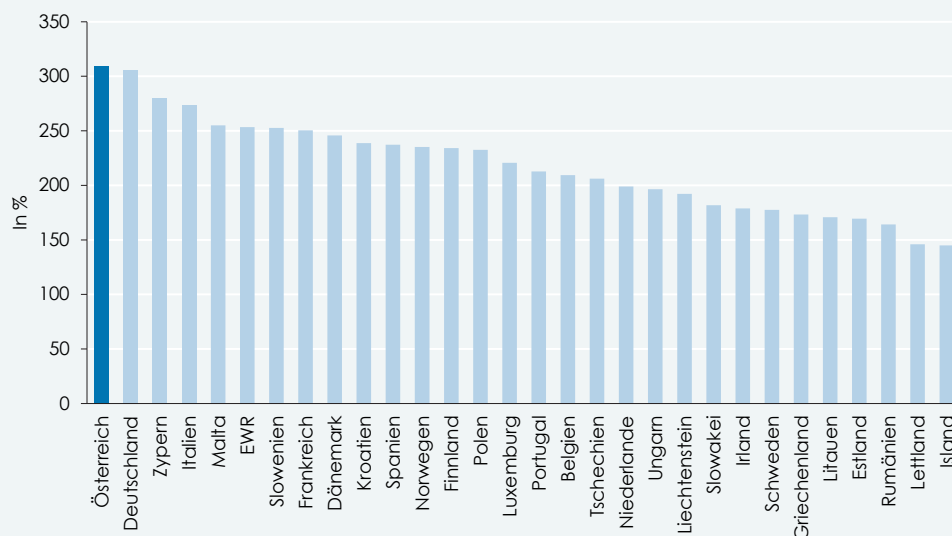
Die Bedeckungsquote (SCR-Quote) misst die Widerstandsfähigkeit von Versicherungsunternehmen, wenn unerwartet hohe Schadenzahlungen mit Verlusten in der Veranlagung zusammentreffen. Die SCR-Quote ist das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel eines Versicherungsunternehmens zu dessen Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement – SCR). Die SCR schätzt die Höhe unvorhergesehener Verluste in den nächsten 12 Monaten auf einem Sicherheitsniveau von 99,5% unter der Annahme, dass der Geschäftsbetrieb fortgesetzt wird. Dabei sollen alle quantifizierbaren Risiken berücksichtigt werden, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist. Innerhalb des europäischen Binnenmarktes lag die SCR-Quote Ende 2025 im Durchschnitt bei 253%, d. h. das nach Solvency II anrechenbare Eigenkapital der Versicherungsunternehmen war mehr als doppelt so hoch wie ihre SCR. Die österreichischen Versicherer verzeichneten im europäischen Vergleich die höchste SCR-Quote von 309% (Abbildung 1) und konnten damit den guten Vorjahreswert übertreffen.

Österreichische Versicherer steigerten 2025 ihre Bedeckungsquote.

¹⁾ Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung

(https://www.eiopa.europa.eu/tools-and-data/insurance-risk-dashboard_en).

Abbildung 1: Solvenzkapitalanforderung (SCR-Quoten) im europäischen Vergleich 2025



Q: EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung). SCR-Quote . . . Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel zum Solvenzkapitalerfordernis. Gewichteter Durchschnitt.

2. EIOPA klärt ausstehende versicherungstechnische Standards

EIOPA legte im Juli 2026 die letzten Leitlinien und Entwürfe für technische Standards im Zusammenhang mit der Reform des Solvency-II-Rahmenwerkes vor. Die neuen Leitlinien ermöglichen u. a. Eingriffe der Aufsichtsbehörde zur Behebung von Mängeln im Liquiditätsrisikomanagement eines Versicherungsunternehmens. Weiters wurden Leitlinien und technische Standards zur Berechnung der Risikomarge, zur Anwendung der Matching-Anpassung und zum Solvency-II-Reporting vereinfacht. Die neuen Vorgaben werden mit 30. Jänner 2027 in Kraft treten. Die Berechnungsformel für die Risikomarge versicherungstechnischer Rückstellungen wird in Zukunft einen zeitabhängigen Faktor ("lambda factor") enthalten und dadurch verstärkt auf die Persistenz von Risikolagen Rücksicht nehmen; damit wird auch die Reaktion der Risikomarge auf Änderungen des langfristigen Zinssatzes abgeschwächt (EIOPA, 2026). Gleichzeitig veröffentlichte EIOPA Leitlinien und öffnete den Konsultationsprozess zu den Entwürfen für technische Standards der Richtlinie zur

Sanierung und Abwicklung von Versicherungen (Insurance Recovery and Resolution Directive – IRRD).

Die Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) führte 2025 einen Klimastresstest unter den österreichischen Versicherungsunternehmen durch (Finanzmarktaufsicht Österreich, 2026c). Die Kapitalveranlagungen der Versicherungswirtschaft sind zu 26% in klimarelevanten Sektoren investiert und könnten damit Übergangsrisiken unterliegen. In einem ersten Alternativszenario nahm die FMA daher höhere Finanzierungskosten für als "braun" eingestufte Unternehmen²⁾ an. In einem weiteren verschärften Alternativszenario stieg zusätzlich die Risikoprämie auf Staatsanleihen. Im ersten Alternativszenario verringert sich der Wert der Kapitalanlagen gegenüber dem Basisszenario um 2,7%, im zweiten um 13,5%. Angesichts der hohen SCR-Quote in Österreich veröffentlichte die FMA keine Empfehlungen als Reaktion auf die Testergebnisse.

3. Tarifsteigerungen für Versicherungsprodukte übertrafen 2025 erneut den allgemeinen Preisauftrieb

Die Verbraucherpreisinflation belebte sich 2025 wieder (Übersicht 2). In Österreich lag die Inflationsrate gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex um 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Der Inflationsabstand entstand

durch das Auslaufen inflationsdämpfender Maßnahmen, die Anhebung öffentlicher Gebühren und eine weiterhin hohe Preisdynamik bei anderen Dienstleistungen (z. B.

²⁾ Dabei handelt es sich um Unternehmen, deren Geschäftsmodell ein erhöhtes Risiko gegenüber klimapolitischen Maßnahmen aufweist, weil sie in ihrer Energie-

versorgung in hohem Maß auf fossile Energieträger zurückgreifen.

Der FMA-Klimastresstest ergab nur bei Kursrückgängen von Staatsanleihen relevante Verluste.

Gastronomie, Beherbergung oder Wohn-mietmieten).

Für Sachversicherungen steigern Preiserhöhungen für Reparaturleistungen die erwartete Schadenshöhe. Daher reagieren Versicherungstarife in der Regel etwas verzögert auf Inflationsdruck im Dienstleistungssektor. Übersicht 2 zeigt dieses nachlaufende Muster deutlich. Die hohen Preissteigerungen waren erst 2023 in den Versicherungsprodukten sichtbar und verlangsamten sich in den Folgejahren nur zögerlich; auch im laufenden Jahr zeichnet sich eine überdurchschnittliche Inflation der Versicherungsprodukte ab, obwohl international für die Nicht-Lebensversicherung wegen hoher Kapazitäten eine verminderte Preissetzungsfähigkeit erwartet wird. Die in Übersicht 2 erfassten Preisänderungen spiegeln überwiegend die Tarifierhöhungen für Bestandsverträge und nur in geringem Umfang die Preisanpassungen in Neuverträgen wider. Statistik Austria wendet damit das Erhebungsverfahren anderer länger laufender Dienstleistungsverträge (Mieten, Strom, Telefon usw.) auch für Versicherungspolizzen an.

Im Jahr 2025 war die Tarifyndynamik in der Kfz-Teilkaskoversicherung am stärksten, knapp vor der Hausratsversicherung und der

privaten Gesundheitsversicherung. Unterdurchschnittlich war sie in der Kfz-Haftpflichtversicherung und vor allem in der Kfz-Rechtsschutzversicherung. Im laufenden Jahr zeichnet sich eine Beschleunigung beider Sparten ab, während sich der Preisauftrieb in den anderen Versicherungen verlangsamt (Übersicht 2).

Die durchschnittliche Prämie je Risiko eignet sich als Vergleichsmaßstab zu den Prämiensteigerungen laut Verbraucherpreisindex, weil sie auch andere Preisgestaltungsmöglichkeiten wie z. B. Rabatte, die Prämienrückgewähr, Leistungseinschränkungen oder Haftungsausschlüsse berücksichtigt. In einzelnen Versicherungskategorien kann allerdings eine Verschiebung der Nachfrage zu höheren oder niedrigeren Versicherungssummen die Vergleichbarkeit beeinträchtigen. Die durchschnittliche Prämie in der Kfz-Haftpflichtversicherung stieg 2025 mit +3,7% etwas stärker als die Kfz-Haftpflichttarife laut VPI (Übersicht 2); ähnliches gilt mit +5,9% für die Kfz-Kaskoversicherungen. Insgesamt legte die durchschnittliche Prämie in der Sachversicherung um 4,1% zu (2024 +4,8%). Auf den Einsatz alternativer Elemente in der Tarifgestaltung wurde 2025 also tendenziell verzichtet.

Tarifierhöhungen in der Sachversicherung hinken der allgemeinen Inflation hinterher.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

	2026	2022	2023	2024	2025	2026 ¹⁾
	Gewicht in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Tarifprämien für						
Hausratsversicherung	0,442	– 2,5	+ 6,5	+ 9,0	+ 5,0	+ 3,4
Bündelversicherung für Eigenheim	0,558	+ 4,2	+ 9,6	+ 4,5	+ 4,6	+ 2,9
Private Gesundheitsversicherung	1,127	+ 1,4	+ 4,5	+ 8,1	+ 4,9	+ 3,9
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,363	+ 1,4	+ 10,1	+ 5,5	+ 2,9	+ 5,0
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,036	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,1	+ 1,7	+ 4,2
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,174	+ 2,5	+ 13,2	+ 7,6	+ 5,4	+ 4,5
Privatversicherungsformen insgesamt						
	3,700	+ 1,7	+ 8,1	+ 6,5	+ 4,2	+ 4,2
Verbraucherpreisindex insgesamt		+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,9
Beitrag der Privatversicherungsformen	Prozentpunkte	+ 0,06	+ 0,28	+ 0,22	+ 0,14	+ 0,15

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Jänner bis Juli.

Die Schadenquote zeigt das Verhältnis zwischen Leistungen und Prämieinnahmen. 2024 lag sie in der Schaden-Unfallversicherung wegen des Hochwassers bei hohen 67,6%; 2025 sank sie auf 61,7% und lag damit etwas unter dem langjährigen Durchschnitt (62,5%). Der Hauptgrund für den Rückgang war das Ausbleiben von Elementarereignissen. In der Sturmschadenversicherung war die Schadenquote nicht einmal halb so hoch wie im langfristigen Durchschnitt. Eine

unterdurchschnittliche Schadenquote über mehrere Jahre gibt Spielraum für intensiveren Tarifwettbewerb. In der Haushalts- und in der Einbruchdiebstahlversicherung sind die Schadenquoten bereits seit mehreren Jahren niedrig, sodass dort Potenzial für einen Tarifwettbewerb besteht. Interessanterweise verzeichnete die Kreditversicherung – trotz steigender Insolvenzfälle – auch 2025 eine niedrige Schadenquote.

Die Schadenquote war 2025 unterdurchschnittlich, da Elementarereignisse ausblieben.

4. Dynamisches Wachstum der Einmalerläge prägte Neugeschäft in der Lebensversicherung

Die leichte Ausweitung der Zahl der Erwerbstätigen und der Anstieg der nominellen Pro-Kopf-Löhne reichten 2025 nicht aus, um

Realeinkommensverluste nach Steuern und Transfers (–1,2%) zu vermeiden. Da die privaten Haushalte ihre Sparquote (ohne Zunah-

Liquide Veranlagungen erbrachten inflationsbereinigt negative Renditen.

Der Anteil des Altersvorsorgekapitals am Finanzvermögen ging 2025 zurück.

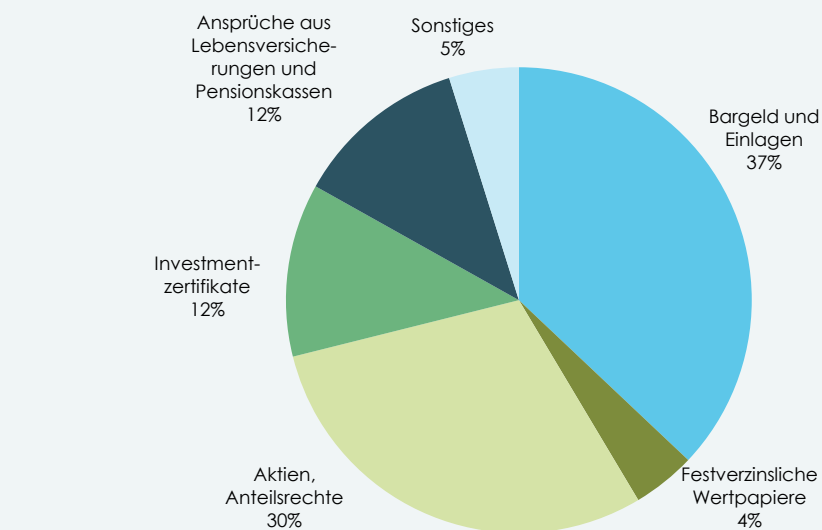
me betrieblicher Versorgungsansprüche) substanziell von 11,1% auf 9,3% des verfügbaren Einkommens senkten, legte der private Konsum real um 0,7% zu. Das Geldvermögen der privaten Haushalte erreichte zu Jahresende 2025 einen Wert von 950,2 Mrd. € (2024: 904,6 Mrd. €). Sie bauten Finanzvermögen im Ausmaß von 27,6 Mrd. € aus ihren Ersparnissen auf; der verbleibende Zuwachs des Geldvermögens ging auf Wertsteigerungen zurück.

Zur Jahresmitte 2025 beendete die Europäische Zentralbank ihren Zinssenkungszyklus und setzte den Hauptrefinanzierungszinssatz für den Rest des Jahres auf 2,15%. Bei einer Inflationsrate von 3,6% war für liquide Veranlagungen nur ein negativer realer Veranlagungserfolg möglich. Deshalb verschoben die privaten Haushalte ihr Portfolio von Bargeld und Einlagen zu verzinslichen Wertpapieren und Investmentzertifikaten. Der höhere Anteil börsennotierter Aktien am Portfolio (Abbildung 2) kam jedoch überwiegend

durch Wertsteigerungen (+9,8 Mrd. €) und nur zu einem kleinen Teil durch den aktiven Ankauf von Aktien (+0,3 Mrd. €) zustande. Nach der Position Bargeld und Einlagen bildeten Aktien und Anteilsrechte den zweitgrößten Teil des privaten Finanzvermögens. Sie bestehen zum Großteil aus den Anteilsrechten (nicht-börsennotierte Aktien und sonstige Anteilspapiere) privater Haushalte an Unternehmen (23,8%) und in geringerem Umfang aus börsennotierten Aktien (5,8%).

Die vorwiegend der Altersvorsorge gewidmeten Teile des Finanzvermögens sind in Österreich in Lebensversicherungen und in kapitalgedeckten Betriebspensionen veranlagt. Ihr Anteil schrumpfte 2025 auf 12,0% (2024: 12,7%) und umfasste am Jahresende 114 Mrd. €. Aus Lebensversicherungen wurden netto 670 Mio. € an die Versicherten ausgezahlt; gleichzeitig wurden 305 Mio. € an zusätzlichen Ansprüchen gegenüber Pensionskassen erworben.

Abbildung 2: Verteilung des privaten Geldvermögens 2025



Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 950,2 Mrd. €.

Das Prämienwachstum in der Lebensversicherung war von Einmalanlagen dominiert.

Ablebensversicherungen profitieren vom Boom der Wohnbaukredite.

Während die privaten Haushalte 2025 kaum zusätzliche Mittel in gebundene Einlagen der Kreditwirtschaft investierten, stieg ihre Nachfrage nach langfristigen Veranlagungen in Form von Einmalanlagen in der Lebensversicherung deutlich. Mit Einmalanlagen im Umfang von 776 Mio. € legte dieser Bereich im Vorjahresvergleich um ein Fünftel zu, während Polizzen mit laufenden Prämienzahlungen – mit 4,5 Mrd. € an Prämieinnahmen bisher der beliebteste Geschäftszweig – weiter an Bedeutung verloren (–1,9%).

Das Geschäft mit laufenden Prämien zeigte sich 2025 – je nach Garantief orm – unterschiedlich: Während die klassische Lebensversicherung mit Garantiezusage 6,7% des Prämienvolumens einbüßte, expandierten

Polizzen mit Teilgarantien (hybrid, +6,8%) ebenso wie fonds- und indexgebundene Polizzen ohne Garantie (+5,4%). Durch die lebhaft e Dynamik der Einmalanlagen wurde, trotz der schrumpfenden Zahl versicherter Risiken (–4,0%), die im Vorjahr begonnene Aufwärtsbewegung in der Lebensversicherung bestätigt (Übersicht 3).

Im Vertrieb von Lebensversicherungen machte sich auch die Belebung in der Neukreditvergabe an private Haushalte für Wohnbauzwecke (2025 +47,4%) bemerkbar. Die Ablebensversicherungen setzten auf diese Dynamik auf und steigerten das Prämienvolumen im Neugeschäft um 17,6% (2025; 2024 +11,0%). Neben einer Hypothek bieten Ablebensversicherungen einen zusätzlichen

Schutz für Kreditgeber, ermöglichen aber auch den Hinterbliebenen die schuldenfreie Weiternutzung des Wohnraumes. Der Markt für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung holte mit 7.353 Neuverträgen etwas auf, blieb aber weiter hinter dem Absatzvolumen rund um das Jahr 2020 (etwa 10.000 Neuverträge) zurück. Pflegeversicherungen können sich weiterhin nicht auf dem Markt durchsetzen: Mit 170 Neuverträgen und einem Prämienvolumen von 0,2 Mio. € wurde 2025 ein Tiefpunkt erreicht. Die Aufhebung des Pflegeregresses und die damit verbundene Übernahme der Pflegekosten durch die öffentliche Hand dämpfen die Nachfrage; dementsprechend schwierig gestaltet sich seit Jahren der Absatz dieses Versicherungsproduktes.

Nach Angaben der FMA (2026b) schrumpfte die Zahl der Verträge in der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge 2025 weiter auf 729.000 (2024: 782.000). Seit 2021 wird dieses Produkt nur noch von vier Versicherungsunternehmen angeboten; 2025 konnten 7.223 neue Verträge abgeschlossen werden, womit sich nunmehr eine Bodenbildung mit jährlich rund 7.000 Neuverträgen abzeichnet. Aus den Neuverträgen stammten 2025 Prämieinnahmen von 12 Mio. €; insgesamt flossen 621 Mio. € in dieses mit einer staatlichen Prämie von 4,25% auf die laufende Einzahlung geförderte Altersvorsorgeprodukt. Der Kapitalbestand stieg durch die hohe Veranlagungsrendite von 12,99% auf

9,3 Mrd. € an (2024: 8,7 Mrd. €). Die durchschnittliche jährliche Einzahlung lag bei 852 €.

Die Lebensversicherer hielten 2025 trotz rückläufigen Kapitalbestandes ihr Veranlagungsergebnis stabil (Übersicht 3). In der Lebensversicherung spielen die Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren eine große Rolle. Der Rentenmarktindex (REX) verzeichnete 2025 für deutsche Anleihen eine Rendite von 1,4% (2024: 1,1%); sie lag damit unter der Inflationsrate. Ein volumengewichtetes Portfolio aus Staatsanleihen des Euro-Raumes hätte 2025 eine Rendite von 1,9% erbracht. Mit einem Aktienportfolio entsprechend dem MSCI-World-Index wären umgerechnet in Euro 7,2% erzielbar gewesen. Der Aktienanteil am Portfolio der Lebensversicherungen ist wegen der Garantien in den klassischen und hybriden Verträgen jedoch klein.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen auch 2025 über den laufenden Prämieinnahmen (Übersicht 3). Trotzdem bauten die Versicherer Rückstellungen auf. Das versicherungstechnische Ergebnis der Lebensversicherung war mit 207 Mio. € niedriger als im Vorjahr und nur geringfügig höher als das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) von 197 Mio. €. Bei rückläufigem Eigenkapital sank die Eigenkapitalverzinsung in der Lebensversicherung auf 7,8% (2024: 9,5%).

Das Neugeschäft in der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge konsolidierte sich.

Die Lebensversicherung erzielte ein stabiles Veranlagungsergebnis.

Übersicht 3: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Nettoprämien ¹⁾	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €		In %		Mio. €	
2021	5.376	5.288	98,4	1.661	7.202	314
2022	5.318	5.234	98,4	1.326	7.233	- 4.075
2023	5.078	5.000	98,4	1.564	7.294	- 677
2024	5.142	5.064	98,5	1.440	6.818	- 242
2025	5.285	5.210	98,6	1.445	6.537	374
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
2021	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 19,0	- 9,2	-
2022	- 1,1	- 1,0	+ 0,1	- 20,2	+ 0,4	-
2023	- 4,5	- 4,5	+ 0,0	+ 18,0	+ 0,8	-
2024	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,0	- 8,0	- 6,5	-
2025	+ 2,8	+ 2,9	+ 0,1	+ 0,3	- 4,1	-

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Geschätzt.

5. Krankenzusatzversicherungen weiterhin stark nachgefragt

Österreichs Gesundheitsausgaben wuchsen mit +6,5% auch 2025 weit kräftiger als das nominelle BIP. Mit einem Volumen von 64,4 Mrd. € machten sie bereits 12,5% der Wirtschaftsleistung aus, nur im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie war der Anteil noch höher gewesen (2021: 12,7%). Die zusätzlichen Aufwendungen waren zum Teil

durch den Abschluss großer Investitionsprojekte bedingt, aber auch die laufenden Gesundheitsausgaben expandierten 2025 kräftig (+6,1%) und übertrafen die Obergrenze des Zielsteuerungsplans Gesundheit (ohne Langzeitpflege) von +5,8% (Haindl et al., 2025). Die leichte Zunahme der krankenversicherten Personen (+0,3%) legte einen

Grundstein für diese Entwicklung, aber auch der Personalaufbau in den Spitälern erzeugte Kostendruck. Weitere rezente Indikatoren zur Zahl der medizinischen Behandlungen liegen derzeit nur für die Spitalsaufenthalte vor: sie lagen knapp unter dem Vorjahreswert und verweisen damit auf die potenziell erfolgreiche Verlagerung von Gesundheitsdienstleistungen vom stationären in den ambulanten bzw. niedergelassenen Bereich (Url, 2025). Im Zuge der allgemein hohen Inflation gab es auch kräftige Preiserhöhungen für Gesundheitsdienstleistungen im VPI, z. B. stiegen die Tarife für Wahlärzt:innen und für nichtärztliche Dienstleistungen 2025 um 4,4% bis 6,6%. Erste Werte für 2026 deuten eine Beschleunigung an.

Private Gesundheitsausgaben stiegen 2025 überproportional an.

Tarifierhöhungen dominierten die Prämiendynamik von Krankenzusatzversicherungen.

Der Anteil der privaten Ausgaben an den laufenden Gesundheitsausgaben insgesamt erhöhte sich 2025 weiter auf 24,4%. Zu den Privatausgaben zählen auch die Leistungen der privaten Krankenzusatzversicherung, deren Wachstum 2025 nur etwas an Dynamik einbüßte (Übersicht 4). Auf der Grundlage eines Anstiegs der Schaden- und Leistungsfälle um 12,7% auf 7,5 Mio. lag die durchschnittliche Leistungshöhe in der Krankenversicherung bei 380 €.

Das Wachstum der Prämieineinnahmen kann sowohl auf die hohe Nachfrage der privaten Haushalte nach einer zusätzlichen Deckung für medizinische Behandlungen als auch auf Tarifanpassungen der Versicherer zurückgeführt werden. Die Position Gesundheitsversicherungen im VPI deutet Tarifanpassungen in der Höhe von +4,9% an (Übersicht 2), sodass etwas mehr als die Hälfte des Prämienzuwachses in Übersicht 4 Preiseffekten zuzuschreiben ist. Der Mengeneffekt kann mit der Zahl der versicherten Personen nur

angenähert werden, weil sich der Deckungsumfang verschiedener Krankenzusatzversicherungen unterscheidet, und der Wechsel zu einer höherwertigen Police als Mengeneffekt zu interpretieren wäre. Die Versichertengemeinschaft in der Krankenzusatzversicherung vergrößerte sich 2025 insgesamt um 2,4% auf 3,7 Mio. Personen; davon verfügten 2,4 Mio. Personen über eine Krankenhauskostenversicherung (Vollkosten- und Ausschnittsdeckung).

Der größte Ausgabenblock unter den Leistungen der Krankenzusatzversicherung war mit 1,2 Mrd. € der Krankenhauskostenersatz (Aufwendungen für Spitalskosten und die Arzthonorare in Spitälern). Der zweitgrößte Block waren mit einem Volumen von 360 Mio. € die Aufwendungen für Arztleistungen im niedergelassenen Bereich. Sehr dynamisch entwickelten sich 2025 die Leistungen für das bei selbständig Erwerbstätigen beliebte Krankenhaustagegeld (+67,4%), während die Leistungen der Auslandsreiseversicherung trotz leicht expandierender Reiseverkehrsimporte (einschließlich internationaler Personentransporte) schrumpften (–10,5%).

Der Überschuss aus der Finanzgebarung konnte 2025 erneut deutlich verbessert werden (Übersicht 4) und erlaubte einen weiteren Aufbau der versicherungstechnischen Rückstellungen und des Eigenkapitals. Mit einem versicherungstechnischen Ergebnis von 235 Mio. € wurde ein neuer historischer Spitzenwert erzielt, der nahezu vollständig ins EGT (231 Mio. €) übertragen wurde. Die Eigenkapitalrendite erhielt damit einen kräftigen Impuls und stieg auf 32,6% (2024: 25%). Damit war die Krankenversicherung auch 2025 der profitabelste Versicherungsweig.

Übersicht 4: **Private Krankenversicherung**

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Schadenquote	Überschuss aus der Finanzgebarung	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €		In %		Mio. €
2021	2.524	1.519	60,2	217	608
2022	2.628	1.709	65,0	174	546
2023	2.860	1.896	66,3	199	544
2024	3.166	2.149	67,9	280	565
2025	3.434	2.310	67,3	356	614
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2021	+ 3,8	+ 0,4	– 3,2	+ 15,2	+ 3,0
2022	+ 4,1	+ 12,5	+ 8,1	– 20,1	– 10,1
2023	+ 8,8	+ 10,9	+ 1,9	+ 14,4	– 0,5
2024	+ 10,7	+ 13,4	+ 2,4	+ 40,9	+ 3,9
2025	+ 8,5	+ 7,5	– 0,9	+ 27,2	+ 8,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

6. Niedrige Zahl an Schaden- und Leistungsfällen in der Schaden- Unfallversicherung

Für die Schaden-Unfallversicherung blieben die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen 2025 stabil positiv. Die Bevölkerung war um 0,3% größer als im Vorjahr, die Zahl der privaten Haushalte um 0,6% und der Bestand zugelassener Kfz um 1,2%. Die Zahl versicherter Risiken in der Sachversicherung legte dementsprechend um 1,1% zu, wobei die Luftfahrt- (+19,4%) und die Elektrogeräte-Zusatzversicherung (+14,4%) besonders hohe Zuwachsraten verzeichneten. Die Luftfahrtversicherung profitiert weiterhin von der wachsenden Zahl privat und gewerblich genutzter, versicherungspflichtiger Drohnen.

Die Kreditversicherung, die sich der anhaltenden Schwäche im Außenhandel und dem rückläufigen Volumen an Handelskrediten in den nichtfinanziellen Unternehmen nicht länger entziehen konnte, verlor ein Zehntel ihrer versicherten Risiken (-11,1%); die Maschinen- und Elektrogeräteversicherung (-7%) befand sich ebenfalls im Abwärtssog der schwachen Industriekonjunktur.

In der Sturmschaden- und Kleinschadenversicherung wäre nach dem umfangreichen Hochwasser des Jahres 2024 eigentlich eine höhere Nachfrage zu erwarten

gewesen. Die Sparte konnte jedoch die erhöhte Aufmerksamkeit (Meyer & Kunreuther, 2017) kaum in vermehrte Vertragsabschlüsse (+1,1%) umsetzen. Vermutlich untergraben die einschränkenden Regelungen öffentlicher Förderungen für Hochwassergeschädigte mit einer privaten Versicherungsdeckung weitere private Vorsorgemaßnahmen (Sinabell et al., 2026).

Tarifanpassungen für Sachversicherungen (vgl. Übersicht 2) ermöglichten in Verbindung mit der größeren Zahl versicherter Risiken eine Steigerung der Prämieinnahmen in der Schaden-Unfallversicherung (Übersicht 5). Dagegen waren die Leistungen trotz steigender Kosten für Reparaturen rückläufig. Zuzuschreiben war dies vor allem dem Rückgang der Schaden- und Leistungsfälle in der Sturmschaden- und Kleinschadenversicherung (-190.000 Fälle bzw. -60,1%); aber auch in Sparten mit einem hohen Bestand an Verträgen beruhigte sich das Schadenaufkommen: In der Kfz-Versicherung schrumpfte es um 3,6%, in der Rechtsschutzversicherung um 1,2%, in der Leitungswasserschadenversicherung um 3,6% und in der Haushaltsversicherung um 21,9%.

Die Hochwasserschäden des Jahres 2024 erzeugten in der Kleinschadenversicherung kaum zusätzliche Nachfrage.

Versicherungen mit starker Verbreitung verzeichneten 2025 weniger Schaden- und Leistungsfälle.

Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
2021	11.776	1.217	8.274	18
2022	12.753	705	8.474	25
2023	13.861	1.308	9.096	- 1
2024	14.776	1.237	10.372	14
2025	15.509	1.697	10.048	22
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2021	+ 4,3	+ 323,3	+ 18,4	+ 85,1
2022	+ 8,3	- 42,0	+ 2,4	+ 40,0
2023	+ 8,7	+ 85,4	+ 7,3	-
2024	+ 6,6	- 5,4	+ 14,0	-
2025	+ 5,0	+ 37,2	- 3,1	+ 55,6

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Der Ausgleich höherer Reparaturkosten durch die niedrigere Zahl an Schaden- und Leistungsfällen schuf die Grundlage für ein solides versicherungstechnisches Ergebnis von 421 Mio. € (2024: 64 Mio. €). Gemeinsam mit dem Rekordergebnis aus der Finanzgebarung konnte 2025 das EGT auf 2,0 Mrd. € gesteigert werden. Der Großteil des Geschäftserfolges wurde zum Aufbau von

Eigenkapital verwendet. Dieser strategische Zug ist eine Erklärung für die weiterhin hohe Bedeckungsquote (SCR-Quote) der österreichischen Versicherungswirtschaft (Abbildung 1). Trotz der stärkeren Kapitalisierung steigerte die Schaden-Unfallversicherung ihre Eigenkapitalrendite auf 4,3% (2024: 2,8%).

7. Veranlagungsergebnis

Während die EZB Mitte 2025 ihren Zinsenszyklus beendete und den Haupttre-

finanzierungssatz bei 2,15% beließ, führte die Federal Reserve Bank der USA ihre Zinssenk-

ungspolitik bis zum Jahresende 2025 fort. Die EZB reduzierte das herkömmliche Wertpapierankaufprogramm (Asset Purchase Programme – APP) und das Pandemie-Notfallkaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) weiter. Insgesamt reiften 2025 Anleihen im Volumen von 340 Mrd. € (APP) bzw. 175 Mrd. € (PEPP) ab, sodass die EZB Ende 2025 noch einen Anleihebestand im Wert von insgesamt 3.815 Mrd. € in ihren Büchern hatte. Der Rückzug der EZB aus dem europäischen Anleihemarkt ermöglichte im Jahresverlauf einen moderaten Anstieg der Benchmark-Rendite auf deutsche Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren von 2,5% im Jänner auf 2,8% am Jahresende. Die Zinsstrukturkurve drehte im Frühjahr 2025 vom negativen in den positiven Bereich und schloss das Jahr mit +0,8% ab. Mittelfristig eröffnet dies der Versicherungswirtschaft die Aussicht auf höhere Renditen in der Kapitalveranlagung; derzeit sind die Möglichkeiten jedoch noch beschränkt (siehe Kapitel 4).

Die risikolose Zinsstrukturkurve (RFR) von EIOPA stieg bis zum Jahresende 2025 leicht an.

Die österreichische Versicherungswirtschaft steigerte 2025 die Rendite auf Kapitalanlagen.

EIOPA berechnet jeden Monat die zur Ermittlung des Solvenzkapitals wichtige Risk-Free Interest Rate (RFR) über einen Horizont von 150 Jahren. Sie dient zur Berechnung der Barwerte zukünftiger Einnahmen und Ausgaben in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. in der Bilanz europäischer Versicherungsunternehmen. Die steilere Zinsstrukturkurve übertrug sich abgemildert auf die RFR: Über den Horizont von 2 bis 20 Jahren stieg die Risk-Free-Rate im Jahresverlauf 2025 um durchschnittlich 0,43 Prozentpunkte. Für die Versicherungsunternehmen sinkt dadurch der Barwert erwarteter zukünftiger Einnahmen- und Ausgabenströme.

Während die umlaufgewichtete Sekundärmarktrendite für österreichische Bundesanleihen im Vorjahresvergleich konstant blieb,

konnte die heimische Versicherungswirtschaft 2025 die Rendite auf ihre Kapitalanlagen in allen Abteilungen steigern (Übersicht 6). Besonders auffällig war der Veranlagungserfolg in der Schaden-Unfallversicherung, aber auch in der Krankenversicherung schloss die Rendite auf jene in der Lebensversicherung auf. Wichtige Faktoren dafür waren deutlich niedrigere Abschreibungen von Kapitalanlagen (–61,6%), die nur verhalten wachsenden Aufwendungen für die Vermögensverwaltung (+1,1%) und die Zunahme der Erträge aus Kapitalanlagen und Zinsen um 2,4%.

Die in Übersicht 6 ausgewiesenen Renditen beruhen auf dem Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft aus Erträgen der Kapitalanlagen und Zinserträgen nach Abzug von Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen ohne die fonds- und indexgebundene Lebensversicherung (Url, 1996). Dies entspricht nicht der Gutschrift von Kapitalerträgen auf den Konten der Versicherten, sondern dem Veranlagungserfolg der Gesamtbranche.

Klassische und hybride Lebensversicherungen sind mit einer Garantie bzw. Teilgarantie ausgestattet, und in der Schaden-Unfallversicherung muss das veranlagte Kapital jederzeit zur Finanzierung eines außerordentlichen Schadenereignisses zur Verfügung stehen. Deshalb veranlagt die Versicherungswirtschaft ihr Anlagevermögen konservativ und hält ausreichende Liquiditätspolster. Das Portfolio bestand 2025 zum Großteil aus festverzinslichen Anleihen (35%). Die Versicherer legten 19% ihres Vermögens in Investmentfonds und 28% in Beteiligungen an. Investitionen in Immobilien machten 9% der Veranlagung aus, Kredite und Hypotheken 4%. Noch geringer war der Anteil von Aktien mit 1,4% (FMA, 2026a).

Übersicht 6: **Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen**

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
2021	– 0,3	3,2	2,5	4,6
2022	1,3	2,6	1,8	2,6
2023	3,0	3,1	2,0	4,8
2024	2,8	3,0	2,6	4,4
2025	2,8	3,1	3,2	5,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, OeNB, WIFO-Berechnungen.

8. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Bierbaumer, J., Bilek-Steindl, S., Bittschi, B., Glocker, C., & Schratzenstaller, M. (2026). Leichtes Wachstum löst Rezession ab. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 99(4), 189–205. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68110139>.

Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2026a). 2024 – *Jahresbericht der Finanzmarktaufsichtsbehörde*.

Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2026b). *Der Markt für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge 2025*.

Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2026c). *Bericht der FMA zur Lage der österreichischen Versicherungswirtschaft 2025*.

Haendl, A., Bachner, F., Carrato, G., & Ellmerer, E. (2025). *Monitoring der Finanzzielsteuerung – Kurzbericht. Gesundheit Österreich GmbH*. [https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitsreform-\(Zielsteuerung-Gesundheit\)/Zielsteuerung-Gesundheit---Monitoringberichte.html](https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitsreform-(Zielsteuerung-Gesundheit)/Zielsteuerung-Gesundheit---Monitoringberichte.html).

European Insurance and Occupational Pensions Authority – EIOPA (2026, 15. Juli). *EIOPA completes Solvency II Review mandate with final guidelines and draft technical standards before revised framework takes effect early next year*. https://www.eiopa.europa.eu/eiopa-completes-solvency-ii-review-mandate-final-guidelines-and-draft-technical-standards-revised-2026-07-15_en?prefLang=de.

Meyer, R., & Kunreuther, H. (2017). *The Ostrich Paradox – Why we Underprepare for Disasters*. Wharton School Press.

Sinabell, F., Felbermayr, G., & Url, T. (2026). *Die Dürre 2026 – ein Weckruf, das Risikomanagement zukunftsfit zu gestalten*. WIFO Research Briefs, (7). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72604782>.

Swiss Re (2026). *World Insurance in 2026: Shock Absorbers in a Fragmented World*. Sigma, (2).

Url, T. (1996). *Kennzahlen zur österreichischen Versicherungswirtschaft*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4042682>.

Url, T. (2025). *Sonderklasse in der Spitalsambulanz*, Zeitschrift für Gesundheitspolitik. *Zeitschrift für Gesundheitspolitik*, (3), 9-32. <https://www.ligforschung.at/zeitschrift/zeitschrift/detail/zgp-03-2025-privatleistungen-in-spitalsambulanzen-gewuenscht-und-umsetzbar>.

Struktur- und Schnittstellenprobleme im österreichischen Gesundheitssystem

Hans Pitlik, Benjamin Bittschi, Ulrike Famira-Mühlberger, Manuel Zerobin



WIFO ■

Struktur- und Schnittstellenprobleme im österreichischen Gesundheitssystem

Hans Pitlik, Benjamin Bittschi, Ulrike Famira-Mühlberger, Manuel Zerobin

Wissenschaftliche Assistenz: Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Cornelia Schobert, Stephan Schreml

April 2026
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Das österreichische Gesundheitssystem weist eine komplexe und zersplitterte Planungs-, Entscheidungs- und Finanzierungsstruktur auf. Eine Governance-Analyse impliziert, dass dabei Fehlanreize in der Patient:innensteuerung und in der Abstimmung zwischen extramuraler und intramuraler Versorgung entstehen. Steuerungs- und Koordinationsprobleme zwischen den Versorgungssektoren tragen bei fragmentierten Finanzierungsstrukturen dazu bei, dass Patient:innen tendenziell häufiger teure Spitalsambulanzleistungen oder stationäre Leistungen in Anspruch nehmen, anstatt niedergelassene Fachärzt:innen zu besuchen. Die Studie untersucht weiters empirisch, wie regionale Unterschiede in der ärztlichen Versorgungsdichte die Nutzung stationärer Leistungen beeinflussen. Zusätzlich wird analysiert, welche Auswirkungen neu gegründete Primärversorgungszentren sowohl auf intramurale Leistungen als auch auf andere Gesundheitsdienstleister:innen haben.

Im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer • Mai 2026 • 142 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66372432>

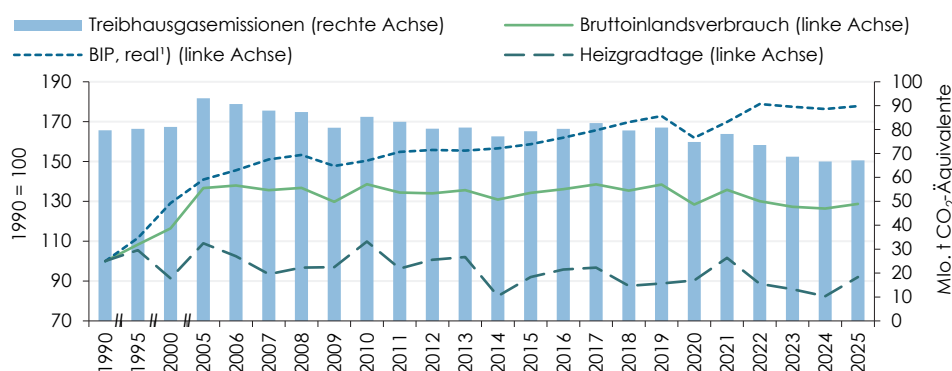
Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2026

Sonderthema: Wasser als kritische Ressource

Katharina Falkner, Simon Finster, Bernhard Kasberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Franz Sinabell, Mark Sommer

- Im Jahr 2024 schrumpfte die österreichische Wirtschaft (BIP real $-0,8\%$); auch der Energieverbrauch ($-0,7\%$) und die Treibhausgasemissionen ($-3,0\%$) gingen weiter zurück.
- Zuzuschreiben ist die Emissionsreduktion der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung, der günstigen Witterung (Heizgradtage $-4,1\%$, Wasserkraft $+12,4\%$), dem Ausbau erneuerbarer Energietechnologien (Windkraft, Photovoltaik $+16,6\%$) sowie den anhaltend hohen Energiepreisen.
- 2025 stiegen die Treibhausgasemissionen trotz wachsenden Energieverbrauchs ($+1,9\%$), deutlich geringerer Wasserkraftproduktion ($-27,6\%$) und der kühleren Witterung (Heizgradtage $+11,7\%$) nur moderat um $0,7\%$ (Werte laut vorläufigen Daten). Dämpfend wirkten der kontinuierliche Ausbau erneuerbarer Energie sowie ein verändertes Verbrauchsverhalten in Reaktion auf den Energiepreisanstieg.
- Wasserknappheit infolge von Extremwetterereignissen destabilisiert nicht nur den Energie-Mix aus erneuerbaren Quellen und die landwirtschaftliche Produktivität, sondern gefährdet systemisch die Resilienz von Wertschöpfungsketten.

Treibhausgasemissionen, Energieverbrauch, Bruttowertschöpfung und Heizgradtage in Österreich



"2024 sanken die Emissionen in allen Sektoren. 2025 stiegen sie witterungsbedingt in der Energiewirtschaft und im Kleinverbrauch deutlich, während nur der Ausstoß des Verkehrs weiter zurückging."

2025 kehrte sich der Trend abnehmender Emissionen nach drei Jahren um – trotz des kontinuierlichen Ausbaus erneuerbarer Energietechnologien. Die Ausweitung der Industrieproduktion sowie der witterungsbedingt gesteigerte Heizenergiebedarf erhöhten 2025 den Energieverbrauch (Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, 2025: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose. – ¹⁾ Referenzjahr 2015).

Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2026

Sonderthema: Wasser als kritische Ressource

Katharina Falkner, Simon Finster, Bernhard Kasberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Franz Sinabell, Mark Sommer

Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2026. Sonderthema: Wasser als kritische Ressource

Die österreichische Wirtschaft verzeichnete 2024 einen realen BIP-Rückgang von 0,8%, begleitet von einer Abnahme des Energieverbrauchs (–0,7%) und der Treibhausgasemissionen (–3,0%). Die Emissionsreduktion ist auf ein Zusammenspiel struktureller und konjunktureller Faktoren zurückzuführen: anhaltend hohe Energiepreise, die rückläufige Wirtschaftsentwicklung, eine milde Witterung (Heizgradtage –4,1%) sowie der fortschreitende Ausbau erneuerbarer Energietechnologien dämpften sämtlich den Ausstoß. 2025 kehrte sich dieser Trend laut vorläufigen Daten teilweise um. Der Anstieg der Treibhausgasemissionen (+0,7%) blieb jedoch moderat angesichts eines wachsenden Energieverbrauchs (+1,9%), eines realen BIP-Zuwachses (+0,8%), des Einbruchs der Stromerzeugung aus Wasserkraft (–27,6%) und der kühleren Witterungsbedingungen (Heizgradtage +11,7%). Der deutliche Rückgang der Wasserkraftproduktion verweist auf eine systemisch relevante Vulnerabilität: Wasserknappheit infolge von Extremwetterereignissen destabilisiert nicht nur den Energie-Mix aus erneuerbaren Quellen und die landwirtschaftliche Produktivität, sondern gefährdet die Resilienz ganzer Wertschöpfungsketten.

JEL-Codes: Q15, Q25, Q41, Q42, Q43, Q54 • **Keywords:** Klimawandel, Klimapolitik, Energiepolitik, Agrarproduktion, Umweltindikatoren, Erneuerbare Energie, Wasser

Begutachtung: Michael Böheim • **Wissenschaftliche Assistenz:** Katharina Köberl-Schmid (katharina.koeberl-schmid@wifo.ac.at), Susanne Markytan (susanne.markytan@wifo.ac.at), Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 14. 9. 2026

Kontakt: Katharina Falkner (katharina.falkner@wifo.ac.at), Simon Finster (simon.finster@wifo.ac.at), Bernhard Kasberger (bernhard.kasberger@wifo.ac.at), Daniela Kletzan-Slamanig (daniela.kletzan-slamanig@wifo.ac.at), Ina Meyer (ina.meyer@wifo.ac.at), Asjad Naqvi (asjad.naqvi@wifo.ac.at), Thomas Neier (thomas.neier@wifo.ac.at), Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at), Mark Sommer (mark.sommer@wifo.ac.at)

Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2026. Special Topic: Water as a Critical Resource

In 2024, the Austrian economy recorded a real GDP contraction of 0.8 percent, accompanied by a simultaneous decline in energy consumption (–0.7 percent) and greenhouse gas emissions (–3 percent). This emissions reduction is attributable to an interplay of structural and cyclical factors: persistently high energy prices, the deteriorating economic environment, mild weather conditions (heating degree days –4.1 percent), and the continued expansion of renewable energy technologies. According to preliminary data, this trend partially reverses in 2025: despite growing energy consumption (+1.9 percent), a recovering real GDP (+0.8 percent), a marked slump in hydropower production (–27.6 percent), and cooler weather conditions (heating degree days +11.7 percent), greenhouse gas emissions rise only moderately by 0.7 percent. The pronounced decline in hydropower production points to a systemically relevant vulnerability: water scarcity driven by extreme weather events destabilises not only the renewable energy mix and agricultural productivity but also threatens the resilience of entire value chains.

Der vorliegende 19. WIFO-Bericht über die Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft dokumentiert und analysiert deren Entwicklung in den Jahren 2024 und 2025. Er stützt sich auf aktuelle Daten zu den Treibhausgasemissionen in Österreich (Umweltbundesamt, 2026a, 2026b, 2026c) und den Energieflüssen laut Energiebilanz (Statistik Austria, 2025b, 2026).

Im Jahr 2024 nahmen die Treibhausgasemissionen wie bereits in den beiden Vorjahren weiter ab. 2025 kehrte sich dieser Trend trotz des kontinuierlichen Ausbaus erneuerbarer Energietechnologien um. Das diesjährige Sonderthema analysiert, wie sich Wasserknappheit auf Energieproduktion und Landwirtschaft auswirkt und wie sie damit kritische Wertschöpfungsketten und Produktionsnetzwerke systemisch beeinflusst.

1. Indikatoren für Klima und Energie

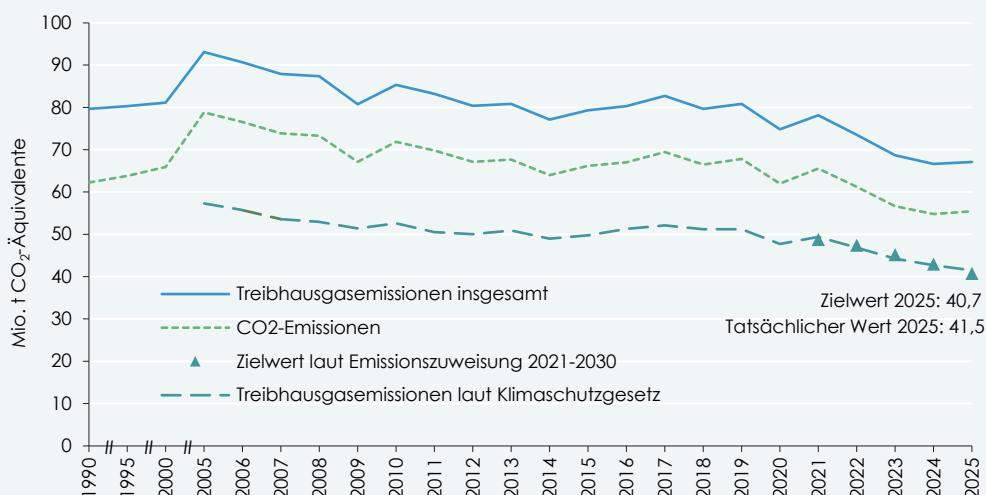
1.1 Geringe Wirtschaftsleistung, milde Witterung und klimapolitische Maßnahmen dämpften 2024 die Treibhausgasemissionen

Österreich emittierte 2024 das dritte Jahr in Folge weniger Treibhausgase (–3,0%). Insgesamt betrug der Ausstoß 66,6 Mio. t CO₂-Äquivalente. Das entspricht einem Rückgang von 16,4% gegenüber dem Niveau von 1990.

Ursächlich für die Emissionsreduktion waren einerseits das weiterhin geringe Wirtschaftswachstum, die geopolitische Unsicherheit und die im Vergleich zum Vorjahr nochmals mildere Witterung. Andererseits wirkten sich klimapolitische Maßnahmen wie Förderungen für den Heizungstausch im Gebäudebereich, die CO₂-Bepreisung oder der Ausbau erneuerbarer Energie dämpfend aus. Insgesamt resultierte dies in einem verringerten Einsatz fossiler Energieträger über die Wirtschaftsbereiche hinweg.

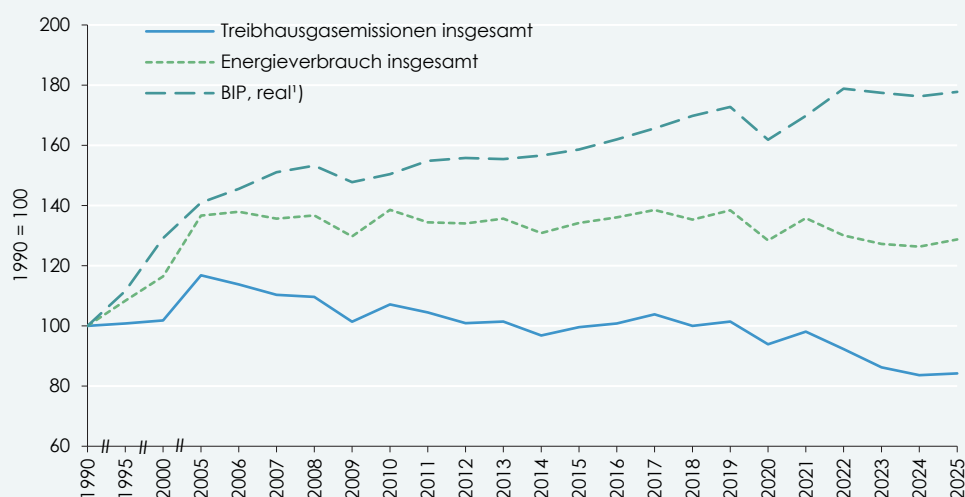
Österreichs Treibhausgasemissionen gingen 2024 neuerlich zurück, jedoch weniger stark als im Vorjahr.

Abbildung 1: Treibhausgasemissionen in Österreich und Kyoto-Ziel



Q: Umweltbundesamt, Treibhausgasinventur 1990/2024. 2025: Umweltbundesamt, Nahzeitprognose.

Abbildung 2: Treibhausgasemissionen und Wirtschaftswachstum in Österreich



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2025: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose. – ¹⁾ Referenzjahr 2015.

Das Wirtschaftswachstum und die kühle Witterung trieben 2025 den Energieverbrauch und die Emissionen.

2024 sanken die Emissionen in allen Sektoren. 2025 stiegen sie witterungsbedingt in der Energiewirtschaft und im Kleinverbrauch deutlich, während nur der Ausstoß des Verkehrs weiter zurückging.

Für die Sektoren außerhalb des Emissionshandels betrug die Obergrenze gemäß der Effort-Sharing-Verordnung 2018/842/EU (Europäische Kommission, 2018) 43 Mio. t CO₂-Äquivalente. Die tatsächlichen Emissionen lagen mit 42,7 Mio. t CO₂-Äquivalenten leicht darunter. Auch im Emissionshandelsbereich sank der Ausstoß geringfügig gegenüber 2023 (–0,5 Mio. t CO₂-Äquivalente bzw. –2,2%) und erreichte 23,9 Mio. t, wovon 5,9 Mio. t auf die Energieerzeugung und 18 Mio. t auf die Industrie entfielen.

1.2 Ausstoß 2025 erstmals seit vier Jahren wieder höher

Im Gegensatz zum Zeitraum 2022 bis 2024 zeigt die Nahzeitprognose (Nowcast) des Umweltbundesamtes für 2025 (Umweltbundesamt, 2026b) eine Zunahme der Treibhausgasemissionen um 0,5 Mio. t oder 0,7% auf 67,1 Mio. t CO₂-Äquivalente. Der jahrelange Rückgang kam somit vorerst zum Stillstand. Dahinter stand der um 1,9% gestiegene Energieverbrauch (2024 –0,7%), der sowohl auf das Wirtschaftswachstum von 0,8% als auch auf die kältere Witterung mit 11,7% mehr Heizgradtagen als im Vorjahr zurückging. Da die Emissionen etwas schwächer stiegen als die Wirtschaftsleistung, sank die Emissionsintensität 2025 das achte Jahr in Folge, mit –0,2% jedoch nur noch marginal (2024 –2,3%). Emissionen und Wirtschaftsleistung entwickelten sich damit erstmals seit Jahren wieder annähernd parallel.

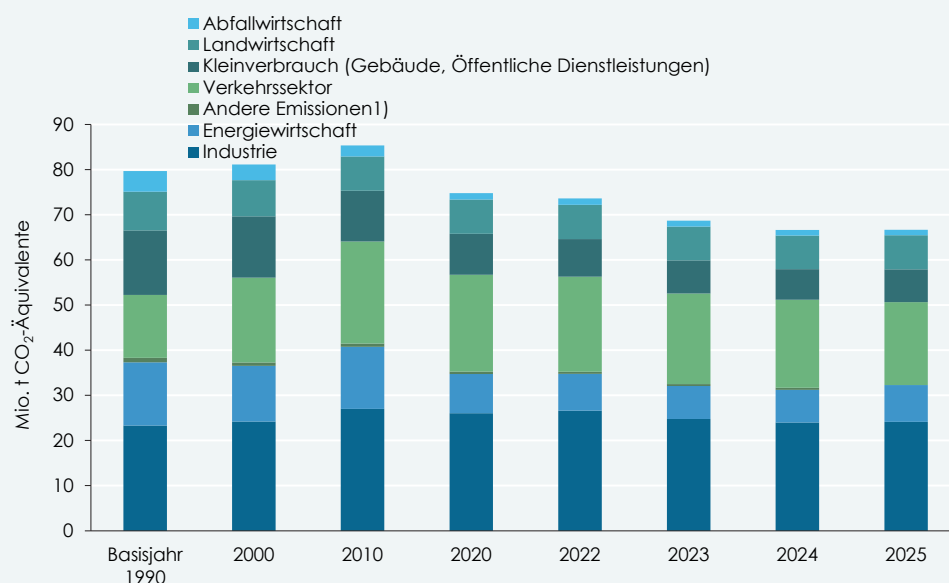
Die Sektoren außerhalb des Emissionshandels emittierten 2025 mit 41,5 Mio. t zwar um 2,8% weniger als im Vorjahr, der Zielwert von

40,7 Mio. t wurde aber überschritten. Gleichzeitig stiegen die Emissionen im Bereich des Emissionshandels um 6,9% an, was primär auf die Energieversorgung zurückzuführen war.

1.3 Energiewirtschaft und Gebäude trieben Emissionsanstieg 2025

2024 waren die Treibhausgasemissionen in allen Sektoren zurückgegangen. Den höchsten relativen Rückgang verzeichnete der Kleinverbrauch (Gebäude und Dienstleistungen) mit –7,8%, was einer Reduktion um 0,6 Mio. t CO₂-Äquivalente auf einen Anteil von 10,1% der Gesamtemissionen entsprach. In absoluten Zahlen reduzierte sich der Ausstoß der Industrie am deutlichsten (–0,8 Mio. t CO₂-Äquivalente bzw. –3,2%), sie blieb jedoch mit einem Anteil von 36,0% der größte Emittent. Die Emissionen des Verkehrssektors nahmen um 2,8% ab und machten 29,3% des Gesamtausstoßes aus. Die Energiewirtschaft (öffentliche Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung sowie Erdölraffinerie) emittierte mit 7,3 Mio. t CO₂-Äquivalenten hingegen kaum weniger Treibhausgas als im Vorjahr (–0,6%); ihr Anteil lag bei 10,9%. Auf die Landwirtschaft entfielen 11,2% (–0,4%) und auf die Abfallwirtschaft mit 1,3 Mio. t (–3,2%) 1,9% der gesamten Emissionsmenge. Verglichen mit 1990 waren lediglich in der Industrie (+2,9%) und im Verkehr (rund +40%) Anstiege zu beobachten, während die übrigen Sektoren ihren Ausstoß teils deutlich reduziert haben: am stärksten die Abfallwirtschaft (–72,6%), der Kleinverbrauch (–52,7%) und die Energiewirtschaft (–48,2%).

Abbildung 3: Verursacher der Treibhausgasemissionen in Österreich



Q: Umweltbundesamt, Treibhausgasinventur 1990/2024. 2025: Umweltbundesamt, Nahzeitprognose. – ¹⁾ Militär, Fluorierte Treibhausgase, CO₂-Transport und -Speicherung.

Der für 2025 prognostizierte Anstieg (+0,7% bzw. +0,5 Mio. t CO₂-Äquivalente) konzentriert sich auf die witterungsabhängigen Bereiche: Die Energiewirtschaft emittierte mit 8,2 Mio. t um 12,6% mehr, ihr Anteil erhöhte sich auf 12,2%; im überwiegend vom Raumwärmebedarf bestimmten Kleinverbrauch stieg der Ausstoß um 7,9%. In der Industrie blieb er trotz wieder wachsender Wirtschaftsleistung nahezu unverändert (+0,6%), im Verkehr sank er das vierte Jahr in Folge und mit -6,0% so stark wie zuletzt im Pandemiejahr 2020. Mit 18,3 Mio. t stieß der Verkehrssektor weniger Treibhausgase aus als im Jahr 2000 (18,8 Mio. t), sein Anteil an den Gesamtemissionen betrug 2025 27,3%. Auf die Landwirtschaft entfielen 11,2% (+1,0%), auf die Abfallwirtschaft 1,8% (-2,9%).

1.4 Industrieemissionen stiegen 2025 langsamer als die Wertschöpfung

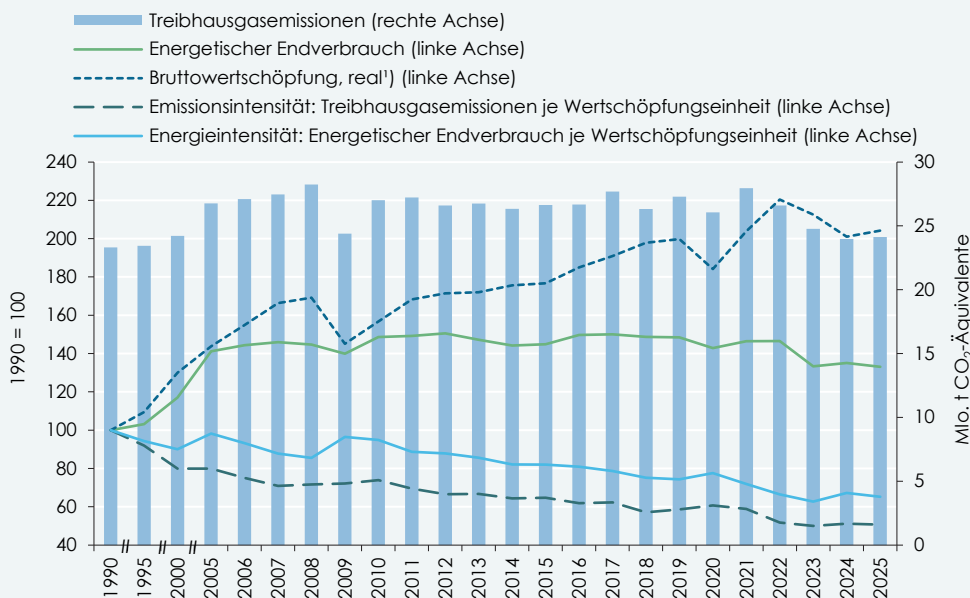
Österreichs Industrie emittierte 2024 erneut weniger Treibhausgase als im Vorjahr (-3,2%). Die Abnahme der Emissionen folgte allerdings vorrangig aus dem kräftigen Rückgang der industriellen Bruttowertschöpfung um 5,4%. Von den insgesamt 24,0 Mio. t CO₂-Äquivalenten entfielen rund 14,8 Mio. t auf Prozessemissionen, die im Vorjahresvergleich um 3,1% zurückgingen, insbesondere aufgrund der geringeren Stahl-, Zement- und

Ammoniakproduktion. Der Energieverbrauch der Industrie stieg hingegen leicht um 1,3% auf rund 288 Petajoule (PJ). Damit kehrte sich die Entkopplung von Energieverbrauch und Emissionen vorübergehend um: Sowohl die Emissionsintensität (+2,4%) als auch die Energieintensität (+7,1%) nahmen 2024 wieder zu. Die Emissionsreduktion war daher eher von der schwächeren industriellen Aktivität als von Effizienzgewinnen getragen.

2025 vergrößerte sich der Ausstoß der Industrie wieder. Laut den Nahzeitdaten des Umweltbundesamtes stiegen die industriellen Emissionen um 0,6% auf 24,1 Mio. t CO₂-Äquivalente, während die Bruttowertschöpfung der Industrie erstmals seit 2022 zulegte (+1,6%) und der Energieverbrauch um 1,4% auf rund 284 PJ abnahm. Der entsprechende Rückgang der Emissions- (-0,9%) und der Energieintensität (-3,0%) machte den Anstieg des Jahres 2024 aber nur teilweise wett. Beide Kennzahlen liegen weiterhin über ihrem Tiefstand von 2023. Da die Emissionen langsamer wuchsen als die Wertschöpfung, kam es 2025 zu einer relativen Entkopplung der beiden Größen. Eine absolute Lüge dann vor, wenn die Emissionen bei wachsender Wertschöpfung sinken.

2024 sanken die Emissionen der Industrie bei rückläufiger Wertschöpfung. 2025 stiegen sie leicht, allerdings schwächer als die Wertschöpfung.

Abbildung 4: **Treibhausgasemissionen, Energieverbrauch und Bruttowertschöpfung der Industrie**



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2025: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose. – ¹) Sachgütererzeugung einschließlich Bergbau, zu Herstellungspreisen, Referenzjahr 2015.

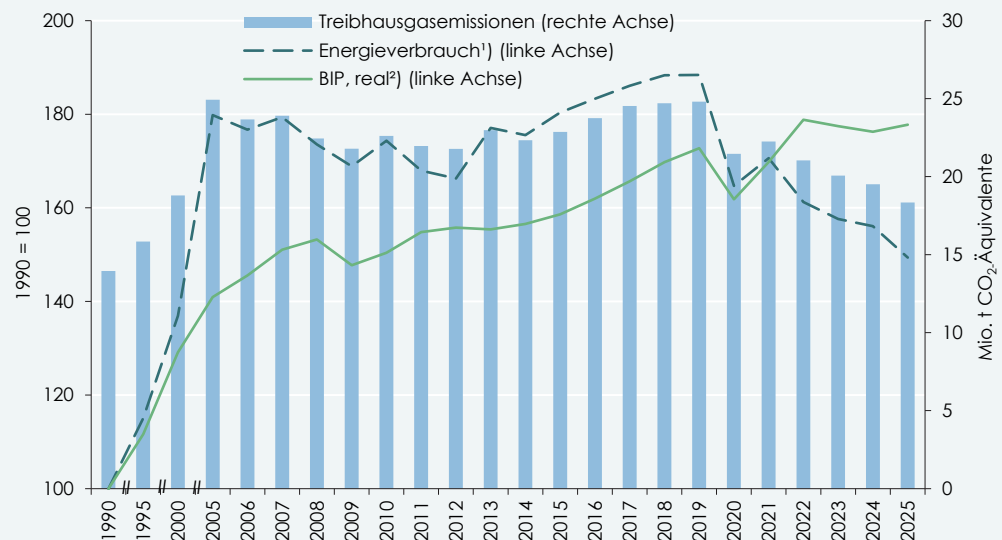
Änderungen im Verhalten und Kraftstoffbeimischungen drücken die Emissionen des Verkehrs.

1.5 Rückgang der verkehrsbedingten Emissionen setzt sich fort

Die verkehrsbedingten Emissionen sanken 2025 das vierte Jahr in Folge und erreichten 18,3 Mio. t CO₂-Äquivalente (–6,0% gegenüber dem Vorjahr). Damit waren sie um 26% geringer als 2019, obwohl das Verkehrsaufkommen von Pkw und Lkw laut Straßenverkehrszählung wieder nahezu das damalige Niveau erreicht hat. Für den geringeren Ausstoß gibt es mehrere Gründe: Zum einen Verhaltensänderungen – der Kraftstoffexport im

Tank durch Transitverkehr und Tanktourismus ist seit 2020 deutlich zurück gegangen, zudem wird bei hohen Treibstoffpreisen vermutlich sparsamer gefahren. Zum anderen verändern sich Fahrzeugbestand und Kraftstoffmix: E-Fahrzeuge ersetzen zunehmend Verbrenner, und die 2025 stark gestiegene Beimischung nichtfossiler Kraftstoffe (HVO) senkt die Emissionen zusätzlich. Das dürfte auch erklären, warum 2025 der Energiebedarf des Verkehrs mit –4,3% etwas schwächer sank als die Emissionen.

Abbildung 5: Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch des Verkehrssektors sowie Wirtschaftswachstum in Österreich



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2025: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose. – ¹⁾ Ohne Flugverkehr, somit mit den Emissionsdaten der Treibhausgasinventur vergleichbar. – ²⁾ Referenzjahr 2015.

Die kühlere Witterung bedingte 2025 einen Anstieg von Emissionen und Energieverbrauch.

1.6 Treibhausgasemissionen des Kleinverbrauchs steigen wieder

In den Sektoren private Haushalte, Dienstleistungen und Landwirtschaft nahmen 2024 sowohl der Endenergieverbrauch (–2,7%) als auch die Treibhausgasemissionen (–7,8%) deutlich ab. Da in diesen Bereichen ein Großteil des Verbrauchs durch die Raumwärmeerzeugung bedingt ist, dämpften die geringere Zahl an Heizgradtagen (–4,1%) sowie ein empfindlicher Rückgang des Anteils von Heizöl und Erdgas im Energiemix die Emissionen.

Im Jahr 2025 wiederum nahmen sowohl der Endenergieverbrauch (+6,2%) als auch die Treibhausgasemissionen (+7,9%) spürbar zu. Ursächlich hierfür waren deutlich mehr Heizgradtage (+11,7% gegenüber dem Vorjahr). Die Treibhausgasemissionen des Kleinverbrauchs erreichten 7,3 Mio. t CO₂-Äquivalente. Pro Kopf stiegen die Emissionen auf

grund des Bevölkerungswachstums etwas schwächer (+7,6%).

1.7 Treibhausgasemissionen der öffentlichen Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung deutlich höher

Der Energieeinsatz für die öffentliche Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung¹⁾ erreichte 2024 mit 354 PJ einen neuen Höchststand. Dazu trug neben den besonders günstigen Verhältnissen für die Wasser- (+18 PJ bzw. +12,4%) und Windkraft (+4 PJ bzw. +15,2%) der kräftige Ausbau von Photovoltaik (+5 PJ bzw. +18,2%) bei. Die Emissionen sanken allerdings nur leicht (–2,2% auf 4,5 Mio. t CO₂-Äquivalente), da der zusätzlich erzeugte Strom primär in den Export ging.

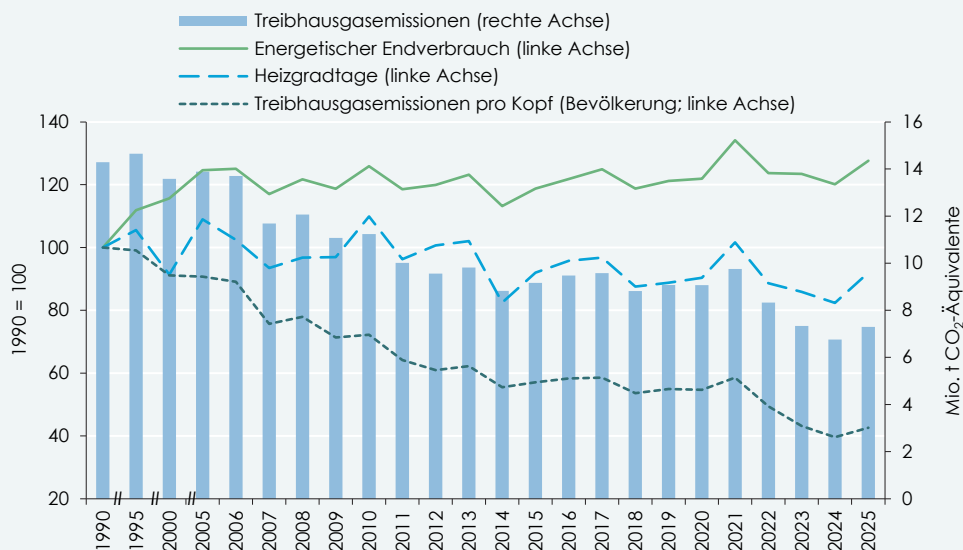
Das Jahr 2025 brachte hingegen ungünstigere Bedingungen für die Windkraft (–2 PJ bzw. –7,3%) und insbesondere die Wasserkraft (–45 PJ bzw. –27,6%) mit sich; der Ener-

¹⁾ Die Energiewirtschaft (vgl. Kapitel 1.3) umfasst dagegen auch die Erdölraffinerie.

geeinsatz sank deutlich (-7,9%) auf 327 PJ. Markant höher als im Vorjahr war hingegen die Energiegewinnung aus Photovoltaik (+6 PJ bzw. +20,5%) und Erdgas (+12 PJ bzw. +21,2%). Die Nutzung von Erdgas erhöhte sich aufgrund des Strombedarfs, aber auch

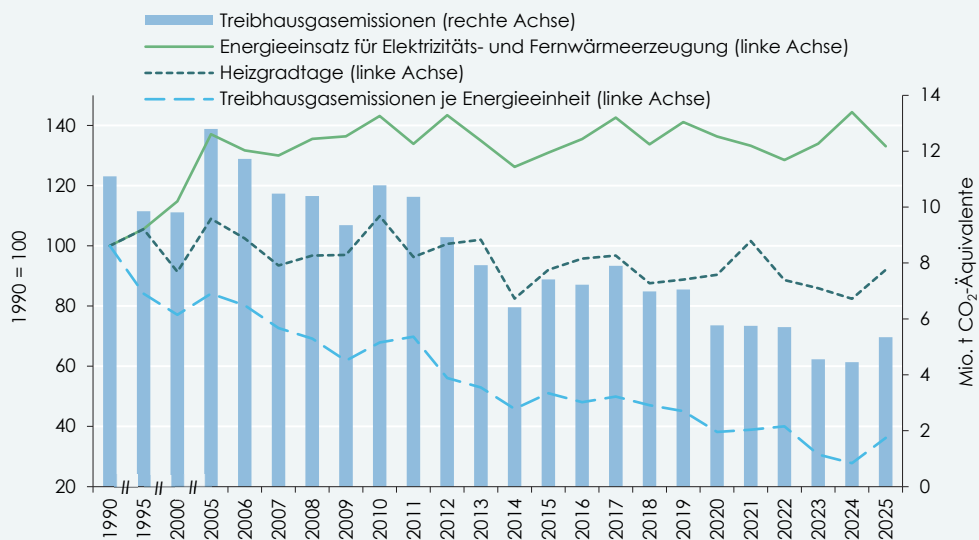
wegen des Wärmebedarfs, bedingt durch die kältere Witterung, im Vorjahresvergleich. Diese Kombination führte zu einer emissionsintensiveren Strom- und Wärmeerzeugung (5,3 Mio. t CO₂-Äquivalente; +20,0%).

Abbildung 6: Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch von privaten Haushalten, Dienstleistungen und Landwirtschaft sowie Zahl der Heizgradtage



Q: Umweltbundesamt, Statistik Austria. 2025: Statistik Austria, vorläufige Energiebilanz; Umweltbundesamt, Nahzeitprognose.

Abbildung 7: Treibhausgasemissionen und Energieeinsatz für Elektrizitäts- und Fernwärmeerzeugung der Energieversorgungsunternehmen



Q: Umweltbundesamt; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2025: Energieeinsatz laut WIFO-Schätzung auf Basis der vorläufigen Energiebilanz; Emissionen laut Umweltbundesamt, Nahzeitprognose.

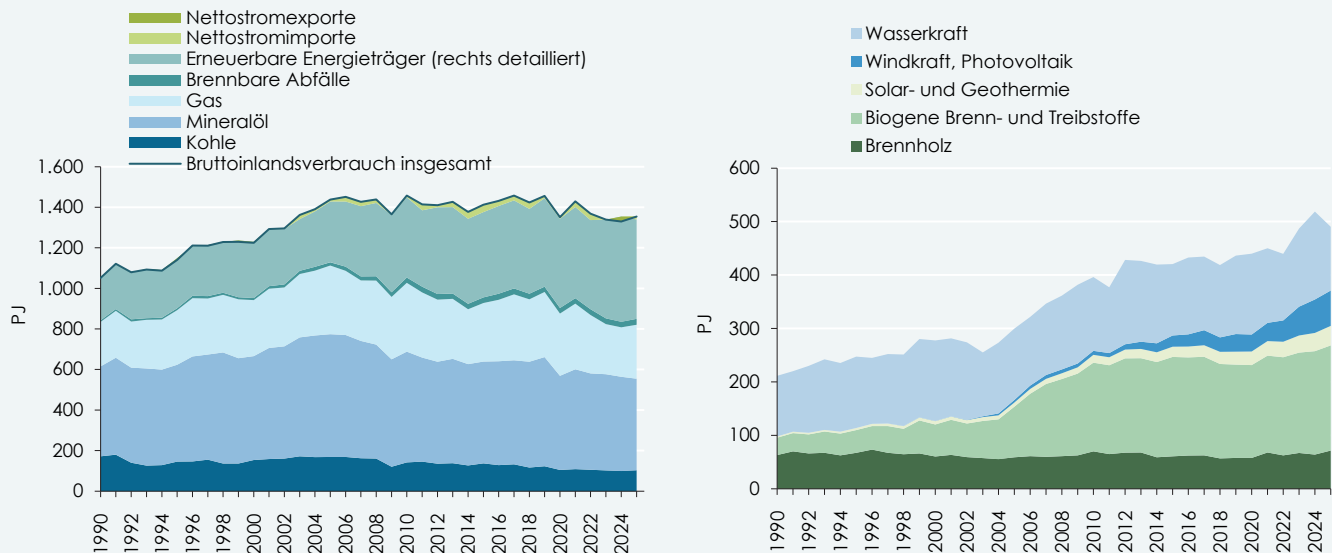
Die deutlich geringere Wasserführung im Jahr 2025 verringerte die Stromproduktion aus Wasserkraft um 27,6%.

1.8 Leichter Anstieg des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie

Der Bruttoinlandsverbrauch an Energie stieg im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr moderat um 1,9%. Zuzuschreiben ist dieser Anstieg im Wesentlichen der Ausweitung der Industrieproduktion sowie dem witterungsbedingt erhöhten Heizenergiebedarf der Endverbraucher:innen. Die Erzeugung aus erneuerbaren Energieträgern schrumpfte 2025 hingegen deutlich um 5,5%. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die weit geringere Wasserführung als im niederschlagsreichen Vorjahr, die einen Einbruch der Stromerzeugung aus Wasserkraft (–27,6%) zur Folge hatte. Er

konnte durch die höhere Erzeugung aus Wind und Photovoltaik (+5,7%) nur teilweise kompensiert werden. Infolgedessen wurde Österreich erneut zum Nettostromimporteuer, mit einem Nettoimportvolumen von 14,8 PJ. Innerhalb des erneuerbaren Energiemixes verzeichneten der Einsatz von Brennholz (+11,4%) sowie die Wärme- und Stromerzeugung aus Solar- und Geothermie (+7,7%) bemerkenswerte Zuwächse. Parallel dazu nahm jedoch auch der Verbrauch fossiler Energieträger zu; jener von Erdgas stieg um 8,8%, der Kohleverbrauch um 3,6%. Lediglich bei Rohöl war ein Rückgang der Absatzmenge um 2,7% zu beobachten.

Abbildung 8: Bruttoinlandsverbrauch in Österreich nach Energieträgern



Q: Statistik Austria, Energiebilanz 1970–2024, vorläufige Energiebilanz 2025.

Der Kostenvorteil gegenüber Deutschland ist aufgebraucht.

Da dem Mehr an Photovoltaikleistung kaum mehr Strom gegenüberstand, sank der Marktwert der Photovoltaik.

1.9 Industriestrompreis

Die Strompreise für die Industrie liegen weiterhin deutlich über dem Niveau von 2021. Große Abnehmer mit einem jährlichen Verbrauch von 20 GWh bis 70 GWh zahlten in Österreich im Jahresmittel 2025 ohne erstattbare Steuern und Abgaben 161 €/je MWh. Das ist mehr als im EU-Durchschnitt (136 €) und das 2,1-Fache des Preisniveaus in den USA (76 €). Auffällig ist die Annäherung an Deutschland: 2016 war Strom hierzulande noch um mehr als ein Viertel günstiger gewesen (72 €), 2025 lagen beide Länder nahezu gleichauf. Der Anstieg gegenüber 2024 war durch Abgaben bedingt: Der Preis ohne Steuern und Abgaben sank um 10 €, die nicht erstattbaren Abgaben stiegen allerdings von 4 € auf 20 €.

Deutschland entlastet die energieintensive Industrie seit 2026 für die Hälfte des Verbrauchs mit höchstens 50% eines Großhandelsreferenzpreises; 50 €/je MWh bilden die Untergrenze der Berechnung. Netzentgelte,

Steuern und Abgaben bleiben unberührt. Österreich plant ab 2027 ein ähnliches Fördermodell. Da die Beihilfen nachträglich ausbezahlt werden, sind sie in den Preisdaten nicht sichtbar.

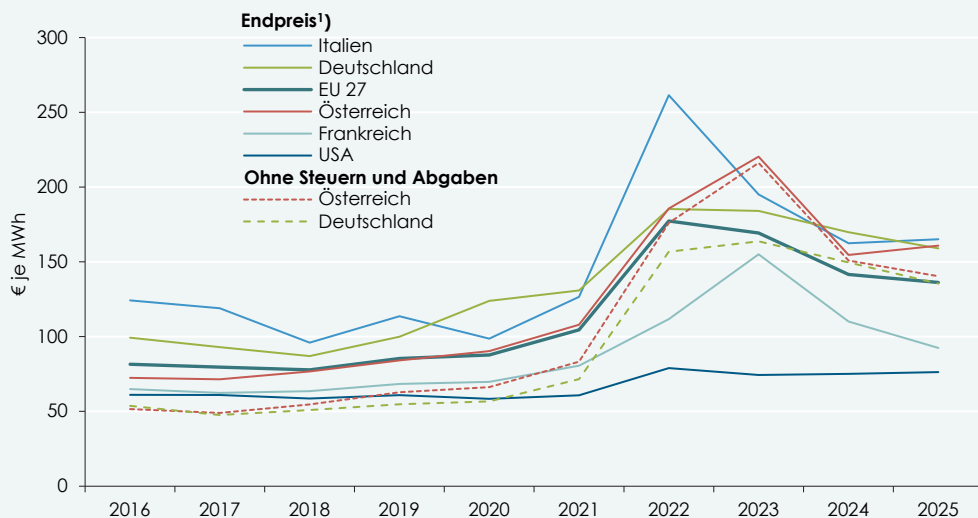
1.10 Kapazität, Auslastung und Marktwert nach Stromerzeugungstechnologien

Österreich baut vor allem Photovoltaik (PV) aus; Auslastung und Erzeugungszeitpunkt bestimmen jedoch Strommenge und Marktwert je installiertem Megawatt (MW). Bei 15% mehr PV-Kapazität lag die eingespeiste Erzeugung im Zeitraum Juli 2025 bis Juni 2026 nur um 2% über dem Niveau des vorangegangenen Vergleichszeitraumes. Weniger Volllaststunden und ein niedrigerer Day-Ahead-Preis verringerten den Marktwert je MW um 16% auf gut 31.000 € (Abbildung 10). Das weist auf Kannibalisierung hin: Mehr PV-Strom drückt in Sonnenstunden den Börsenpreis (Hirth, 2013). Trockenheit prägte nach 2025 auch den bisherigen Jahresverlauf 2026 und beeinträchtigte die Stromerzeugung.

gung aus Wasserkraft: Laufwasser- und Speicherkraftwerke erzeugten von Juli 2025 bis Juni 2026 jeweils um 11% weniger als in der Vorperiode. Höhere Preise federten den Rückgang ab; Laufwasser behielt mit 409.000 € je MW den höchsten Marktwert. Windkraftanlagen erzeugten dagegen um 4% mehr Strom und erzielten einen um 9%

höheren Preis; als einzige Technologie steigerte Windkraft ihren Marktwert (+11% auf 219.000 € je MW). Dies kann den Anreiz für einen weiteren Ausbau erhöhen. Im Jahresabstand stieg der gesamte Importsaldo aller Stromerzeugungstechnologien von 1,1 TWh auf 6,3 TWh.

Abbildung 9: Entwicklung des Industriestrompreises in ausgewählten Ländern



Q: Eurostat (nrg_pc_205), EIA Electric Power Monthly, Table 5.3. – ¹⁾ EU ohne erstattbare Steuern und Abgaben.

1.11 Erneut verbesserter Außenhandelsaldo mit Energieträgern

Den vorläufigen Daten für das Jahr 2025 zufolge verbesserte sich Österreichs Außenhandelsaldo mit Energieträgern sowohl mengenmäßig als auch nominell erneut gegenüber dem Vorjahr. Dabei sanken sowohl die nominellen Einnahmen für Energieexporte (–19,8%) als auch die nominellen Ausgaben für Energieimporte (–19,6%). Die exportierte Energiemenge blieb annähernd konstant (+2,1%; 2024: 201,5 PJ), die importierte verringerte sich um 72,8 PJ (–7,6%).

Auffällig waren 2025 der Einbruch des Stromexportes (–16%) und die starke Ausweitung des Stromimportes (+36%). Letztere machte Österreich erneut zum Nettostromimporteur. Eine weitere Auffälligkeit war der Rückgang der Nettoimporte von Erdgas um 110 PJ bei gleichzeitigem Mehrverbrauch von 8,8% (siehe Kapitel 1.8). Hauptgrund hierfür war die Entnahme aus den heimischen Speichern, die im Jahr 2025 sehr gut mit bereits im Vorjahr importiertem Erdgas gefüllt waren. Ebenfalls hervorzuheben ist der Einbruch der Nettoimporte von Diesel, sowohl nominell als auch mengenmäßig (2025 –56,5% bzw. –27,3%). Dieser ist vor allem auf ein

geändertes Verbrauchsverhalten aufgrund gestiegener Preise zurückzuführen (siehe Kapitel 1.5).

1.12 Sinkende Energiepreise reduzierten 2024 die Kostenbelastung der Haushalte

Im letztverfügbaren Jahr 2024 verringerten sich die durchschnittlichen monatlichen Energieausgaben der privaten Haushalte auf 169 €, eine Ersparnis von knapp 5% gegenüber dem Vorjahr (178 €). Ein milder Winter und ein neuerlich geringerer Energieverbrauch manifestierten sich darin ebenso wie der Rückgang der Energiepreise. Der Anteil der Energieausgaben am Haushaltseinkommen lag wie im Vorjahr bei 3,4%.

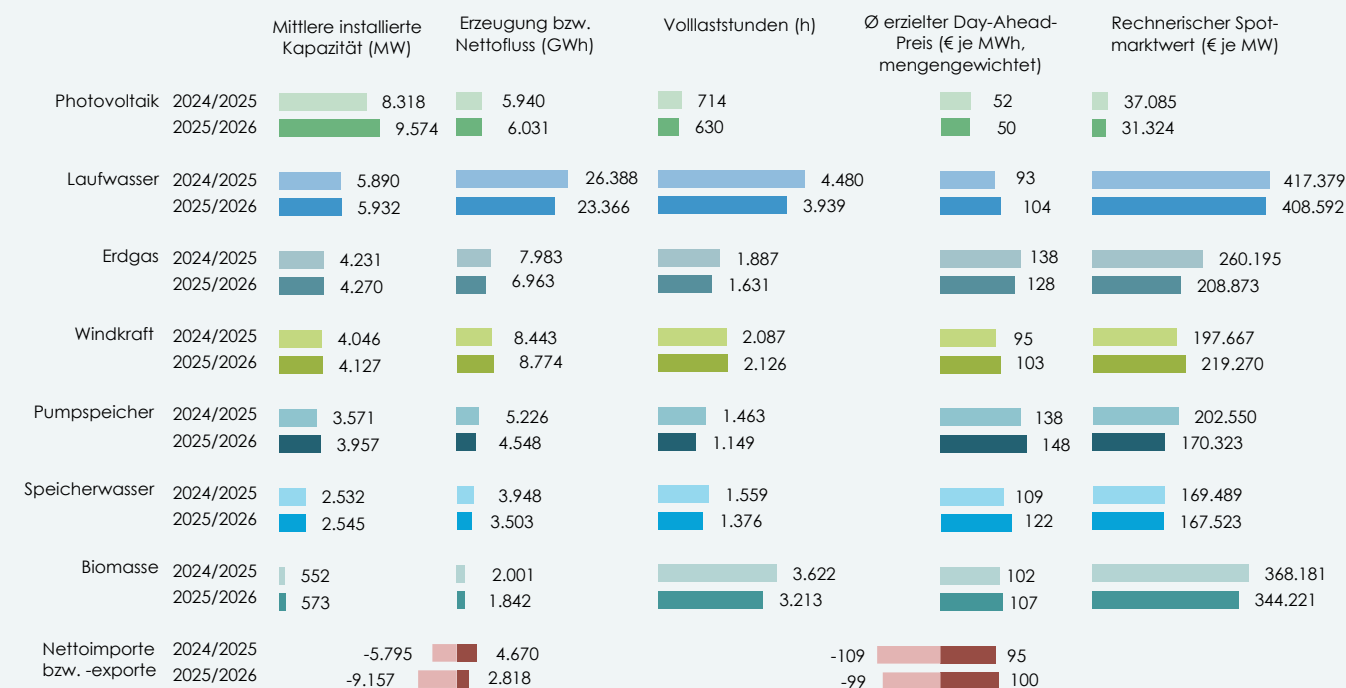
Im untersten Einkommensquintil blieb die Belastung dennoch hoch: Hier betrug der Anteil der Energieausgaben am Haushaltseinkommen 7,7%, womit einkommensschwache Haushalte weiterhin einen überdurchschnittlich großen Teil ihres Budgets für Energie ausgaben. Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung sind für vulnerable Haushalte besonders wichtig, um die Kostenbelastung zu senken.

Österreich war 2025 wieder Nettoimporteur von Strom.

Die Energieausgaben für Wohnen sanken 2024, dennoch bleibt der Anteil am Einkommen im untersten Quintil hoch.

Abbildung 10: **Kapazität, Auslastung und Marktwert nach Stromerzeugungstechnologien**

Juli 2024 bis Juni 2025 bzw. Juli 2025 bis Juni 2026



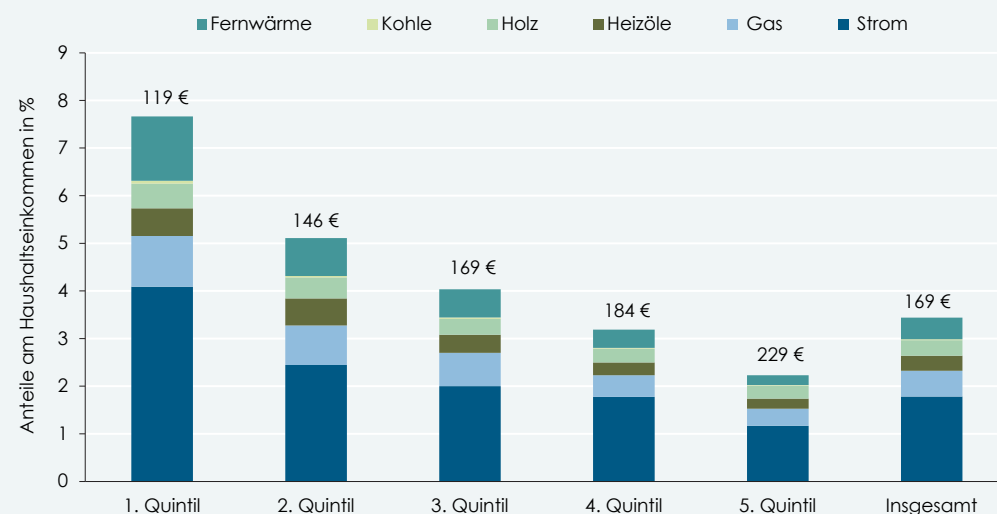
Q: ENTSO-E Transparency Platform, WIFO-Berechnungen. Erzeugung, stündlich saldierte Nettoimporte sowie rechnerischer Day-Ahead-Marktwert werden pro Zeitraum summiert; die installierte Kapazität wird zeitgewichtet gemittelt. Volllaststunden = $\frac{\text{Erzeugung}}{\text{mittlere Kapazität}}$; der erzielte Preis ist der erzeugungsgewichtete Day-Ahead-Marktpreis. Nettoimporte bzw. -exporte: Je Stunde wird der Saldo aller gerichteten physischen Grenzflüsse gebildet: negative Salden sind Nettoimporte, positive Salden Nettoexporte. Die Preisspalte zeigt dafür den mit der jeweiligen stündlich saldierten Nettostrommenge gewichteten österreichischen Day-Ahead-Preis. Kapazität, Volllaststunden und Marktwert werden nicht ausgewiesen. Pumpspeicher weisen den Bruttowert der Ausspeicherung aus.

Übersicht 1: **Außenhandel mit Energieträgern**

	Exporte				Importe				Saldo			
	2020	2023	2024	2025	2020	2023	2024	2025	2020	2023	2024	2025
	Mio. €											
Kohle	1	11	5	4	462	1.035	605	637	-	461	- 1.025	- 601
Erdöl	0	0	0	0	2.174	4.437	4.458	4.005	-	2.174	- 4.437	- 4.458
Heizöl	0	0	0	0	15	41	21	21	-	15	- 41	- 21
Benzin	370	638	570	642	244	688	642	532	125	- 50	- 73	109
Dieselmkraftstoff	453	859	737	624	2.030	4.114	3.469	1.813	- 1.577	- 3.256	- 2.732	- 1.189
Erdgas	348	720	349	275	1.995	4.968	2.819	1.892	- 1.647	- 4.248	- 2.471	- 1.617
Strom	1.121	4.159	2.850	2.073	884	2.181	1.349	1.847	238	1.978	1.501	225
Insgesamt	2.294	6.386	4.510	3.618	7.805	17.463	13.363	10.748	- 5.511	- 11.077	- 8.853	- 7.130
	PJ											
Kohle	0,0	0,0	0,3	0,0	102,3	104,0	99,3	103,5	- 102,3	- 104,0	- 99,0	- 103,5
Erdöl	0,0	0,0	0,0	0,0	319,8	321,6	324,7	351,4	- 319,8	- 321,6	- 324,7	- 351,4
Heizöl	19,5	16,3	17,2	13,2	2,8	0,1	0,1	0,1	16,7	16,3	17,1	13,1
Benzin	39,0	27,8	28,1	35,5	22,1	28,5	29,7	26,4	17,0	- 0,7	- 1,6	9,1
Dieselmkraftstoff	39,5	36,6	35,5	50,9	165,5	153,2	148,9	133,3	- 126,0	- 116,6	- 113,4	- 82,4
Erdgas ¹⁾	91,4	43,9	27,9	28,3	636,2	377,3	284,7	175,2	- 544,8	- 333,4	- 256,8	- 146,9
Strom	80,4	77,8	92,5	77,8	88,3	77,6	68,1	92,6	- 7,9	0,3	24,4	- 14,8
Insgesamt	269,8	202,5	201,5	205,8	1.337,0	1.062,3	955,4	882,6	- 1.067,2	- 859,8	- 753,9	- 676,8

Q: Statistik Austria, Energiebilanz 1970-2024, vorläufige Energiebilanz 2025, Außenhandelsstatistik; WDS – WIFO-Daten-System. – ¹⁾ In der aktuellen Energiebilanz wird der Erdgas transit durch Österreich nicht mehr ausgewiesen. Die hier abgedruckten Werte für die Ein- und Ausfuhr von Erdgas stammen aus der Außenhandelsstatistik und beinhalten auch Transit.

Abbildung 11: Anteil der Energieausgaben für Wohnen am Haushaltseinkommen 2024



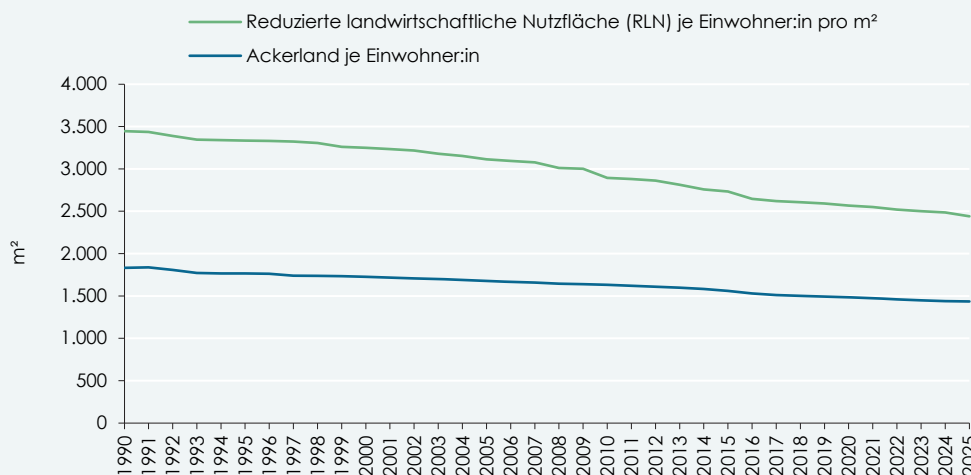
Q: EU-SILC.

2. Landwirtschaftliche Produktion und Stickstoffbilanz in Österreich

Land- und Forstwirtschaft leisten einen wichtigen Beitrag zu zahlreichen Ökosystemdienstleistungen, etwa zum Klimaschutz durch die Bindung von Kohlenstoff in lebender Biomasse (Meyer et al., 2023) und zum Erhalt der Biodiversität. Die Landwirtschaft ist darüber hinaus durch die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln zentral für die Ernährungssicherheit. In Österreich nimmt die landwirtschaftlich genutzte Fläche jedoch bereits seit Jahrzehnten stetig ab (Abbil-

dung 12). Im Jahr 2024 wurden 1.320.800 ha Ackerland bestellt – ein Rückgang um etwa 85.600 ha (6%) gegenüber 1990. Weiters wurden etwa 1.182.000 ha Dauergrünland und 66.000 ha Dauerkulturen bewirtschaftet. Pro Person stand mit 2.441 m² reduzierter landwirtschaftlicher Nutzfläche (RLN) bzw. 1.435 m² Ackerland etwa ein Drittel weniger Fläche für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung als noch im Jahr 1990.

Abbildung 12: Entwicklung der landwirtschaftlichen Fläche pro Kopf



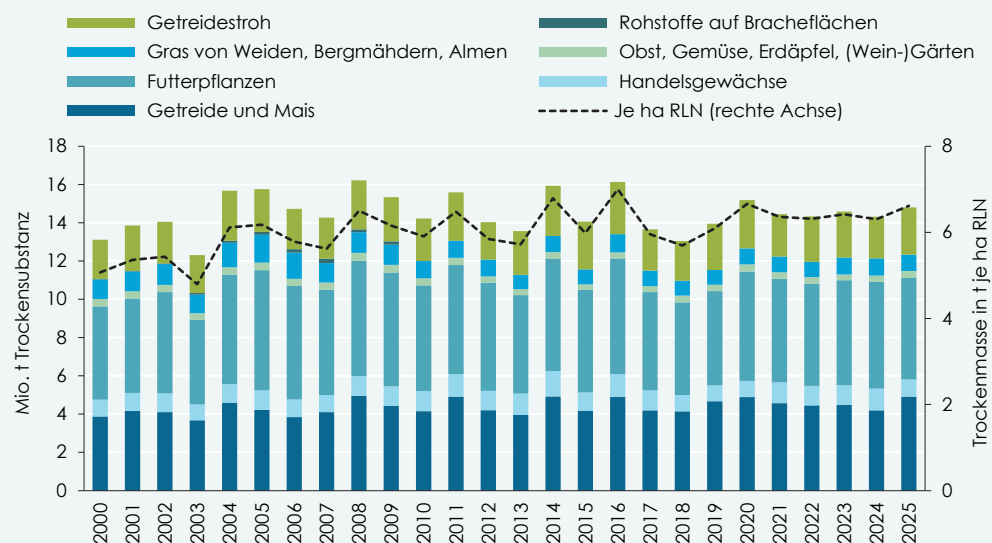
Q: WIFO-Berechnungen auf Basis von Statistik Austria (diverse Jahre), Anbau auf dem Ackerland, Feldfruchternte sowie Statistik Austria, Bevölkerungsstand im Jahresdurchschnitt. Bei der Ermittlung der reduzierten landwirtschaftlichen Nutzfläche (RLN) wird die tatsächliche Ertragsfähigkeit des Bodens berücksichtigt. Die RLN setzt sich zusammen aus den normal ertragsfähigen Flächen (Ackerland, Hausgärten, Obstanlagen, Wein-gärten, Reb- und Baumschulen, ein- und mehrmähdige Wiesen, Kulturweiden) sowie den mit Reduktions-faktoren umgerechneten, extensiv genutzten Dauergrünlandflächen (Hutweiden, Streuwiesen, Almen und Bergmähder).

Seit 1990 verkleinert sich die landwirtschaftliche Nutzfläche stetig. Eine stagnierende Produktion und das Bevölkerungswachstum führen pro Kopf zu einer geringeren Verfügbarkeit von Agrargütern.

Die Produktion von wirtschaftlich nutzbarer Biomasse durch die Landwirtschaft folgt aufgrund leicht steigender Hektarerträge sowie der Ausweitung der Maisproduktion nicht dem abnehmenden Trend der Ackerfläche, stagniert allerdings seit Jahrzehnten weitgehend (Abbildung 13). Die erheblichen jährlichen Schwankungen sind vor allem durch die Witterung bedingt. Problematisch ist die Stagnation der Biomasseproduktion aufgrund des Nachfrageanstiegs, der seinerseits aus dem Bevölkerungswachstum folgt (Statistik Austria, 2025a). Ohne Veränderungen im Ernährungsverhalten sinkt dadurch für zahlreiche Agrargüter der Selbstversorgungsgrad²⁾, d. h. die heimische Landwirtschaft trägt bei zunehmender Importabhängigkeit immer weniger zur Ernährungssicherheit bei.

Eine ausreichende Verfügbarkeit von Nährstoffen (Stickstoff, Phosphor, Kalium) ist für die Bodenfruchtbarkeit und damit für die Produktion von Biomasse, die als Nahrungs- und Futtermittel bzw. als Rohstoff für industrielle Anwendungen dient, unerlässlich. Mit der Abfuhr des Erntegutes werden dem Boden Nährstoffe entzogen. Der Ersatz durch Düngemittel ist daher eine Voraussetzung für hohe Erträge von Nutzpflanzen. In der Landwirtschaft werden leicht lösliche mineralische und organische Dünger (z. B. Wirtschaftsdünger, Kompost) eingesetzt. Eine zu intensive Düngung wirkt sich jedoch negativ auf die Umwelt aus. Nährstoffe, die von Pflanzen nicht aufgenommen werden, können ins Grundwasser und in Oberflächengewässer gelangen oder – insbesondere bei Stickstoffdüngern – in Gasform in die Atmosphäre entweichen.

Abbildung 13: **Produktion von wirtschaftlich nutzbarer Biomasse durch die Landwirtschaft in Österreich**



Q: Statistik Austria (verschiedene Jahre), Anbau auf dem Ackerland, Feldfruchternte; WIFO-Berechnungen auf Basis von Buchgraber et al. (2003); DLG-Futterwerttabelle; Resch (2007). Stroh ist ein Nebenprodukt der Getreideerzeugung (ohne Mais); unterstellt wird ein einheitliches Korn-Stroh-Verhältnis von 1 : 0,9. Verlustfaktoren Futterwirtschaft gemäß Buchgraber et al. (2003). Bei der Ermittlung der reduzierten landwirtschaftlichen Nutzfläche (RLN) wird die tatsächliche Ertragsfähigkeit des Bodens berücksichtigt. Die RLN setzt sich zusammen aus den normal ertragsfähigen Flächen (Ackerland, Hausgärten, Obstanlagen, Weingärten, Reb- und Baumschulen, ein- und mehrmähige Wiesen, Kulturweiden) sowie den mit Reduktionsfaktoren umgerechneten, extensiv genutzten Dauergrünlandflächen (Hutweiden, Streuwiesen, Almen und Bergmähdern).

Die Stickstoffbilanz gemäß der Methode von OECD und Eurostat (2013) berücksichtigt neben Düngemitteln auch die Synthese von Luftstickstoff über das Wurzelsystem von Pflanzen (insbesondere Leguminosen) und

die atmosphärische Deposition. Die verursachten Nährstoffeinträge werden dem Entzug durch das Erntegut gegenübergestellt. Eine positive Bilanz bedeutet, dass dem landwirtschaftlichen Kreislauf mehr Stickstoff

²⁾ Der Selbstversorgungsgrad beschreibt, "inwieweit die Erzeugung im Inland (Inlandserzeugung) in der Lage ist, die Verwendung im Inland (Inlandsverwendung) abzudecken" (Statistik Austria, 2023). Die Inlandsverwendung umfasst die Verwendung für Mensch, Tier und Industrie. Bei einem Selbstversor-

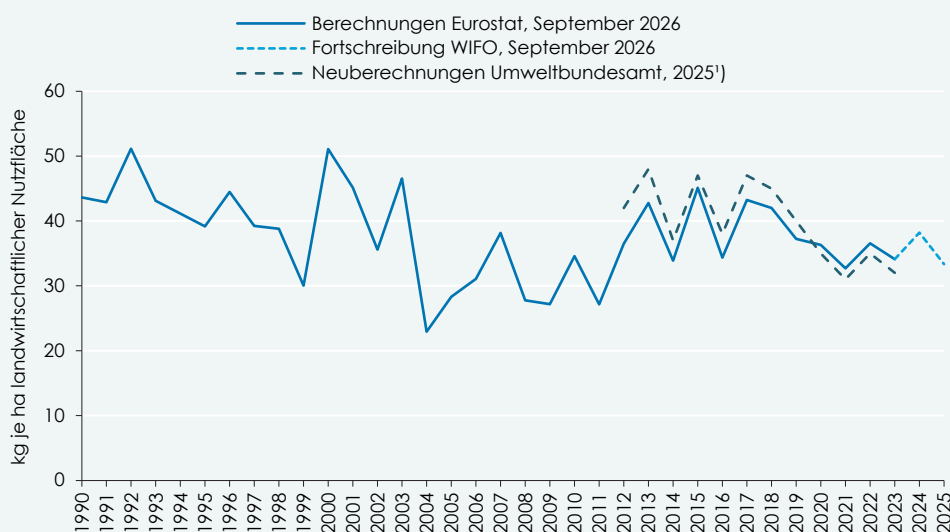
grad von unter 100 gewährleistet die Inlandsproduktion die Versorgung nur teilweise; bei einem Wert über 100 überschreitet sie dagegen den Bedarf im Inland, sodass Agrargüter eingelagert oder exportiert werden können.

zugeführt als entzogen wurde. Je höher der Bilanzüberschuss, desto größer die Gefahr unerwünschter Nebeneffekte (Einträge ins Grundwasser, Treibhausgasemissionen). Eine Reduktion der Mineraldüngung ist positiv für die Umwelt und häufig auch mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden.

Die Menge an ausgebrachtem Stickstoffdünger ist in Österreich seit 1990 leicht rückläufig (Abbildung 14). Die jährlichen Schwankungen sind einerseits durch den zum Zeitpunkt der Düngung noch nicht absehbaren Nährstoffbedarf von Nutzpflanzen begründet. Andererseits erfasst die Statistik die auf dem Markt abgesetzten und nicht die tatsächlich ausgebrachten Mengen.

Stickstoff(-düngung) ist für die Produktion von Biomasse und die langfristige Sicherung hoher Erträge notwendig, gleichzeitig aber eine bedeutende Quelle von Emissionen.

Abbildung 14: **Stickstoffbilanz**



Q: Eurostat, Bruttonährstoffbilanz (Online Datencode: aei_pr_gnb, Stand Februar 2026; https://doi.org/10.2908/AEI_PR_GNB, Daten abgerufen am 28. 8. 2026); Umweltbundesamt (2025), WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Neuberechnung für die Jahre 2000 bis 2023 im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft unter Verwendung neuer, für Österreich relevanter Nährstoff-Koeffizienten.

3. Sonderthema: Wasser als kritische Ressource

Österreich sieht sich im Jahr 2026 einem außergewöhnlich hohen Wasserstress³⁾ ausgesetzt. Die Gründe dafür sind beträchtliche Niederschlagsdefizite, welche die Wasserverfügbarkeit grundlegend verändert haben, sowie extreme Hitze, welche die Verdunstung und somit den Wasserhaushalt beeinflusst⁴⁾. In diesem Abschnitt werden die kaskadenartigen Auswirkungen mangelnder Wasserverfügbarkeit auf die Energieproduktion und die Landwirtschaft sowie mögliche Störungen in Wertschöpfungsketten und systemische Anfälligkeiten überblicksartig analysiert.

3.1 Wasserstress in Österreich im Jahr 2026

Der Sommer 2026 brachte in Österreich eine außergewöhnliche Hitze mit sich. Die Durchschnittstemperaturen überschritten laut Geosphere Austria⁵⁾ in mehreren Regionen um 3 °C bis 5 °C die Langzeitmittelwerte.

Hitzegetriebene atmosphärische Muster und Niederschlagsdefizite von 21% bis 43% gegenüber dem Normalwert (1991/2020) haben die Wasserverfügbarkeit in kritischen Einzugsgebieten und die Grundwasserreserven erheblich reduziert. Besonders betroffen sind der Osten und der Norden Österreichs. Höhere Temperaturen beeinflussen auch die Schneeschmelze in den Alpen und verschieben den jahreszeitlichen Abfluss in Richtung Frühjahr. Das kann im Spätsommer für Landwirtschaft und Stromerzeugung die Wasserverfügbarkeit vermindern; Ausmaß und Zeitpunkt der Knappheit sind jedoch regional unterschiedlich und jahresabhängig.

Die amtlichen Messreihen der Hydrographie Österreich dokumentieren die aktuelle Entwicklung der Grundwasserstände, der Oberflächengewässer und weiterer Komponenten.

Die Wasserverfügbarkeit in kritischen Einzugsgebieten und die Grundwasserreserven waren im Sommer 2026 erheblich reduziert.

³⁾ Wasserstress tritt auf, wenn die Nachfrage nach Wasser das verfügbare Angebot übersteigt oder wenn die Qualität des verfügbaren Wassers eingeschränkt ist (UN-Water Definition).

⁴⁾ <https://geosphere.at/de/aktuelles/news/trockenste-periode-in-oesterreich-in-176-jahren-messgeschichte>.

⁵⁾ <https://klimaportal.geosphere.at/>.

ten des Wasserhaushaltes an zahlreichen Messstellen⁶⁾.

3.2 Auswirkungen auf die Energieproduktion

Die reduzierte Wasserverfügbarkeit schränkt die flexible Nutzung von Wasserkraft in Spitzenlastzeiten ein.

Die verfügbare Evidenz belegt eine deutlich geringere Wasserkraftproduktion im niederschlagsarmen Sommer 2026. Die Energieproduktion aus Wasserkraft sank von 3.318 GWh im Juli 2025 auf 1.787 GWh im Juli 2026, womit ihr Anteil an der erneuerbaren Erzeugung von rund 70% auf 50% schrumpfte⁷⁾.

Die reduzierte Wasserverfügbarkeit hat die Flexibilität Österreichs, Wasserkraft zur Abdeckung von Spitzenlasten zu nutzen, grundlegend eingeschränkt. Kraftwerksbetreiber können während der Spitzenlastzeiten am Nachmittag und Abend, wenn der Stromverbrauch seinen Höhepunkt erreicht, deutlich weniger Energie einspeisen. Dies führt zu einer Abhängigkeit von weniger flexiblen Erzeugungsquellen, zu vermehrten Stromimporten, zu Netzausgleichsproblemen und erhöhten "Redispatch"-Kosten⁸⁾.

Thermische Kraftwerke nutzen Wasser zwar nicht direkt zur Energieerzeugung, sind aber auf Kühlwasser angewiesen. Niedrige Abflüsse und hohe Wassertemperaturen begrenzen die verfügbare Kühlleistung und können dadurch die Stromerzeugung thermischer Kraftwerke beeinträchtigen.

Wasserknappheit kann somit gemeinsam mit anderen Faktoren wie den Brennstoffpreisen, der Nachfrage, Netzengpässen und der Verfügbarkeit erneuerbarer Energie den Strommarkt deutlich beeinflussen.

3.3 Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Anhaltende Trockenheit führte 2026 in allen Regionen Österreichs zu Ertragsrückgängen und -ausfällen, Futtermangel und Wasserknappheit.

Die anhaltende Trockenheit stellt viele landwirtschaftliche Betriebe vor große Herausforderungen – etwa aufgrund deutlicher Ertragsrückgänge und Futtermangel. Dies kann in der Folge die Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Rohstoffe begrenzen sowie Preise und Beschaffungskosten erhöhen⁹⁾. Sinabell et al. (2026, in diesem Heft) widmen sich in einem eigenen Beitrag den Dürreschäden des Jahres 2026, den beschlossenen Hilfsmaßnahmen

men und dem Risikomanagement in der Landwirtschaft.

In Trockenperioden steigt der Bewässerungsbedarf im Ackerbau. Gleichzeitig konkurrieren landwirtschaftliche Betriebe mit anderen Nutzer:innen um das verfügbare Wasser. Bewässerungsmöglichkeiten können die Erträge und mittelfristig die Anbauentscheidungen beeinflussen. Trockenheit beeinträchtigt außerdem die Weide- und Heuwirtschaft und kann den Bedarf an zugekauftem Futter erhöhen. Für Milch- und Rinderbetriebe entstehen dadurch zusätzliche Kosten; ihr Ausmaß hängt vom regionalen Niederschlagsverlauf, der Futterverfügbarkeit und den Preisen für Wasser, Energie und Futtermittel ab.

Österreichs produktivste Gemüse- und Obst-anbauggebiete im Osten und Südosten wurden besonders hart von der Dürre getroffen. Expertenschätzungen zufolge ist die regionale landwirtschaftliche Produktion bewässerter Kulturen im Marchfeld 2026 um 35% bis 50% eingebrochen, während vergleichbare Rückgänge in westlichen Regionen auf 20% bis 30% geschätzt werden. Trotz großer Ertragsrückgänge bestehen somit erhebliche regionale Disparitäten. Kleine landwirtschaftliche Betriebe haben meist weniger Ressourcen, um auf Dürreereignisse zu reagieren und erleiden relativ höhere wirtschaftliche Verluste als größere Betriebe¹⁰⁾.

3.4 Auswirkungen auf Wertschöpfungsketten

Wasserknappheit kann sich über Wertschöpfungsketten auf nachgelagerte Unternehmen und Handelspartner auswirken. Meyer et al. (2026) untersuchen diese Abhängigkeiten für 303 europäische Regionen (NUTS 2) und identifizieren auf Basis von FIGARO-, WaterGAP- und Aqueduct-Daten jene Gegenden, in denen eine hohe Konzentration an virtuellen blauen Wasserexporten¹¹⁾ und hohe Wasserstressindikatoren zusammentreffen¹²⁾.

Nur etwa ein Zehntel des in der Endnachfrage der EU 27, Norwegens und des Vereinigten Königreichs enthaltenen virtuellen

⁶⁾ eHYD, elektronische hydrographische Daten, Hydrographie Österreich, <https://ehyd.gv.at/#/cpegel/bgrau/abl.gew.hwwarn/@47.71554,13.35584,7z>.

⁷⁾ ENTSO-E Transparency database. Ohne Pumpspeicher. Der Wert beschreibt den Anteil der Wasserkraft an der erneuerbaren Erzeugung und ist nicht mit einem Rückgang der installierten Erzeugungskapazität gleichzusetzen.

⁸⁾ "Redispatch"-Kosten fallen an, wenn Netzbetreiber eingreifen müssen, um eine Überlastung des Stromnetzes zu verhindern.

⁹⁾ Für eine quantitative Bewertung der Entwicklung österreichischer Agrarpreise sind die laufenden Preis- und Produktionsstatistiken von Statistik Austria sowie Angaben zu einzelnen Erzeugnissen heranzuziehen.

¹⁰⁾ <https://storymaps.arcgis.com/stories/36c8f260645943a98d7f1b51c96adc46>.

¹¹⁾ Virtuelle Wasserexporte bezeichnen das in exportierten Waren und Dienstleistungen "eingebettete"

Wasser, das während deren Produktion verbraucht wurde, und somit indirekt vom Exportland ins Ausland transferiert wird. Blaues Wasser bezeichnet das oberflächlich und unterirdisch verfügbare und nutzbare Süßwasser, also Wasser in Flüssen, Seen, Reservoiren und Grundwasserspeichern. Grünes Wasser bezeichnet das in Böden gespeicherte Regenwasser, das durch Verdunstung und Transpiration von Pflanzen (Evapotranspiration) genutzt wird und nicht abfließt, sondern im Boden-Pflanzen-System verbleibt (vgl. Global Commission on the Economics of Water, 2024, Kapitel 2).

¹²⁾ Die Studie von Meyer et al. (2026) stützt sich auf Handelsstrukturen des Jahres 2017 und ist daher keine empirische Analyse der österreichischen Wasserkrise 2026. Die Untersuchung von Konar et al. (2012) beschreibt den konzeptionellen Hintergrund zum globalen virtuellen Wasserhandel.

blauen Wassers stammt aus derselben NUTS-2-Region, in der der Endverbrauch stattfindet. Etwa die Hälfte stammt aus anderen europäischen Regionen und etwa zwei Fünftel entstammen Ländern außerhalb der EU. Aufgrund dieser Zusammensetzung dürften die meisten europäischen Verbraucher:innen auf Süßwasser aus anderen Regionen angewiesen sein. Der Handel spielt somit eine wichtige Rolle, und die regionale Wasserversorgungssicherheit kann nicht allein aus lokalen Bilanzen abgeleitet werden. Selbst Regionen mit moderater lokaler Wasserknappheit können gefährdet sein, wenn das in ihrem Endverbrauch enthaltene Wasser aus Gebieten mit begrenzten Wasserressourcen stammt.

Wie Meyer et al. (2026) zeigen, konzentriert sich der innereuropäische Handel mit virtuellem Wasser auf wenige Regionen im Mittelmeerraum. Die Konzentration ist sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene stark ausgeprägt. Spanien, Italien und Griechenland haben den größten Anteil an den innereuropäischen Exporten von virtuellem

Wasser. Auf NUTS-2-Ebene ist die Konzentration noch ausgeprägter: Auf 12 Regionen entfällt etwa die Hälfte aller interregionalen Exporte von virtuellem Wasser innerhalb der EU 27. Andalusien allein trägt etwa 11% bei.

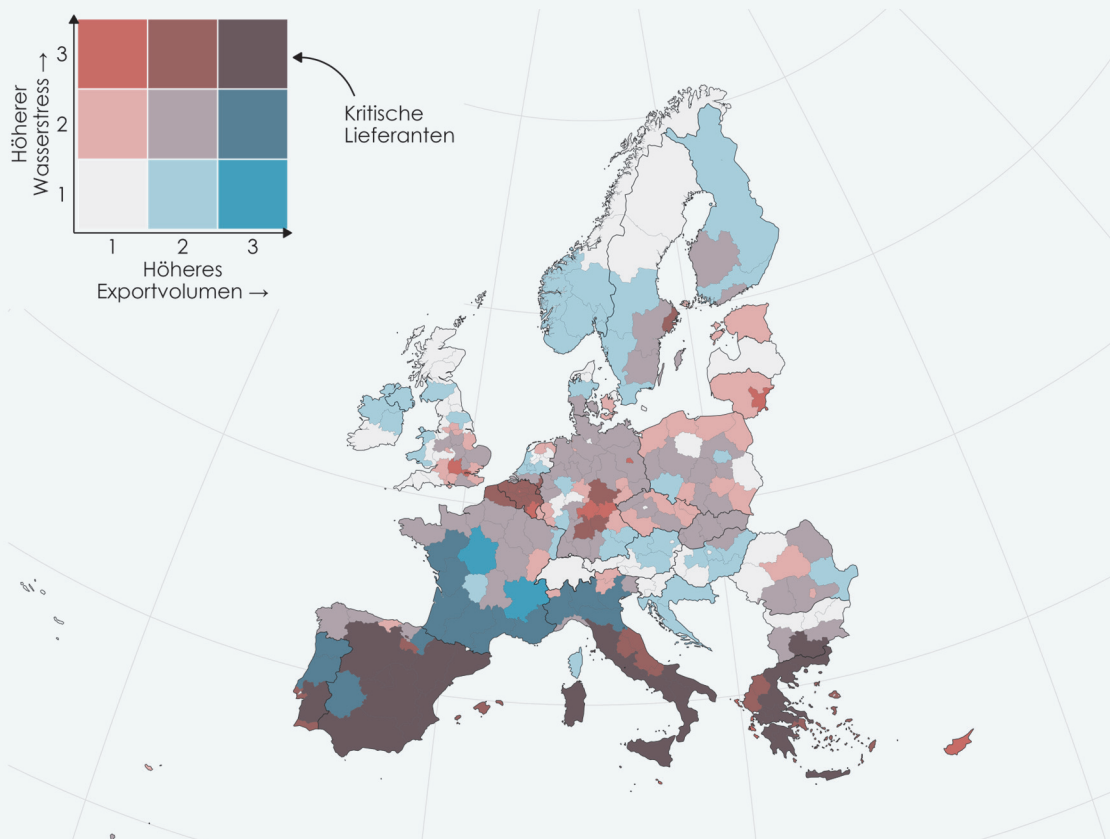
Eine Aufschlüsselung nach Sektoren zeigt, dass die Bewässerungslandwirtschaft der wichtigste Übertragungskanal für Risiken im Zusammenhang mit dem in Produkten enthaltenen Wasser ist. Auf sie entfallen rund 81% der interregionalen Exporte von virtuellem Wasser. Die verarbeitende Industrie hat den zweitgrößten Anteil (11%), während thermische Energieerzeugung und Viehzucht nur jeweils 4% stellen.

Um die Vulnerabilität zu bewerten, wurde die interregionale Exportintensität virtuellen Wassers mit Aqeduct-Basisindikatoren für Wasserstress kombiniert. Laut den Ergebnissen sind 145 europäische Regionen sowohl bedeutende Exporteure von virtuellem Wasser als auch hohem Wasserstress ausgesetzt (Abbildung 15; für Details siehe Meyer et al., 2026).

Der interregionale Handel mit virtuellem Wasser konzentriert sich auf wenige Regionen im Mittelmeerraum und die Bewässerungslandwirtschaft.

Abbildung 15: **Kritische Lieferanten virtuellen Wassers: Exportvolumen und Wasserstress**

Virtuelle Wassereexporte in andere Regionen (EU 27, Norwegen, Vereinigtes Königreich; Mio. m³, nur interregional) versus Baseline-Wasserstress (WRI Aqeduct)



Q: FIGARO 2017, WaterGAP 2.2d, WRI Aqeduct 4.0, Meyer et al. (2026). Wassereexport klassifiziert nach Log-Jenks-Grenzen (Mio. m³), Wasserstress: WRI Aqeduct Baseline Water Stress (0 bis 5). Dunkle Felder . . . hohes Exportvolumen und hoher Wasserstress (Engpass in der Lieferkette).

Mittel- und langfristige Anpassungsoptionen können die Widerstandsfähigkeit gegen Engpässe in der Wasserversorgung erhöhen.

Wasserbezogene Risiken können somit grenz- und sektorübergreifend ausstrahlen. Selbst wenn die lokalen Wasserbilanzen stabil erscheinen, können sich Wasserrisiken über Wertschöpfungsketten destabilisierend auf heimische Regionen auswirken. Das Monitoring der Wasserverfügbarkeit muss sich daher auch an überregionalen Produktionsnetzwerken orientieren.

3.5 Politische Handlungsoptionen

Die österreichische Wasserbewirtschaftung stützt sich auf das Wasserrechtsgesetz¹³⁾ und den Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan 2021 (NGP 2021; Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, 2021). Das offizielle WISA-Portal¹⁴⁾ stellt die gemäß Wasserrahmenrichtlinie ausgewiesenen Wasserkörper sowie Informationen zu ihrem Zustand und zu geplanten Maßnahmen bereit. Bei lokalen Engpässen erfolgen wasserrechtliche Entscheidungen durch die zuständigen Behörden auf Grundlage der jeweiligen Situation und der Bewilligungen.

Für die laufende Beobachtung des Wasserhaushaltes stellt die Hydrographie Österreich auf ihrem Online-Portal eHYD geprüfte Messdaten zu Grundwasser, Oberflächengewässern und weiteren hydrologischen Größen zur Verfügung. Im Stromsektor veröffentlichen Austrian Power Grid¹⁵⁾ und der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E)¹⁶⁾ Daten zu Erzeugung, Verbrauch, Austausch und Netzbetrieb. Diese Daten bilden eine Grundlage für die Bewertung von Versorgungslage und grenzüberschreitendem Stromhandel; eine konkrete Umsetzung täglicher sektorübergreifender Krisenprotokolle oder ein bestimmter Anstieg der Importe lassen sich daraus nicht ableiten.

Als mittelfristige Anpassungsoptionen kommen u. a. wassersparende Bewässerung, zusätzliche Speicher sowie trockenheits- und

hitzetolerante Produktionsverfahren in Betracht. Ihre Förderung und Umsetzung erfolgen über unterschiedliche Programme der Umwelt-, Agrar- und Klimapolitik.

Langfristige Anpassung erfordert, Klimarisiken in die Wasser- und Infrastrukturplanung einzubeziehen. Der Zweite Österreichische Sachstandsbericht zum Klimawandel des Austrian Panel on Climate Change (Huppmann et al., 2025) bündelt die wissenschaftliche Evidenz zu Klimawandelfolgen, Risiken und Anpassungsstrategien in Österreich. Die Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel¹⁷⁾ behandelt u. a. Maßnahmen in den Bereichen Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Infrastruktur. Der NGP 2021 und die laufende hydrologische Beobachtung über eHYD bieten dafür institutionelle und datenbezogene Grundlagen. Maßnahmen zur Verringerung des Wasserverbrauchs und eine breitere, diversifizierte Aufstellung von Lieferketten können die Widerstandsfähigkeit erhöhen; konkrete Wirkungen hängen von der jeweiligen Umsetzung und den regionalen Bedingungen ab.

3.6 Schlussfolgerungen

Der Wasserstress in Österreich im Jahr 2026 stellt eine systemische Herausforderung dar, die weit über direkte Probleme der Wasserverfügbarkeit hinausgeht. Die Folgewirkungen von Wasserknappheit in Energieproduktion und Landwirtschaft verdeutlichen die vernetzte Struktur moderner Volkswirtschaften und die Anfälligkeit von Wertschöpfungsketten gegenüber regionalen Ressourcenbeschränkungen. Eine wirksame Reaktion erfordert koordinierte Maßnahmen der Politikgestaltung über Sektoren und Regierungsebenen hinweg, die sowohl die unmittelbare Ressourcenverteilung als auch den langfristigen Aufbau von Widerstandsfähigkeit berücksichtigen. Von grundlegender Bedeutung ist dabei die Eindämmung des anthropogenen Klimawandels.

4. Literaturhinweise

Buchgraber, K., Resch, R., & Blashka, A. (2003). Entwicklung, Produktivität und Perspektiven der österreichischen Grünlandwirtschaft. In Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Hrsg.), 9. Alpenländisches Expertenforum, 27.-28. März 2003 (S. 9-18).

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft – BMLUK (2021). Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan 2021: WISA-Kartenportal. <https://maps.wisa.bmluk.gv.at/gewaesserbewirtschaftungsplan-2021>.

Elektronische Hydrographische Daten – eHYD. Hydrographische Daten Österreichs zu Grundwasser, Oberflächengewässern und Wasserhaushalt. <https://ehyd.gv.at/>.

Europäische Kommission (2018). Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013.

¹³⁾ Wasserrechtsgesetz im Rechtsinformationssystem des Bundes, <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010290>.

¹⁴⁾ <https://www.bmluk.gv.at/themen/wasser/wisa.html>.

¹⁵⁾ <https://markt.apg.at/>.

¹⁶⁾ <https://www.entsoe.eu/data/power-stats/>.

¹⁷⁾ <https://www.klimawandelanpassung.at/>.

- European Network of Transmission System Operators for Electricity – ENTSO-E. Transparency Platform: Electricity generation, transportation and consumption in the European market. <https://transparency.entsoe.eu/>.
- Global Commission on the Economics of Water (2024). *The Economics of Water. Valuing the Hydrological Cycle as a Global Common Good*. <https://economicsofwater.watercommission.org/>.
- Hirth, L. (2013). The market value of variable renewables. The effect of solar wind power variability on their relative price. *Energy Economics*, 38, 218-236. <https://doi.org/10.1016/j.eneco.2013.02.004>.
- Huppmann, D., Keiler, M., Riahi, K., & Rieder, H. (Hrsg.). (2025). Second Austrian Assessment Report on Climate Change. AAR2. Austrian Panel on Climate Change, Austrian Academy of Sciences Press. <https://aar2.ccca.ac.at/>.
- Konar, M., Dalin, C., Suweis, S., Hanasaki, N., Rinaldo, A., & Rodriguez-Iturbe, I. (2012). Water for Food: The Global Virtual Water Trade Network. *Water Resources Research*, 48(8), W08554. <https://doi.org/10.1029/2010WR010307>.
- Meyer, I., Naqvi, A., & Neier, T. (2026). Virtual-water bottlenecks expose Europe's supply chains to risks. *Research Square*. <https://doi.org/10.21203/rs.3.rs-10230410/v1>.
- Meyer, I., Sinabell, F., Streicher, G., Spiegel, H., & Bohner, A. (2023). Kohlenstoffsequestrierung in Österreichs Acker- und Grünlandböden. Bedeutung und ökonomische Effekte ausgewählter Maßnahmen. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 189-199. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/32282780>.
- OECD, & Eurostat (2013). *Nutrient Budgets. Methodology and Handbook*. Version 1.02. https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/Annexes/aei_pr_gnb_esms_an_1.pdf.
- Resch, R. (2007). *Neue Futterwerttabellen für den Alpenraum*. 34. Viehwirtschaftliche Fachtagung. Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft.
- Sinabell, F., Felbermayr, G., & Url, T. (2026). Die Dürre 2026 – eine volkswirtschaftliche Einordnung und Lehren daraus. *WIFO-Monatsberichte*, 99(9), 475-495. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72965963>.
- Statistik Austria (2023). *Versorgungsbilanzen*. <https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/landwirtschaftliche-bilanzen/versorgungsbilanzen>.
- Statistik Austria (2025a). *Bevölkerungsprognose 2025. Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs und der Bundesländer*. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Bevoelkerungsprognose_2025_barr.pdf.
- Statistik Austria (2025b). *Energiebilanz Österreich 1970-2024*. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/99/Austria_Daten_Publikation.ods.
- Statistik Austria (2026). *Vorläufige Energiebilanz Österreich 2025*. <https://www.statistik.at/fileadmin/pages/99/vorlaeufigeEnergiebilanzenOesterreichInTerajoule.ods>.
- Statistik Austria (diverse Jahre). *Anbau auf dem Ackerland*. SB 1.16. <https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/pflanzenbau/ackerbau-dauergruenland>.
- Statistik Austria (diverse Jahre). *Feldfruchternte*. SB 1.12. <https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/pflanzenbau/ackerbau-dauergruenland>.
- Umweltbundesamt (2025). *Österreichische Stickstoff- und Phosphorbilanz der Landwirtschaft nach EUROSTAT-Vorgaben. Aktualisierung 2025*. https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr:ce087044-29dd-4b68-b897-569e8d9f8751/REP_1003_NuP-Bilanz2025.pdf.
- Umweltbundesamt (2026a). *Austria's National Inventory Document 2026. Submission under the UNFCCC and under the Paris Agreement*. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep1031.pdf>.
- Umweltbundesamt (2026b). *Nahzeitprognose der österreichischen Treibhausgas-Emissionen für das Jahr 2025*. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep1049.pdf>.
- Umweltbundesamt (2026c). *Klimaschutzbericht 2026*. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep1042.pdf>.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

7/2026 Die Dürre 2026 – ein Weckruf, das Risikomanagement zukunftsfit zu gestalten

Franz Sinabell, Gabriel Felbermayr, Thomas Url

Die Hitze und Trockenheit der letzten Wochen haben die Gesundheit und das Wohlbefinden vieler Personen beeinträchtigt. Unmittelbar sicht- und greifbare wirtschaftliche Schäden hat vor allem der österreichische Agrarsektor erlitten. Der vorliegende WIFO Research Brief legt zunächst eine vorläufige Bewertung der im August 2026 beschlossenen Hilfsmaßnahmen vor. Hervorgehoben wird, dass erstmals bei einem derart großen Ereignis die Versicherten gegenüber Nicht-Versicherten nicht schlechter gestellt werden. Das Hauptaugenmerk richtet sich aber auf die Fragen, mit welchen Maßnahmen negative wirtschaftliche Auswirkungen begrenzt werden können und wie das in vielen Bereichen gut funktionierende System des Risikomanagements zukunfts-fähig gemacht werden kann. Die Stärkung von Versicherungen und der Einsatz von Krediten zur Finanzierung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen sind dabei marktkonforme Ansätze.

August 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72604789>

Frühere Ausgaben

6/2026 Frühzeitiges Monitoring der Ziele für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung in Österreich – Aktualisierung 2026. Bewertung der Entwicklung von SDG 8 auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose und Nowcasts

Sandra Bilek-Steindl, Thomas Url

August 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72238499>

5/2026 Der sektorale Systemrisikopuffer für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Zielgenauigkeit und Folgen für Kreditangebot und Bautätigkeit

Christian Glocker, Michael Klien, Thomas Url

Juli 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71987693>

4/2026 Lehrlingsausbildung in Österreich: "Competences at risk?"

Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Nadja Bergmann (L&R Sozialforschung), Marlis Riepl (ibw), Mario Steiner (IHS)

Juni 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71309518>

3/2026 How a Strait of Hormuz Closure Would Affect Austria. Evidence from the KITE Model

Sujata Pokhrel

Mai 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/69024779>

2/2026 Hohe Strompreise trotz günstiger Erneuerbarer? Ein Vorschlag, CO₂- und Strompreise teilweise zu entkoppeln

Simon Finster, Bernhard Kasberger, Simon Rütten

April 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68027583>

1/2026 Lohnunterschiede von Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2024

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67391288>

14/2025 Abschätzung des altersbedingten Abgangs von Fachkräften auf regionaler Ebene

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Thomas Url

Dezember 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65098352>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/>

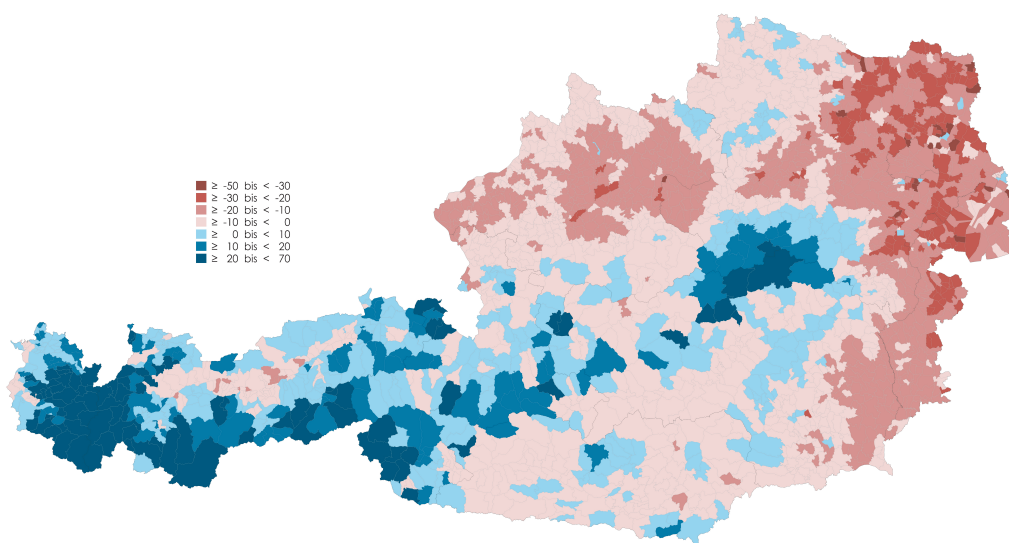
Die Dürre 2026 – eine volkswirtschaftliche Einordnung und Lehren daraus

Franz Sinabell, Gabriel Felbermayr, Thomas Url

- Die große Hitze und der Niederschlagsmangel im Sommer 2026 haben hohe Schäden verursacht. Die Land- und Forstwirtschaft ist besonders betroffen.
- Das in Österreich etablierte System des Risikomanagements hat sich weitgehend bewährt. Dennoch hat die Bundesregierung ergänzende Unterstützungen zur Schadenminderung beschlossen.
- Die Stärkung von marktkonformen Instrumenten und die intensivere Nutzung der Möglichkeiten, die das Steuersystem bietet, sind naheliegende Ansatzpunkte zur Verbesserung des Risikomanagements.
- Staatliche Unterstützungsmaßnahmen müssen dem Umstand Rechnung tragen, dass die Dynamik des Klimawandels eine laufende Anpassung des Risikomanagements erfordert.

Grünlandertrag 2026

Abweichung vom Mittelwert 2016/2025 in %, Stand 20. 8. 2026



"Extremwetterereignisse wie Dürren oder Hochwässer werden aufgrund des Klimawandels, der neben höheren Durchschnittstemperaturen eine höhere Variabilität von Niederschlägen mit sich bringt, häufiger."

In vielen Gebieten Österreichs führte die Dürre zu erheblichen Ertragsausfällen, die zu großem Futtermangel im gesamten Bundesgebiet beigetragen haben (Q: HBLFA Raumberg-Gumpenstein, <https://satgrass.at/> (abgerufen am 20. 8. 2026); WIFO-Darstellung).

Die Dürre 2026 – eine volkswirtschaftliche Einordnung und Lehren daraus

Franz Sinabell, Gabriel Felbermayr, Thomas Url

Die Dürre 2026 – eine volkswirtschaftliche Einordnung und Lehren daraus

Die Hitze und Trockenheit der letzten Monate beeinträchtigen die Gesundheit und das Wohlbefinden vieler Menschen. Unmittelbar sicht- und greifbare wirtschaftliche Schäden hat vor allem der österreichische Agrarsektor erlitten. Dieser Beitrag legt zunächst eine vorläufige Bewertung der im August 2026 beschlossenen Hilfsmaßnahmen vor. Das Hauptaugenmerk richtet sich aber auf die Fragen, wie die Auswirkungen von Extremwetterereignissen auf die Wirtschaft begrenzt werden können und wie das in vielen Bereichen gut funktionierende System des Risikomanagements zukunftsfähig gemacht werden kann. Marktkonforme Ansätze sind die Stärkung von Versicherungen und der Einsatz von Krediten zur Finanzierung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen.

The 2026 Drought – An Economic Analysis and Lessons to be Learnt

The heat and drought of recent months have affected the health and well-being of many people. The Austrian agricultural sector, in particular, has suffered tangible economic damage. This report first presents a preliminary assessment of the relief measures adopted in August 2026. However, the main focus is on the questions of what measures can be taken to limit negative economic impacts and how the risk management system – which functions well in general – can be made fit for the future. Strengthening insurance schemes and the use of loans to finance climate change adaptation measures are market-based approaches in this regard.

JEL-Codes: G22, Q14, Q54 • **Keywords:** Landwirtschaft, Dürre, Naturgefahren, Versicherungen

Dieser Beitrag enthält Elemente des WIFO Research Briefs 7/2026: Franz Sinabell, Gabriel Felbermayr, Thomas Url, Die Dürre 2026 – ein Weckruf, das Risikomanagement zukunftsfähig zu gestalten (August 2026, 8 Seiten, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/72604789>).

Begutachtung: Agnes Kügler, Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 1. 9. 2026

Kontakt: Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at), Gabriel Felbermayr (gabriel.felbermayr@wifo.ac.at), Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

Die Verbesserung des Managements von Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist unumgänglich.

1. Einleitung und Problemstellung

Ein gut abgestimmtes Bündel aus privaten und öffentlichen Maßnahmen und Instrumenten ist das Fundament des Risikomanagements von Unternehmen im Umgang mit Naturgefahren. Diese Maßnahmen senken die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden, vermindern das Schadenausmaß und verteilen die finanziellen Lasten. Die Hauptlast haben die Unternehmen selbst zu tragen, da sie am besten wissen, welchen Gefahren sie ausgesetzt sind und welche Möglichkeiten zur Schadenminderung bestehen. Versicherungen sind eine weitere Säule des Risikomanagements, da sie im Schadenfall zu vereinbarten Konditionen Entschädigungen leisten. Zumal sie auf privatrechtlichen Verträgen gründen, erfolgen die Auszahlungen meist rasch und in vorhersehbarer Weise. Über die Versicherungskonditionen gelangen beobachtete Veränderungen der Gefährdungslage als Anreize in den Markt und induzieren Verhaltensanpassungen aufseiten der Versicherten. Nur über solche Marktsignale kann es gelingen, dass sich veränderte Rahmenbedingungen im Verhalten der Wirt-

schaftssubjekte widerspiegeln. Dem Staat kommt vor allem dann eine wichtige Rolle zu, wenn viele Akteure gleichzeitig vom selben Naturereignis betroffen sind.

Extremwetterereignisse wie Dürren oder Hochwässer werden aufgrund des Klimawandels, der neben höheren Durchschnittstemperaturen eine höhere Variabilität von Niederschlägen mit sich bringt, häufiger (Intergovernmental Panel on Climate Change, 2021). Der Alpenraum ist davon besonders betroffen (Erb et al., 2024), wie sich auch im Sommer 2026 zeigte. Nach Angaben von GeoSphere Austria waren in Österreich und weiten Teilen Mitteleuropas die letzten 12 Monate die heißesten und niederschlagsärmsten seit Beginn der Aufzeichnung vor 176 Jahren. Da die Agrarproduktion unter freiem Himmel stattfindet, verursachen meteorologische Ausnahmeereignisse rasch Schäden. Obwohl Dürre und Hitze auch andere Sektoren, etwa die Forstwirtschaft, die Fischerei, die Binnenschifffahrt oder die

Bauwirtschaft, beeinträchtigen, liegt der Fokus im Folgenden auf dem Agrarsektor.

Wie sich der Klimawandel auf Österreichs Landwirtschaft auswirkt, wird bereits seit gut einem Jahrzehnt untersucht (vgl. Mitter et al., 2015); daher sind die Wirkungskanäle von Schadenereignissen wie im Jahr 2026 gut bekannt. Vor dem Hintergrund der absehbaren Klimaveränderung stellt sich die Frage, ob die derzeit etablierten Systeme des Risikomanagements in der Landwirtschaft

- ausreichen, um die aktuelle Krise zu bewältigen,
- angepasst und erweitert werden müssen, um den künftigen Herausforderungen gerecht zu werden und ob sie
- dazu beitragen können, den Klimawandel zu verlangsamen.

Dieser Beitrag macht zunächst eine Bestandsaufnahme der Schäden in der österreichischen Landwirtschaft, wie sie sich Mitte August 2026 abzeichneten, stellt sie in einen langfristigen Kontext und ordnet sie ein (Kapitel 2). Die Besonderheiten der Dürre des Jahres 2026 werden im Kontext der aktuellen Marktgegebenheiten in Mitteleuropa herausgearbeitet. Kapitel 3 bewertet knapp die von der Bundesregierung beschlossenen Hilfsmaßnahmen.

Die Landwirtschaft ist seit jeher mit Dürren konfrontiert. Ein kurzer Überblick stellt die bewährten, aber auch neuere Ansätze zur Stärkung ihrer Resilienz vor und identifiziert die Defizite der bereits etablierten Schadenvermeidungsstrategien (Kapitel 4). Den Abschluss bilden Vorschläge und Lösungsansätze, um angesichts des steigenden Schadensdrucks zukunftsfähige Strategien zu entwickeln.

2. Das Schadenbild 2026 und eine historische Einordnung

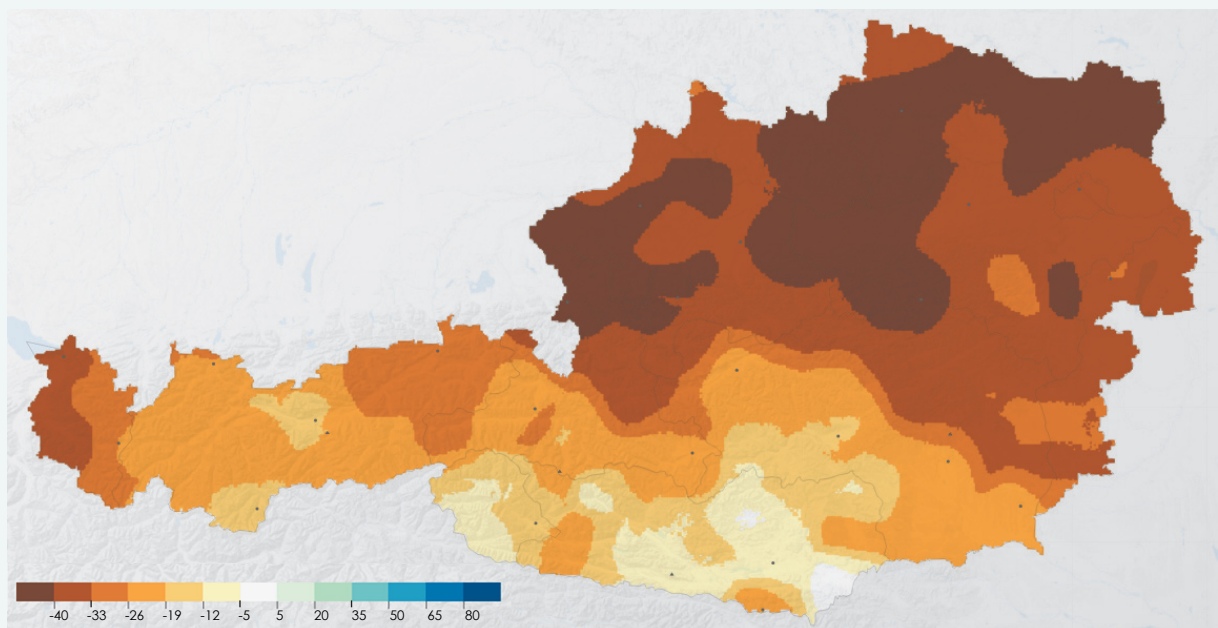
Die Hitze und das Niederschlagsdefizit des vergangenen Sommers gaben einen Vorgeschmack auf Situationen, wie sie der Klimawandel gemäß der aktuellen Studienlage vermehrt mit sich bringen wird. Daher liegt es auf der Hand, dass Maßnahmen zum Klimaschutz eine hohe Priorität zukommen

muss. Auch Schritte zur Anpassung an den Klimawandel müssen notgedrungen ergriffen werden, da sich das Klima mit zunehmender Geschwindigkeit verändert und die Häufigkeit und Intensität von Schadenereignissen zunehmen¹⁾.

Die Dürreschäden des Jahres 2026 erreichen ein Ausmaß, wie es bisher nur alle paar Jahrzehnte beobachtet wurde.

Abbildung 1: **Kumulierte Niederschlagsmenge im Jahr 2026**

Abweichung vom Mittelwert 1991/2020 in %, Stand 11. 9. 2026



Q: GeoSphere Austria, Klimamonitoring, <https://klimaportal.geosphere.at/klimamonitoring/?view=fullscreen¶m=rr&period=period-y-2026&ref=4> (abgerufen am 11. 9. 2026).

¹⁾ Siehe dazu den Zweiten Österreichischen Sachstandsbericht zum Klimawandel (<https://aar2.ccca.ac.at/de>). Im Unterschied zum Klimaschutz, der eine

Verringerung des weltweiten Treibhausgasausstoßes erfordert, ist die Anpassung an den Klimawandel vor allem eine nationale Aufgabe.

Im laufenden Jahr fiel praktisch im gesamten Bundesgebiet weniger Niederschlag als im langjährigen Mittel (Abbildung 1). Da Wasser für das Gedeihen von Nutzpflanzen unerlässlich ist, folgten daraus Ernteaufälle von Feldfrüchten (Getreide, Leguminosen usw.), auf Grünland (Almen, Weiden, Wiesen) sowie von Gemüse und Dauerkulturen (Wein, Obst).

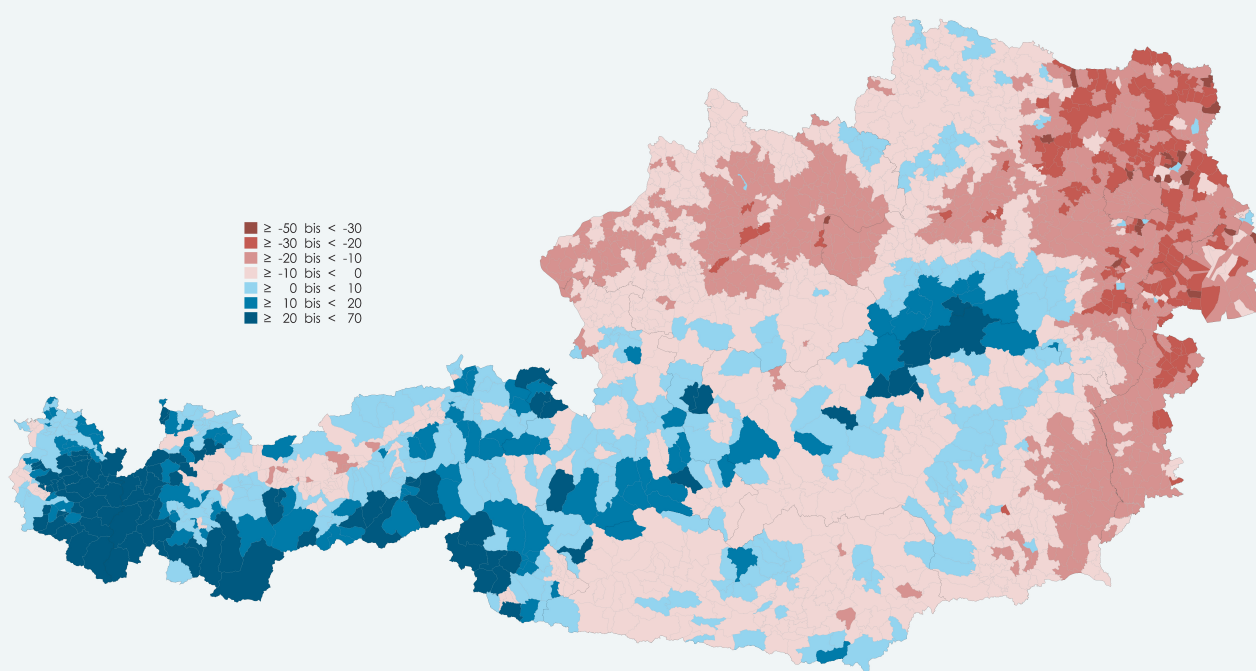
Darstellungen zum Temperatur- und Niederschlagsverlauf reichen allein nicht aus, um das Schadenbild in der Landwirtschaft zu erklären. Abbildung 2 zeigt am Beispiel der Grünlanderträge, in welchen Regionen die Produktionsausfälle gegenüber dem Vorjahr besonders hoch sind (Stand August 2026). Grundlage für diese Kartendarstellung sind Satellitendaten, die in ein Ertragsmodell eingehen und praktisch einen Nowcast der Pflanzenproduktion auf Grünland ermöglichen. Da die zur Berechnung herangezogenen Modelle mit einer Dürresituation wie 2026 noch nicht trainiert werden konnten, sind die Ergebnisse für einzelne Regionen

(z. B. Vorarlberg) mit Vorsicht zu betrachten. Die tatsächlichen Erträge könnten niedriger ausfallen²⁾.

Trockenheit und Hitze machen nicht nur landwirtschaftlichen Kulturen zu schaffen, sondern treffen auch den Wald. Der Bodenfeuchteindex, ein Maß für die Wasserverfügbarkeit, der im August normalerweise bei etwa 35% liegt, sank im Jahr 2026 auf knapp 20%. Das Bundesforschungszentrum für Wald (2026) spricht von einer besorgniserregenden Entwicklung, zumal an vielen Monitoring-Standorten noch nie so niedrige Bodenfeuchtwerte gemessen wurden. Da viele Landwirt:innen auch Forstwirtschaft betreiben, erodiert mit der Gefahr hoher Waldschäden eine Möglichkeit der Risikostreuung. Die Hitze schafft zudem gute Voraussetzungen für den Borkenkäfer³⁾, der vor allem Nadelbaumbestände erheblich schädigt. Die Käfer treffen wegen der Trockenheit und Hitze auf geschwächte und wenig abwehrfähige Fichten.

Abbildung 2: **Grünlandertrag 2026**

Abweichung vom Mittelwert 2016/2025 in %, Stand 20. 8. 2026



Q: HBLFA Raumberg-Gumpenstein, <https://satgrass.at/> (abgerufen am 20. 8. 2026); WIFO-Darstellung.

Auch Fischerei und Aquakultur sind stark vom Wassermangel betroffen. Die Wertschöpfung dieser Wirtschaftszweige ist zwar vergleichsweise gering (Übersicht 1), aufgrund von steigender Nachfrage hat sich ihr Produktionsvolumen in den letzten Jahren

jedoch erhöht. Wassermangel und Hitze stellen vor allem in der Forellenzucht, die ausreichend kühles Frischwasser benötigt, ein großes Problem dar. Mitte August 2026 lagen diesbezüglich aber noch keine Schadensschätzungen vor.

²⁾ Gemäß einer Auskunft des Institutsleiters der HBLFA Raumberg-Gumpenstein Dr. Andreas Schaumberger.

³⁾ Dazu liegen aktuelle Monitoringdaten vor: <http://www.borkenkaefer.at>.

Übersicht 1: Bruttowertschöpfung in der Volkswirtschaft und im Sektor Land- und Forstwirtschaft

	Bruttowertschöpfung insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Landwirtschaft und Jagd	Forstwirtschaft und Holzeinschlag	Fischerei und Aquakultur
	Mio. €				
1995	158.145,3	3.843,9	2.932,0	906,1	5,8
2000	189.418,9	3.549,1	2.634,0	909,2	5,9
2005	224.194,7	3.236,2	2.304,3	924,6	7,3
2010	261.615,0	3.801,8	2.649,8	1.138,2	13,8
2015	303.845,6	3.912,1	2.754,1	1.134,9	23,1
2020	340.529,9	4.074,7	3.173,0	866,0	35,7
2021	362.536,8	4.936,7	3.682,4	1.220,4	33,9
2022	402.767,1	6.051,0	4.501,2	1.512,3	37,5
2023	429.634,3	5.933,6	4.364,9	1.531,5	37,2
2024	443.546,0	6.011,3	4.506,2	1.467,9	37,2
2025	459.300,0	6.460,0	-	-	-

Q: StatCube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, Hauptaggregate der VGR: Bruttowertschöpfung nach ÖNACE-Abteilungen. VGR: vorläufige Ergebnisse für 2025 errechnet aus den Quartalswerten, Stand Juni 2026.

Abbildung 3: Langfristige Entwicklung der Hektarerträge

Im Bundesdurchschnitt; Abweichung zum jeweils vorangegangenen Fünfjahresmittel



Q: Statistik Austria, Ernteberichterstattung; WIFO. 2026: vorläufige Ernteergebnisse bzw. WIFO-Schätzungen, Stand 20. 8. 2026. Starke Rückgänge der Erträge je Hektar (über 20%) sind rot gekennzeichnet, starke Zuwächse sind tiefgrün. Legende: 1 ... bis -20%, 2 ... -20% bis -10%, 3 ... -10% bis -0%, 4 ... +0% bis +10%, 5 ... +10% bis +20%, 6 ... über +20%.

Die **direkten Dürreschäden** in Form vermindelter Pflanzenproduktion (Feldfrüchte, Gemüse, Dauerkulturen, Futtermittel) waren anhand der Verringerung des erwarteten Biomasseertrags dagegen bereits im August einigermaßen gut abschätzbar. Die Österreichische Hagelversicherung (2026) bezifferte sie mit etwa 1 Mrd. €. Rund 70% der Schadenfälle sind durch Versicherungen abgedeckt, was zu Entschädigungszahlungen an die Landwirtschaft in Höhe von etwa 400 Mio. € führen wird. Durch Versicherungen wird also bereits ein beträchtlicher Beitrag geleistet, die Schäden tragbarer zu machen.

Der **indirekte Schaden** der Dürre 2026 kann erst im Verlauf des Jahres 2027 abgeschätzt werden, wenn sich die Auswirkungen auf die Nutztierhaltung, auf Verarbeitungsbetriebe und die Preise von Lebensmitteln zeigen. Der **induzierte Schaden**, der durch die Folgewirkungen der Dürre auf die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern entsteht, wird wohl erst 2028 quantifiziert werden können.

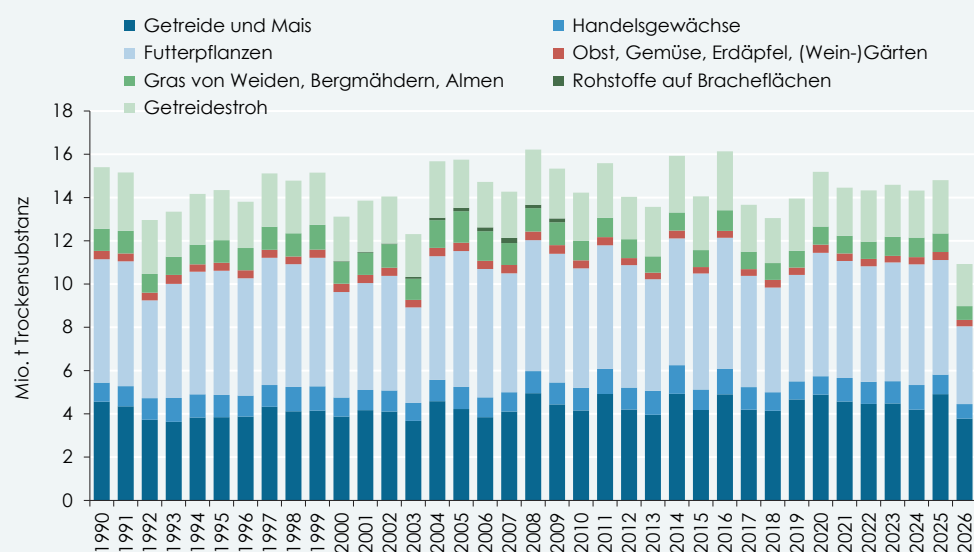
2003 war Österreichs Landwirtschaft schon einmal von großflächiger Dürre betroffen und erlitt fast im ganzen Bundesgebiet deutliche Einkommenseinbußen (vgl. Scheiblecker et al., 2004). Besondere Hilfsmaßnahmen wurden damals aber nicht ergriffen. Infolge des Hochwassers im Jahr 2002 waren die Mittel des Katastrophenfonds restlos aufgebraucht (Sinabell & Url, 2006) und Vorhaben wie die Anschaffung

von Abfangjägern mussten drastisch gekürzt werden, um kurz nach der Euro-Einführung die Maastricht-Kriterien zu erfüllen.

Abbildung 3 zeigt die Abweichung der Hektarerträge von Nutzpflanzen gegenüber dem Fünfjahresdurchschnittsertrag. Besonders hohe Erträge wurden 2004, 2011 und 2016 bei vielen Kulturen beobachtet, besonders niedrige neben 2026 auch 2003. Jahre mit durchwegs geringen Erträgen waren bisher selten. In einigen Jahren waren die Erntemengen bei einzelnen Kulturen besonders niedrig, bei anderen jedoch überdurchschnittlich. Das Schaubild weist die Werte für das gesamte Bundesgebiet aus. In einzelnen Regionen oder Betrieben können die jährlichen Abweichungen natürlich ganz anders ausfallen als im Bundesmittel. Die Abbildungen im Anhang zeigen, dass Ernteschwankungen in jeder Kultur ausgeprägt sind, die Amplitude aber artenspezifisch ist.

Die Ausnahmestellung des Jahres 2026 ist auch an der Biomasseproduktion ablesbar (Abbildung 4). Nur im Dürrejahr 2003 lag der Ertrag auf ähnlich niedrigem Niveau. Zwar sind die Ergebnisse für 2026 vorläufig und der Ertrag von Herbstkulturen (Mais, Zuckerrüben, Sojabohnen) könnte bei ausreichenden Niederschlägen das Gesamtergebnis noch positiv beeinflussen. Im besten Fall wird der Biomasseertrag aber annähernd dem des Jahres 2003 entsprechen, also jedenfalls deutlich niedriger ausfallen als in den letzten beiden Jahrzehnten.

Abbildung 4: **Produktion wirtschaftlich nutzbarer Biomasse der Landwirtschaft**



Q: WIFO-Berechnungen auf Basis von Buchgraber et al. (2003); DLG-Futterwerttabelle; Resch (2007). Stroh ist ein Nebenprodukt der Getreideerzeugung (ohne Mais); unterstellt wird ein einheitliches Korn-Stroh-Verhältnis von 1 : 0,9. Verlustfaktoren Futterwirtschaft gemäß Buchgraber et al. (2003), Versorgungsbilanzen laut Statistik Austria. Entwicklung der Produktion der österreichischen Landwirtschaft nach Abzug von Verlusten in Werbung, Lagerung und Verfütterung. Werte für 2026 basieren auf Vorausschätzungen von August 2026.

Langfristig weisen die Hektarerträge an Biomasse einen steigenden Trend auf. Dies verwundert auf den ersten Blick, da bei vielen Ackerkulturen in Österreich seit längerem keine Ertragszuwächse verzeichnet werden (Abbildung 4). Der Anstieg ist somit einzelnen Feldfrüchten zuzuschreiben, bei denen vor allem aufgrund von Zuchtfortschritten Ertragssteigerungen möglich waren (Mais, Zuckerrüben). Auf Futterwiesen ermöglicht die durch den Klimawandel bedingte Verlängerung der Vegetationsdauer zudem mehr Schnitte als in der Vergangenheit und somit

über das Jahr gerechnet höhere Hektarerträge.

Eine Besonderheit der Jahre 2003 und 2026 ist, dass nicht nur der an Trockenheit gewöhnte Ackerbau von Dürre betroffen war bzw. ist, sondern auch fast der gesamte Obstbau und große Teile der Grünlandwirtschaft. Da die Grünlandfläche einschließlich Almen mit 1,5 Mio. ha größer ist als jene des Ackerlandes (1,3 Mio. ha), ist dieser Umstand für die Bewertung der Situation von großer Bedeutung.

3. Kurzbewertung der Dürrehilfen 2026

Österreichs Bundesregierung erzielte Ende August 2026 eine Einigung, um die von der Dürre verursachten Schäden abzufedern. Bevor die beschlossenen Maßnahmen bewertet werden, sind zunächst zwei ihrer Merkmale hervorzuheben:

- Nichtversicherte landwirtschaftliche Betriebe erhalten deutlich weniger Kompensation als jene, die von einem Versicherungsunternehmen entschädigt werden. Versicherte werden daher nicht schlechter gestellt.
- Es gibt keine Markteingriffe, etwa in Form einer Subvention für den Ankauf von Heu oder anderer derzeit knapper Betriebsmittel.

Der erste Punkt ist besonders wichtig. Bisher – zuletzt 2024 – konnten Landwirt:innen darauf zählen, dass ihnen Entschädigungen auch dann gewährt werden, wenn sie keine Versicherung abgeschlossen hatten. Die öffentliche Hand trat damit als Versicherer auf, ohne dafür Prämien zu verlangen. Anlässlich der Dürre 2026 wurde diese Serie staatlichen Fehlverhaltens beendet. Die Lehre, dass diskretionäre Eingriffe in Agrargütermärkte kontraproduktiv sind, hat die Agrarpolitik schon Jahrzehnte zuvor gezogen – im Zuge der so genannten Fischler-Reform, mit der 2003 eine Abkehr von direkten Preiseingriffen erfolgte.

Das von der Bundesregierung beschlossene Hilfspaket hat ein geplantes Volumen von 240 Mio. € (Agrarisches Informationszentrum – AIZ, 2026)⁴⁾. Die zentralen Maßnahmen sind:

1. Temporäres Aussetzen der Sozialversicherungsbeiträge: Der befristete Entfall an Beiträgen umfasst ein Volumen von 140 Mio. €.

2. Zinszuschüsse für Betriebsmittelkredite, mit denen etwa Saatgut oder Viehfutter finanziert werden können.
3. Stundungen bei Agrarinvestitionskrediten: Betriebe erhalten zeitliche Spielräume, um bestehende Kredite zu tilgen.
4. Eine einmalige Erhöhung des Prämienzuschusses zur Dürreversicherung um 10 Prozentpunkte auf 65% für Versicherungen, die 2027 abgeschlossen werden.

Die ersten drei Maßnahmen dienen dazu, Liquiditätsengpässe abzumildern. Sie stehen allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben offen.

Über die Sozialversicherung für Selbständige können die Begünstigten der Entlastung durch die vorübergehende Aussetzung der Sozialversicherungsbeiträge eindeutig dem Agrarsektor zugeordnet werden. Zur Erhöhung der Treffsicherheit könnten Daten der Dürre-Index-Versicherung oder der Plattform SatGrass⁵⁾ für eine regionale Eingrenzung genutzt werden. Da aber etwa Schäden, die in der Forstwirtschaft oder der Fischerei entstanden sind, noch gar nicht bezifferbar sind, muss die erhöhte Treffsicherheit gegen den Nutzen einer raschen und spürbaren Entlastung abgewogen werden. Zumal wichtige Details der genauen Vorgehensweise noch nicht bekannt sind, kann die Zweckmäßigkeit der Beitragssenkung derzeit nicht beurteilt werden. Falls der Bund dafür zusätzliche Mittel braucht, gefährdet dies den Budgetpfad.

Zinsbegünstigte Betriebsmittelkredite oder Stundungen von Investitionskrediten haben sich in vergleichbaren Fällen und in anderen Branchen bewährt. Auch dabei stellt sich die Frage der Treffsicherheit: Investitionen, die eine Anpassung an den Klimawandel

Die beschlossenen Dürrehilfen sind angemessen, wirken rasch und stärken Versicherungen.

⁴⁾ Gemäß AIZ (2026) erfolgt die Gegenfinanzierung in der folgenden Weise: "Der Hebesatz in der Krankenversicherung der bäuerlichen Sozialversicherung beträgt grundsätzlich 387%. Dieser wird als Beitrag der Landwirtschaft zum Bundesbudget für die Jahre 2027 bis 2031 im Ausmaß von jährlich 50 Mio. € reduziert. Diese Maßnahme hat keine negativen Auswirkungen auf die bäuerlichen Versicherten. Die Finanzierung der

Zinszuschüsse und Stundungen erfolgt durch Bund und Länder. Der Bundesbeitrag wird durch Umschichtungen im Bereich des Landwirtschaftsministeriums erbracht. Die Finanzierung des Prämienzuschusses erfolgt analog zur bestehenden Prämienförderung zu gleichen Teilen durch Bund und Länder."

⁵⁾ <https://satgrass.at/> (HBLFA Raumberg-Gumpenstein).

zum Ziel haben, sollten gegenüber anderen Vorhaben begünstigt werden.

Gemeinsam mit dem Hilfspaket für den Agrarsektor wurden von der Koalitionsregierung wesentliche Elemente des Klimagesetzes fixiert, eine Novelle zur Beschleunigung von Umweltverträglichkeitsprüfungen beschlossen und das Gesetz zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (Carbon Capture

and Storage) vereinbart. Im Bereich Bodenschutz wird zudem bis Ende 2026 ein Zielpfad mit Maßnahmen zur Begrenzung der Versiegelung auf 2,5 ha pro Tag festgelegt. Die Bundesregierung signalisiert damit, dass die Vorsorge, also die Verlangsamung des Klimawandels, die gleiche Priorität genießt wie die Unterstützung der Anpassung.

4. Das Risikomanagement der Landwirtschaft im Überblick

4.1 Strategien zur Schadensbegrenzung auf landwirtschaftlichen Betrieben

Das Portfolio von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ist breitgefächert.

Die Landwirtschaft ist mit Dürre (Wassermangel) konfrontiert, seit es sie gibt. Da Dürre aber nur eine von vielen Gefahren ist, zu denen z. B. auch Hagel, Hochwasser, Schädlingsbefall, oder Hitzestress zählen, wurden zahlreiche Lösungsansätze entwickelt, um die Folgen solcher Ereignisse abzumildern.

Als Kern des traditionellen Risikomanagements setzten landwirtschaftliche Betriebe lange auf ein breites Portfolio an Produkten. Die Kombination der Tierhaltung mit Ackerbau und Obstproduktion war über Jahrhunderte jene Organisationsform, durch die Einbußen in einem Bereich durch Erträge in anderen kompensiert werden konnten. In den

letzten Jahrzehnten haben sich die Betriebe jedoch stärker spezialisiert, um Produktivitätsgewinne zu generieren. Das ist für sich genommen eine erfreuliche Entwicklung, erfordert allerdings einen neuen Blick auf die damit verbundene Verringerung der betrieblichen Risikostreuung.

Seit mehreren Jahrzehnten gewinnt in Österreich die Kombination des landwirtschaftlichen Erwerbs mit Einkünften aus anderen Quellen an Bedeutung. Gemäß der aktuellsten Erhebung zur Agrarstruktur werden in Österreich lediglich 35% der landwirtschaftlichen Betriebe im Haupterwerb geführt (Statistik Austria, 2026). Somit kann in den meisten Betrieben das Haushaltseinkommen selbst in Jahren mit hohen Produktionsausfällen stabil bleiben.

Übersicht 2: **Aktueller Wasserbedarf nach Sektoren und Ursprung der Wasserentnahmen**

	Brunnen- entnahmen	Quell- nutzung	Tiefen- grundwasser	Grundwasser insgesamt		Oberflächengewässer		Wasserbedarf insgesamt	
		Mio. m³ pro Jahr			In %	Mio. m³ pro Jahr	In %	Mio. m³ pro Jahr	In %
Insgesamt	826	395	11	1.232	100,0	1.908	100,0	3.140	100,0
Wasserversorgung	407	335	11	753	61,1	0	0,0	753	24,0
Landwirtschaft	85	33	–	119	9,6	6	0,3	125	4,0
Bewässerung	57	6	–	64	5,2	6	0,3	70	2,2
Viehhaltung	28	27	–	55	4,5	0	0,0	55	1,8
Industrie¹)	330	23	–	353	28,7	1.857	97,3	2.210	70,4
Ausgewählte Dienstleistungen	4	3	–	8	0,6	45	2,4	53	1,7
Beschneigung	1	3	–	4	0,3	43	2,3	48	1,5
Bewässerung Golfplätze	3	0	–	3	0,3	1	0,0	4	0,1

Q: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (2021), beachte "Methodische Hinweise". – ¹) Industrie und produzierendes Gewerbe. Kühl- und Prozesswasser. Bis zu 5,1 Mrd. m³ pro Jahr können nachhaltig, ohne Übernutzung oder Beeinträchtigung von Ökosystemen, aus dem Grundwasser entnommen werden. Diese Menge wird als "verfügbare Grundwasserressource" bezeichnet.

In der Produktionstechnik gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, um Schäden durch Naturgefahren zu verhindern oder abzumildern. Dazu zählen die Nutzung von Hagelnetzen, die Bewässerung (Übersicht 2) und vor allem die Wahl von geeigneten Pflanzen und Managementmaßnahmen. Traditionell wurde in Österreich Gerste im Frühjahr angebaut. Mit verbessertem Saatgut ist nun eine Aussaat im Herbst möglich und die Winterfeuchte überbrückt Wasserdefizite. Vermehrt wird auch Durumweizen bereits im Herbst

gesät. Die Vorteile müssen aber gegen die Nachteile, z. B. Frostschäden, abgewogen werden. Bisher in Österreich nicht verbreitete Pflanzen wie Reis, Erdnüsse, Oliven, Feigen oder Melonen werden seit einigen Jahren immer häufiger kultiviert. Bodenschonende und verdunstungsmindernde Bearbeitung setzen sich ebenfalls immer weiter durch, erfordern aber spezielle Maschinen und in der Umsetzung eine spezifische Anpassung der Minimalbodenbearbeitung an jeden Betrieb.

4.2 Glättung des Verlustes durch Schadenereignisse über die Agrarmärkte

Auf den Märkten für Agrargüter werden die wirtschaftlichen Folgen von Dürre und anderen Schadenereignissen in vielfältiger Weise, etwa über eine Preissteigerung bei vermindertem Angebot, abgefedert. In der Vergangenheit waren praktisch alle landwirtschaftlichen Güter derartigen Preisschwankungen unterworfen. Durch verbesserte Importmöglichkeiten beschränken sich deutliche Preissteigerungen nach Ernteaussfällen im Inland aber mittlerweile auf wenige Güter mit hohen Transportkosten (Erdäpfel, Silage, Heu usw.). Betriebe mit mehreren Standbeinen hatten bislang einen Vorteil in Bezug auf Preisvolatilität. Aber auch Ausgleichsmechanismen für spezialisierte Betriebe reduzieren das Risiko. Im Fall großen Futtermangels verkaufen z. B. Schweinemäster den Futtermais an rinderhaltende Betriebe. Zwar fehlt ihnen dann das Futter für die Mast. Es kann sich aber wirtschaftlich rechnen, den Stall ein paar Monate leer stehen zu lassen. Die Folgewirkung ist ein Absatzrückgang von Mastferkeln, die von spezialisierten Betrieben erzeugt werden. Somit kann eine Dürre die Wirtschaftlichkeit der nicht unmittelbar betroffenen Ferkelzucht schmälern – ein typischer indirekter Schaden im Agrarsektor.

Da Güter wie Mais und Getreide international gehandelt werden, sind stabile Preise auf den Märkten zwar nachteilig für dürregeschädigte Produzenten, für Veredelungsbetriebe (Schweinemast, Hühner- und Eierproduktion) aber vorteilhaft. Dem internationalen Handel kann also eine Versicherungsfunktion zukommen. Die gute Ernte in Rumänien und der Ukraine im Jahr 2026 könnte einer angespannten Versorgungslage in Mitteleuropa entgegenwirken.

4.3 Einkommensglättung durch das Steuersystem

Bäuer:innen haben in Österreich drei Möglichkeiten zur Besteuerung von Gewinnen aus der Land- und Forstwirtschaft:

- Vollpauschalierung: Die Steuerlast ist unabhängig von Schadenereignissen welcher Art auch immer.
- Teilpauschalierung: Der Gewinn ermittelt sich aus den betrieblichen Einnahmen abzüglich eines fixen Prozentsatzes und Fixkosten wie Sozialversicherungsbeiträgen.
- Weder noch: Die Gewinnermittlung erfolgt mittels doppelter Buchführung oder Einnahmen-Ausgaben-Rechnung.

Eine Vollpauschalierung steht größeren Betrieben nicht offen; sie müssen, wie andere Unternehmen, den Gewinn auf der Grund-

lage einer Buchhaltung ermitteln. Die Vollpauschalierung berücksichtigt im Unterschied zu den anderen Gewinnermittlungsarten die Chancen und Risiken der Produktion nicht. Da aber bei nur sehr wenigen Vollpauschalierten (meist Nebenerwerbs-)Betrieben überhaupt Einkommensteuer anfällt, ist der Anreiz zu einem Wechsel auf eine andere Gewinnermittlungsart gering⁶⁾.

Nicht vollpauschalierte Betriebe haben seit dem Veranlagungsjahr 2020 zusätzlich die Möglichkeit der Gewinnermittlung auf drei Jahre. Hohe Gewinne in besonders guten Jahren können somit gegen Verluste oder geringe Gewinne in Dürrejahren ausgeglichen werden. Für betriebliche Katastrophen sieht das Steuerrecht auch die Übertragung stiller Reserven vor (Peyerl, 2010).

4.4 Schadenregulierung durch Versicherungen

Viele Schadenkategorien der Landwirtschaft sind versicherbar. Eine Prämienzahlung vor der Aussaat ist die Voraussetzung für die Kompensation im Schadenfall. Die Möglichkeiten sind sehr vielfältig und verschiedene Versicherungsprodukte miteinander kombinierbar. Ein typisches Element landwirtschaftlicher Versicherung ist, dass der Versicherungsnehmer festlegt, bis zu welcher Höhe er versichert werden möchte; dadurch sind auch Teilversicherungen möglich. Dem entsprechend fällt die Prämie höher oder niedriger aus. Ein zweites Element ist ein Selbstbehalt, der entweder prozentuell berechnet wird oder als Pauschalbetrag im Schadenfall selbst zu tragen ist.

In Österreich wird der Schaden auf zwei Arten festgestellt: entweder durch Inspektionen vor Ort, also eine individuelle Schadensbegutachtung, oder durch ein automatisiertes Schadensmodell (Indexversicherung). Vorteile der Indexversicherung sind niedrige Administrationskosten und die rasche Abwicklung.

Die wesentlichen Vorteile von Versicherungen im Allgemeinen sind kurzgefasst:

- Da Versicherungen im Wettbewerb stehen, können Versicherungsnehmer:innen in der Regel zwischen verschiedenen Anbietern auswählen. In Österreich bietet jedoch die Österreichische Hagelversicherung als einzige Indexversicherungen an.
- Der Abschluss einer Versicherung ist ein Rechtsgeschäft. Wird der Schaden anerkannt, gibt es einen Rechtsanspruch auf Auszahlung zu den vorher vereinbarten Konditionen.
- Die Höhe der Prämien spiegelt die Häufigkeit und Schwere der versicherten Gefahr wider. Steigende Prämien attrakti-

Märkte stellen effektive Mechanismen bereit, um die Auswirkungen von Schadenereignissen zu mildern.

Versicherungen sind ein zentraler Baustein der Risikobewältigung.

⁶⁾ Gemäß einer Auskunft des Steuerexperten Professor Hermann Peyerl von der Universität für Bodenkultur.

- vieren somit andere Schadenminde-
rungsstrategien, z. B. die Aufstellung von
Hagelnetzen statt Abschluss einer Hagel-
versicherung oder die Aussaat von Win-
ter- statt Sommergetreide.
- Selbstbehalte und Teilversicherungen
halten Abwehrmaßnahmen innerhalb

des traditionellen Risikomanagements at-
traktiv.

- Über Rückversicherungen besteht die
Möglichkeit, zum Schadenausgleich die
globalen Finanzmärkte einzubeziehen.

Übersicht 3: **Entwicklung ausgewählter Kennzahlen zum landwirtschaftlichen Versicherungsmarkt in Österreich**

	Versicherungs- summe	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle ¹⁾	Combined Ratio ²⁾	Mehrgefahren- versicherung	Durchversicherungsgrad ³⁾	Dürreindex Grünland	Dürreindex Ackerbau	Dürre und Frost Obstbau	Zahlungen der Betriebe einschließlich Förderungen
	Mrd. €		In %			In %			Mio. €
2007	2,4	60,4							
2008	2,7	85,5							
2009	2,7	86,5	113,5						
2010	2,7	41,1	49,0						
2011	2,8	50,5	57,0						
2012	2,9	84,1	95,7						84,763
2013	3,0	64,5	68,5						90,865
2014	3,0	51,6	53,1						93,265
2015	3,1	86,9	91,2	46	3			5	91,927
2016	3,2	84,7	102,1	48	11	17		6	96,577
2017	3,4	134,4	117,1	50	13	17		41	115,516
2018	3,8	107,4	82,6	51	14	20		57	124,104
2019	4,7	113,9	71,9		23				162,014
2020	5,1	116,0	65,8		27				180,721
2021	5,3	172,7	101,5		29				185,096
2022	5,9	160,4	79,9		30				216,920
2023	6,3	214,4	91,5		34				249,687
2024	6,6	210,1	83,5						270,087

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft – BML, Grüner Bericht 2025, Tabelle 5.3.1.6. – ¹⁾ Einschließlich der Abschlusskosten. – ²⁾ Die Combined Ratio ist eine Kennzahl für Versicherungsbilanzen, welche die Summe der Verwaltungskosten sowie der Schadenszahlungen in Relation zu den eingenommenen Beiträgen setzt. Es werden dabei Nettowerte betrachtet. Diese Kennzahl bezieht sich nur auf die österreichische Hagelversicherung. – ³⁾ Der Durchversicherungsgrad gibt das Verhältnis der versicherten zur tatsächlich versicherbaren Fläche an (Basisdaten des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems – INVEKOS).

Die Politik kann mit gezielten Maßnahmen die Privatwirtschaft effektiv bei der Krisenbewältigung unterstützen.

In Österreich werden erhebliche Mittel aus dem Katastrophenfonds verwendet, um Prämien für landwirtschaftliche Versicherungen zu subventionieren (Grundlage ist das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz BGBl. Nr. 64/1955, i. d. g. F.). Andere Unternehmen können für gewöhnliche Produktionsausfälle oder Betriebsstörungen, z. B. Maschinenschäden, Lieferengpässe oder Stromausfälle, auf keine solche Unterstützung zurückgreifen, sondern müssen derartige Risiken im Regelfall selbst tragen oder über private Betriebsunterbrechungsversicherungen absichern.

Einen Überblick zu wichtigen Kennzahlen des Versicherungsmarktes in der Landwirtschaft gibt Übersicht 3. Weitere Details sind im Anhang zusammengestellt (Übersichten 4, 5 und 6).

4.5 Agrarpolitische Maßnahmen und Maßnahmen in anderen Politikfeldern

Politische Maßnahmen, um Schäden durch Naturgefahren abzumildern, sind vielfältig und stark ausdifferenziert. Einen aktuellen Überblick zu den Strategien, deren Vor- und Nachteilen sowie zu Lösungsansätzen zur

Verbesserung des Agrarischen Risiko-Managements (ARM) bietet eine Studie der Weltbank (2026), welche die Systeme von fünf EU-Mitgliedsländern im Detail vorstellt. Österreich setzt dabei auf einige Ansätze, die in anderen Ländern seltener zum Einsatz kommen:

- Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel werden durch das österreichische Agrarumweltprogramm explizit gefördert. Im EU-Vergleich hat dieses Programm ein hohes Volumen. Daher werden in Österreich z. B. in vielen landwirtschaftlichen Betrieben wassersparende Praktiken umgesetzt.
- Die Agrarpolitik finanziert auch operationelle Gruppen im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP). In zahlreichen Projekten arbeiten Forscher:innen mit Landwirt:innen zusammen, um Ideen zur Verbesserung der Klimaresilienz zur Praxisreife zu entwickeln.
- In Österreich gibt es einen Katastrophenfonds. Dieser finanziert u. a. Vorsorgemaßnahmen wie Hochwasserschutz und Feuerwehren (die Wasser liefern, wenn Brunnen versiegen), aus denen die Landwirtschaft Vorteile zieht.

- Die Agrarkrisenreserve ist ein Instrument der EU-Agrarpolitik, um Mitgliedsländer dabei zu unterstützen, Nothilfemaßnahmen zu finanzieren (siehe Art. 16, der Verordnung (EU) 2021/2116). Dafür steht im aktuellen Finanzrahmen ein Volumen von 450 Mio. € pro Jahr zur Verfügung. Österreich hat daraus 2024 und 2026 Zahlungen erhalten.
- Als weitere Maßnahme werden Prämien zu landwirtschaftsspezifischen Versicherungen bezuschusst. Laut dem 15. Bericht des Bundesministers für Finanzen zum Katastrophenfondsgesetz 1996 (Bundesministerium für Finanzen, 2024) stiegen die jährlichen Zuwendungen gemäß Hagelversicherungs-Förderungsgesetz von 48 Mio. € im Jahr 2020 auf 68 Mio. € im Jahr 2023. Die Länder tätigen Zahlungen im gleichen Ausmaß⁷⁾. Demnach hat sich die Subventionsleistung innerhalb von drei Jahren von insgesamt 96 auf 136 Mio. € erhöht. Die Prämiensubvention verbessert die Leistbarkeit von Versicherungen, wodurch in Österreich ein beträchtlicher Teil der Dürreschäden 2026 gedeckt ist (Übersicht 6).
- Neben dem Bund obliegt in Österreich auch den Bundesländern die Regulierung der Wassernutzung. Für die Bewässerung sind Bewilligungen erforderlich und die Behörden beobachten Wasserstände und kontrollieren eine nachhaltige Nutzung. Öffentliche Zuschüsse erleichtern die Finanzierbarkeit von Bewässerungsvorhaben. Die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal betreibt die Infrastruktur, die vielen landwirtschaftlichen Betrieben eine Bewässerung ihrer Kulturen ermöglicht.
- In der Ausbildung und Beratung werden in den letzten Jahren vermehrt Inhalte vermittelt, die das betriebliche Management bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Forschungseinrichtungen des Bundes entwickeln Informationssysteme und praktische Anwendungslösungen (z. B. <https://www.satgrass.at>), um klimaresiliente Anpassungen zu ermöglichen.
- In Österreich gibt es zudem den Klimafonds, der einschlägige Forschungsprojekte finanziert – wenngleich nun mit geringerem Volumen als in der Vergangenheit (siehe dazu <https://www.klimafonds.gv.at>).
- Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft – BMLUK finanziert ebenfalls viele relevante Forschungsvorhaben⁸⁾.

5. Eine Auswahl von Ansätzen zur Verbesserung des Risikomanagements

Dürre ist eine Naturgefahr unter vielen. Die im Sommer 2026 beobachtete vielfache Betroffenheit erinnert an das Hochwasser im September 2024, das zahlreiche Betriebe und privaten Haushalte traf (Friesenbichler et al., 2024). Auch damals wurden viele Betroffene von der Versicherungswirtschaft rasch und in vorhersehbarer Weise mit über 600 Mio. € entschädigt (Versicherungsverband Österreich, 2024).

Durch eine – aus ökonomischer Sicht – kontraproduktive legislative Konstruktion erhielten damals auch Geschädigte, die sich nicht versichert hatten, öffentliche Mittel aus dem Katastrophenfonds. Die Gelder flossen über die Bundesländer, die einen Zweckzuschuss von bis zu 144 Mio. €⁹⁾ erhielten. Ihre Bestimmungen sehen – hier am Beispiel Wiens – Folgendes vor: "Eine Förderung ist nur für den Teil des Schadens möglich, der nicht durch eine Versicherung gedeckt ist" (Stadt Wien, 2026). Derartige Regelungen setzen Marktsignale außer Kraft und untergraben private Vorsorgemaßnahmen. Risikoneutral eingestellte Personen werden eher auf Prämiensparnis als auf Versicherungsschutz setzen, wenn sie im Schadenfall mit

einer Entschädigung durch den Katastrophenfonds rechnen können.

In jedem der Bereiche, die in Kapitel 4 angeführt wurden, gibt es Spielraum für Verbesserungen bzw. dringenden Bedarf nach neuen Lösungsansätzen. Die nachstehende Liste an Vorschlägen ist nicht vollständig und sollte im Rahmen einer Studie erweitert und gegebenenfalls korrigiert werden.

Stärkung der betrieblichen Resilienz

- Die Spezialisierung auf wenige Produkte ist eine wirksame Strategie zur Steigerung der betrieblichen Produktivität durch Skaleneffekte. Der Aufbau von Rücklagen und der Abschluss von Versicherungen ermöglichen es, die Vorteile der Spezialisierung auszukosten, ohne im Krisenfall in eine existenzbedrohende Notlage zu schlittern.
- Das Produktportfolio und die Ausrichtung der Betriebszweige müssen laufend an die sich verändernden natürlichen Produktionsvoraussetzungen angepasst werden. Eine Lehre der Dürre 2026 wird für viele Grünlandbetriebe sein, dass das veränderte Klima zwar mehr Schnitte ermöglicht, aber auch Jahre mit massiven

Ansätze zur Verbesserung des Managements von Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel müssen seiner Dynamik gerecht werden.

⁷⁾ Siehe dazu <https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/leistung/1038975.html>.

⁸⁾ Aktuelle Projekte und Ergebnisse abgeschlossener Studien sind abrufbar unter <https://www.dafne.at>.

⁹⁾ https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2024_I_158/BGBLA_2024_I_158.html.

Ertragsausfällen mit sich bringt. Eine Vorsorge mit Lagern für lang haltbares Wirtschaftsfutter ist daher eine wirksame Maßnahme zur Stärkung der Krisenfestigkeit.

- Die aktive Beteiligung an den Maßnahmen der Agrarpolitik (z. B. Förderung der wasserschonenden Bewirtschaftung, Teilnahme an Bildungsmaßnahmen und EIP-Projekten) unterstützt die Anpassung an den Klimawandel.

Beschränkung der Vollpauschalierung in der Landwirtschaft auf Kleinstbetriebe

- Sowohl teilpauschalierte Betriebe als auch Betriebe mit Gewinnermittlung mittels Buchführung profitieren derzeit von der Berücksichtigung von Katastrophenereignissen im Steuerrecht. Die Vollpauschalierung in der Landwirtschaft sollte daher nur Kleinstbetrieben offenstehen. In diesen dürfte das Einkommen überwiegend aus anderen Quellen als der Agrarproduktion stammen, womit Produktionsrisiken besser bewältigt werden können.

Abbau von Hemmnissen, die Marktlösungen erschweren

- Handelsbarrieren, die die Einfuhr von Getreide aus der Ukraine in die EU erschweren, sind im Jahr 2026 offensichtlich kontraproduktiv. Die direkten Schäden der Dürre in der Pflanzenproduktion werden möglicherweise durch die indirekten Schäden in der Tierproduktion in den Schatten gestellt. Günstiges Futter könnte zur Schadensbegrenzung beitragen. Da Trockenmais in der Schweinefütterung gut eingesetzt werden kann, müssten Schweinemäster nicht unbedingt die Produktion unterbrechen, wenn sie ihren eigenen Mais zum Silieren an rinderhaltende Betriebe verkaufen.

Werkzeuge, die Marktlösungen erleichtern

- Öffentlich finanzierte Informationssysteme verbessern bereits jetzt die Informationslage in der Landwirtschaft¹⁰⁾ und sollten kontinuierlich optimiert werden, um betriebliche Entscheidungen zu unterstützen.
- Zur Absicherung gegen Preisrisiken gibt es spezifische Finanzprodukte wie Futures und Optionen. Diese decken jedoch in Europa derzeit nur ein enges Portfolio von Produkten ab (Weizen, Mais, Raps). Eine Erweiterung würde dem Bedarf vieler Landwirt:innen besser Rechnung tragen.

Vermeidung von Maßnahmen, die Versicherungen unterlaufen

- In der Vergangenheit wurden in Österreich immer wieder Nicht-Versicherte nach Schadeneintritt mit öffentlichen Geldern unterstützt, obwohl es entsprechende Versicherungen gegeben hätte. Solche Unterstützungen wurde teils vom Bund, aber auch von einzelnen Bundesländern gewährt (z. B. im Jahr 2016 eine Frosthilfe von 100 Mio. €; AIZ, 2016a, 2016b, 2016c). Derartige Eingriffe haben die Bereitschaft, Versicherungen abzuschließen, stark unterlaufen und wirken derzeit noch nach. Sie sind zu unterlassen, auch wenn diesbezügliche Forderungen in der Öffentlichkeit Gehör finden (Kronen Zeitung, 2026).

Stärkung der Versicherungen als ein Kernelement des Risikomanagements

- In Österreich ist das Portfolio von Versicherungsprodukten ausdifferenziert und die Marktdurchdringung aufgrund der öffentlichen Förderung hoch. Dennoch lohnt sich ein Blick auf andere Länder und die dortigen Lösungsansätze (z. B. Fonds auf Gegenseitigkeit, Einkommensstabilisierungssysteme; vgl. dazu Weltbank, 2026; Sinabell et al., 2016; Url et al., 2018).
- Es ist absehbar, dass die Prämien von Dürreversicherungen 2027 teurer werden. Einige bisher Versicherte könnten sich daher, in der Erwartung, dass seltene Ereignisse wie Dürren nicht zweimal innerhalb von zwei Jahren eintreten werden, gegen eine Weiterversicherung entscheiden. Die angekündigte einmalige Erhöhung des Prämienzuschusses im Jahr 2027 könnte diesen Effekt abmildern und Neueinsteigenden die Entscheidung erleichtern, sich zu versichern, insbesondere dann, wenn die erhöhte Förderung an eine Weiterversicherung im Folgejahr geknüpft wird.
- Die Dürreversicherungskonditionen wurden Ende 2025 mit Geltung ab 2026 zu Lasten der Versicherungsnehmer:innen angepasst (Mittinger, 2025). Angesichts der Vorteile, die eine stärkere Inanspruchnahme von Versicherungen bringt, sollten Maßnahmen überdacht werden, die Versicherungen weniger attraktiv machen. Aktuarisch notwendige Anpassungen sollten jedoch nicht aus dem Blick rücken, denn wenn die Wahrscheinlichkeit des Schadeneintrittes steigt, sollte die öffentliche Subventionierung eigentlich abnehmen, um Produktionsentscheidungen in Richtung Schadenminderung zu lenken.

¹⁰⁾ Z. B. <https://www.preise.agrarforschung.at> in Österreich, in der EU https://agriculture.ec.europa.eu/data-and-analysis/markets/price-data/price-monitoring-sector_en.

Anpassungen in der Politik und Erweiterung des Instrumentenmixes

- Die EU-Agrarreserve ist so konzipiert, dass für die Mitgliedsländer ein Anreiz besteht, sie stark zu beanspruchen (Kranen et al., 2023). Daher sind die Mittel rasch erschöpft. Die Kriterien zur Inanspruchnahme sollten abgeändert werden, um nur in besonders schweren Fällen Subventionen zu gewähren.
- Liquiditätsengpässe sind für Betriebe mit Dürreschäden, vor allem nicht versicherte Betriebe, ein großes Problem. Eine Abhilfe wäre, nach großflächigen Schadenereignissen Agrarzahllungen statt regulär im Dezember bereits früher auszu zahlen. Die Systeme zur Abwicklung von Förderungen sollten angepasst werden, um künftig bei großen Schadenfällen Vorauszahlungen zu ermöglichen.
- Dürrebedingte Liquiditätsengpässe können auch durch zinsbegünstigte Darlehen und die Stundung laufender Kredite abgemildert werden. Generell sollten landwirtschaftlichen Betrieben die gleichen Instrumente zur Verfügung stehen wie anderen Unternehmen. Dies erfordert eine bessere Abstimmung von Agrar- und Unternehmenspolitik.
- Das Aussetzen von Sozialversicherungsbeiträgen ist ebenfalls eine Möglichkeit der Hilfestellung, verringert jedoch möglicherweise die Pensionsansprüche. Zudem ist die Maßnahme nicht treffsicher, weil sie nicht auf die individuelle Betroffenheit Rücksicht nimmt. Sie sollte daher nur mit Bedacht erwogen werden.
- Kleine Betriebe (nicht nur landwirtschaftliche) können durch Todesfälle, Unfälle und Krankheit von wichtigen Mitarbeiter:innen in existenzielle Krisen geraten. Ereignisse wie eine Dürre können solche Notlagen weiter verschärfen. Für Fälle derartiger Mehrfachbetroffenheit sollte eine solidarische Unterstützung angeboten werden.
- In Österreich wird nach der Beseitigung von Hochwasserschäden eine Ereignisdokumentation durchgeführt, um Schwachstellen im Risikomanagement zu identifizieren und Lehren aus dem erlittenen Schaden zu ziehen. Angesichts der erheblichen Schäden durch die Dürre 2026 und der großen Zahl an Betroffenen sollte auch in diesem Fall eine Ereignisdokumentation samt einem Maßnahmenkatalog zur Stärkung der Krisenresilienz erstellt werden. Eine solche Befundaufnahme sollte auch die nachstehend genannten Optionen zur Erhöhung der Resilienz angesichts sich verändernder Umweltbedingungen berücksichtigen.

6. Lehren aus der Dürre 2026 für ein zukunftsfähiges Risikomanagement

Wie in diesem Beitrag am Beispiel Dürre herausgearbeitet, haben Unternehmen, die Naturgefahren ausgesetzt sind, ein großes Spektrum von Möglichkeiten, Schäden zu vermeiden bzw. deren Auswirkungen zu begrenzen. Versicherungen sind ein sehr wirksames und zudem marktkonformes Instrument zur Stabilisierung der Einkommenslage. Da veränderte Rahmenbedingungen nur über Marktsignale in Verhaltensänderungen münden, sollte der Staat Maßnahmen unterlassen, die solche Marktsignale außer Kraft setzen.

6.1 Zur Frage marktkonformer und zukunftsorientierter Maßnahmen

Zinsbegünstigte Darlehen an Geschädigte – jene, die versichert waren, aber aufgrund des Selbstbehaltes einen beträchtlichen Teil des Schadens selbst tragen mussten, aber auch Nicht-Versicherte – sind akzeptabel, wenn dadurch Entschädigungen des Staates für Nicht-Versicherte, wie sie 2024 geleistet wurden, abgewendet werden. Bei breiter Betroffenheit ist der Staat unweigerlich mit der Forderung konfrontiert, Nothilfemaßnahmen zu setzen. Zinsbegünstigte Darlehen sind eine geeignete marktkonforme Option, da nur jene die damit verbundenen Verpflichtungen auf sich nehmen, die auf die Zukunft setzen, um in einer ähnlichen Situation besser gewappnet zu sein.

Prämiensubventionen sind eine weitere Option, um marktkonforme Lösungen im Umgang mit Naturgefahren mit Leistbarkeit zu verknüpfen; sie wirken auch dem Phänomen der Unterversicherung von Naturgefahren entgegen (Meyer & Kunreuther, 2017). Sinabell und Url (2006) begründen dies im Kontext von Hochwasserversicherungen damit, dass die Gebietskörperschaften durch Fehlplanungen ungeeignete Gebiete als Bauland ausgewiesen haben. Sie tragen somit eine Mitverantwortung dafür, dass viele Bauten in hochwassergefährdeten Gebieten stehen. Im Kontext der wachsenden Naturgefahren durch den Klimawandel trifft den Staat eine Mitverantwortung, wenn Maßnahmen zur Abwendung von Klimaschäden hinausgezögert oder nur halbherzig umgesetzt werden. Prämiensubventionen mildern allerdings für die Begünstigten den Druck, sich an den Klimawandel anzupassen. Diesem Sachverhalt muss bei der konkreten Ausgestaltung Rechnung getragen werden.

6.2 Zur Frage der Tragfähigkeit für Versicherer

Das Angebot von Versicherungen für potenziell großflächige Dürreschäden erzeugt ein versicherungstechnisches Problem, weil in diesem Fall der Schadenausgleich unter den Versicherten nur beschränkt möglich ist, d. h., die Leistungen an die Versicherten

Die Weiterentwicklung des Versicherungssystems erfordert konkrete Anpassungen.

können erheblich höher sein als die Prämieinnahmen des laufenden Jahres. Dieses Problem wird durch den Klimawandel verschärft, da Extremwetterlagen tendenziell häufiger auftreten. In der Prämiegestaltung muss daher eine höhere Eintrittswahrscheinlichkeit des Versicherungsfalles vorausschauend berücksichtigt werden. Da die Geschwindigkeit des Klimawandels nicht genau bekannt ist, müssen auch Sicherheitspuffer in die Prämie eingerechnet werden. Darüber hinaus muss die Zahlungsfähigkeit des Versicherungsunternehmens auch bei Extremereignissen sichergestellt bleiben. Mögliche Lösungen dafür sind der Aufbau von Reserven über die Zeit, die Bereitstellung von ausreichend hohem Eigenkapital durch das Versicherungsunternehmen, der Abschluss internationaler Rückversicherungsverträge oder die Gewährung einer Schadenüberschuss-Garantie durch die öffentliche Hand. Alle diese Absicherungsmaßnahmen wirken ebenfalls prämiensteigernd. Die internationale Streuung des Dürrierisikos ist zwar teuer, Rückversicherungen ermöglichen aber eine Mischung mit Risiken aus anderen Naturgefahren, sodass die Absicherungskosten gegenüber nationalen Lösungen geringer ausfallen können. Rückversicherer können das Risiko in Form von "Cat-Bonds", also festverzinslichen Anleihen, die bei Eintritt eines Extremereignisses verfallen, auch auf den Kapitalmarkt übertragen, was den Bedarf an Eigenkapital und Reserven vermindert.

6.3 Zur Frage der Versicherungspflicht

Nach großen Schadenereignissen, bei denen die öffentliche Hand teure Sondermaßnahmen setzt, taucht regelmäßig die Frage nach einer Versicherungspflicht auf. Wären alle Betriebe adäquat versichert, hätten sie Rechtsansprüche auf Entschädigung und müssten nicht auf unsichere politische Lösungen hoffen. Wenn die Versicherungsprodukte sinnvoll ausgestaltet sind, spiegeln die Prämien die Risiken wider, wodurch die Betriebe Anreize haben, sich risikominimierend zu verhalten.

Bisher erfolgt die Versicherung in der Landwirtschaft auf freiwilliger Basis. In anderen Bereichen, etwa bei der Krankenversicherung, gibt es hingegen eine Versicherungspflicht. Diese wird typischerweise mit dem Argument begründet, dass ohne eine solche Pflicht eine Negativselektion einträte, die den Markt stark reduzieren würde; denn die Versicherung lohnt sich für jene am wenigsten, deren individuelle Schadeneintrittswahrscheinlichkeit im Vergleich zum Durchschnitt am geringsten ist. Diese "guten Risiken" würden daher aus der Versicherung herausfallen. Dieser Prozess kann sich im Extremfall fortsetzen, bis gar keine Versicherung mehr möglich ist. Im Agrarbereich ist diese Proble-

matik wenig ausgeprägt, weil alle Betriebe einer Region mit denselben Risiken konfrontiert sind. In vielen Berufen gibt es in Österreich eine Haftpflichtversicherung, um die mit den spezifischen Tätigkeiten einhergehenden Risiken abzusichern.

Dennoch spricht ein Argument für eine Versicherungspflicht: Betriebe könnten damit spekulieren, bei Schadeneintritt von der öffentlichen Hand unterstützt zu werden, auch wenn sie nicht versichert sind, und daher auf die Prämienzahlung verzichten. Wie die Geschichte zeigt, haben solche Erwartungen eine gewisse Berechtigung, weil der Staat angesichts der existenziellen Bedrohung vieler Betriebe in der Tat Hilfe leistet, und diese Hilfeleistung ex ante auch nicht glaubwürdig ausschließen kann. Mit einer Versicherungspflicht könnte dieses Problem ausgeräumt werden.

Eine Versicherungspflicht ist allerdings ein Eingriff in die Privatautonomie. Daher gilt in den meisten Ländern für Unternehmen keine solche Pflicht. Es gibt jedoch Ausnahmen. In der EU haben Zypern und Griechenland staatlich verwaltete Pflichtversicherungssysteme, bei denen Landwirt:innen gesetzlich zu Abgaben verpflichtet sind, um im Gegenzug bei Elementarschäden wie Dürre, Frost oder Hagel abgesichert zu sein. Japan verfügt über eines der ältesten Pflichtversicherungssysteme. Für die wichtigsten strategischen Grundnahrungsmittel (wie Reis, Weizen und Gerste) müssen japanische Landwirt:innen ab einer bestimmten Mindestbetriebsgröße (in der Regel ab 0,3 ha) zwingend eine staatlich geförderte Ernteversicherung abschließen. Auch in Indien war die Ernteversicherung, die auch Dürreschäden abdeckt, jahrelang eine strikte Pflicht für landwirtschaftliche Betriebe, die staatliche Agrarkredite in Anspruch nahmen. Mittlerweile wurde das System formell auf eine freiwillige Basis umgestellt; in der Vergabepaxis von Krediten sind Ernteversicherungen für Millionen Bäuer:innen aber weiterhin unausweichlich.

6.4 Schlussfolgerungen

Ein umfassendes Risikomanagementsystem baut auf der Risikovorsorge von Unternehmen, Versicherungen und dem Staat auf. Die Vorsorge ist dabei der wichtigste Hebel. Da der Klimawandel jedoch bereits im Gange ist, muss der Anpassung an ihn ebenfalls Rechnung getragen werden. Maßnahmen des Staates sind daher mit Bedacht zu wählen, denn Extremwetterereignisse werden künftig häufiger erwartet. Die Unterstützung für Betroffene sollte so ausgerichtet sein, dass sie ein zielgerichtetes schadenminderndes Verhalten unterstützt.

7. Literaturhinweise

- Agrarisches Informationszentrum – AIZ (2016a, 15. September). Rupprechter: Anträge für Frostentschädigungen ab sofort möglich. Sonderrichtlinie des BMLFUW zur Abfederung von Frostschäden in Kraft. *AIZ-Pressedienst*, (14049).
- Agrarisches Informationszentrum – AIZ (2016b, 12. Oktober). Frostschäden im Burgenland: 7 Mio. Euro vom Land für betroffene Bauern. *AIZ-Pressedienst*, (4068).
- Agrarisches Informationszentrum – AIZ (2016c, 15. Dezember). Auer: SVB-Quartalsrabatt von 53% kommt allen Bauern zugute. *AIZ-Pressedienst*, (15010).
- Agrarisches Informationszentrum – AIZ (2026, 24. August). Einigung auf Dürre-Hilfspaket für Bäuerinnen und Bauern sowie Klimagesetz. <https://aiz.info/einigung-auf-d%C3%BCrre-hilfspaket-f%C3%BCr-b%C3%A4uerinnen-und-bauern-sowie-klimagesetz+2400+1175541++1062?env=ZnJlZT0xMTc1NTQxJnJlc3VsdF90eXBIPWFsbA>.
- Agrarmarkt Austria (2026). *Marktbericht Getreide und Ölsaaten*, 6. Ausgabe 2026.
- Buchgraber, K., Resch, R., & Blashka, A. (2003). Entwicklung, Produktivität und Perspektiven der österreichischen Grünlandwirtschaft. In Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Hrsg.), 9. *Alpenländisches Expertenforum*, 27.-28. März 2003 (9-18).
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2024). *Katastrophenfondsgesetz 1996. 15. Bericht des Bundesministers für Finanzen*. <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/finanzbeziehungen-laender-gemeinden/katastrophen-fonds.html>.
- Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus – BMLRT (2021). *Wasserschutz Österreichs*. <https://www.bmluk.gv.at/themen/wasser/nutzung-wasser/wasserschutz-oesterreichs-studie.html>.
- Bundesforschungszentrum für Wald – BFW (2026, 13. August). *Trockenheit setzt Österreichs Wäldern weiter zu* [Pressemeldung des Instituts für Waldökologie und Boden]. <https://www.bfw.gv.at/pressemeldungen/trockenheit-setzt-oesterreichs-waeldern-weiter-zu/>.
- Erb, K.-H., Tappeiner, U., Jandl, R., Baumgarten, A., Dumke, H., Fischer, T., Formayer, H., Gaube, V., Getzner, M., Gingrich, S., Gratzner, G., Haas, W., Hinterberger, F., Jäger, J., Kottusch, C., Kraxner, F., Lapin, K., Meyer, I., Schinko, T., Shinozaki, K., Schneider, S., Schüler, S., Stöglehner, G., Tasser, E., Thaler, T., Weiss, P., Wenzel, W., & Zollitsch, W. (2024). Zusammenfassung für Entscheidungstragende. In *APCC Special Report: Landnutzung und Klimawandel in Österreich* (1-28). Springer Spektrum. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51495531>.
- Friesenbichler, K., Ialongo, L., Klimek, P., Renhart, A., & Sinabell, F. (2024). A Rapid Assessment of the Economic Impact of the Central European Flood 2024 on Austria. *WIFO Research Briefs*, (14). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54462430>.
- Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC (2021). *Climate Change 2021: The Physical Science Basis*. <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/>.
- Kranen, D. H., Röpcke, I., & Weyel, J.-E. (2023). Von der Krisenreserve zur Agrarreserve – falsche Anreize im neuen Rechtsrahmen? *Wirtschaftsdienst*, 103(12), 837-841. <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/12/beitrag/von-der-krisenreserve-zur-agrarreserve-falsche-anreize-im-neuen-rechtsrahmen.html>.
- Kronen Zeitung (2026). Regierungs-Streitfall: Wer zahlt die Dürrehilfe? <https://www.krone.at/4263054> (abgerufen am 21. 8. 2026).
- Meyer, R., & Kunreuther, H. (2017). *The Ostrich Paradox – Why we Underprepare for Disasters*. Wharton School Press.
- Mitter, H., Schönhart, M., Meyer, I., Mechtler, K., Schmid, E., Sinabell, F., & Bachner, G. (2015). Agriculture. In Steiniger, K., König, M., Bednar-Friedl, B., Kranzl, L., Loibl, W., & Prettenhaler, F. (Hrsg.), *Economic Evaluation of Climate Change Impacts. Development of a Cross-Sectoral Framework and Results for Austria* (121-144). Springer.
- Mittinger, K. (2025). *Dürreindexversicherung ab 2026: Anpassung bei Hitzetagen*. Landwirtschaftskammer Kärnten. <https://ktn.lko.at/d%C3%BCrreindexversicherung-ab-2026-anpassung-bei-hitzetagen+2400+4337634>.
- Österreichische Hagelversicherung (2026). *Rekord-Dürreschäden in der Landwirtschaft*. <https://www.hagel.at/presseaussendungen/duerreschaeden-2026/>.
- Peyerl, H. (2010). *Die Katastrophe im Steuerrecht. Schriften und aktuelle Beiträge zum österreichischen Abgabenrecht* (Band 62). LexisNexis Verlag.
- Resch, R. (2007). *Neue Futterwerttabellen für den Alpenraum*. 34. Viehwirtschaftliche Fachtagung. Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft.
- Scheiblecker, M., & et al. (2004). Österreichs Wirtschaft 2003 neuerlich schwach gewachsen. *WIFO-Monatsberichte*, 77(4), 347-352. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4051706>.
- Sinabell, F., & Url, T. (2006). *Versicherungen als effizientes Mittel zur Risikotragung von Naturgefahren*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4062497>.
- Sinabell, F., Heinschink, K., & Tribl, C. (2016). Explicit cost accounting for analyses on climate change adaptation, mitigation and ecosystem service provision in agriculture. In Sauvage, S., Sánchez-Pérez, J. M., & Rizzoli, A. E. (Hrsg.), *Proceedings of the 8th International Congress on Environmental Modelling and Software*. iEMSs.
- Stadt Wien (2026). *Gewährung einer finanziellen Hilfe zur Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen natürlicher und juristischer Personen*. <https://www.wien.gv.at/amswege/finanzielle-hilfe-katastrophenschaeden>.
- Statistik Austria (2026). *Zahlen und Fakten – Agrarwirtschaft*. https://www.advantageaustria.org/sr/zentral/branchen/agrarwirtschaft/zahlen-und-fakten/Zahlen_und_Fakten.de.html.

Url, T., Sinabell, F., & Heinschink, K. (2018). Addressing basis risk in agricultural margin insurances – the case of wheat production in Austria. *Agricultural Finance Review*, 78(2), 233-245. <https://doi.org/10.1108/AFR-06-2017-0055>.

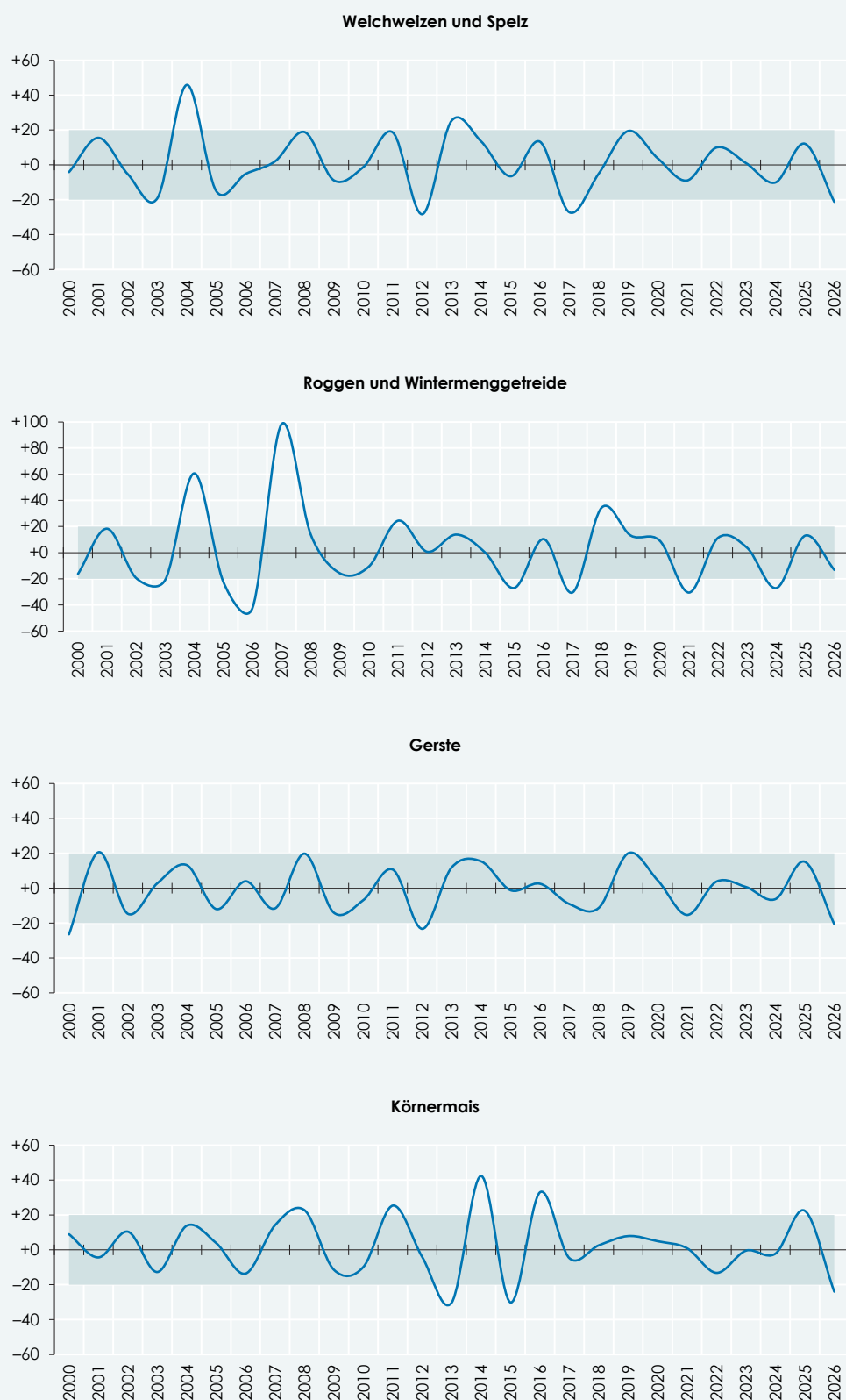
Versicherungsverband Österreich – VVO (2024). Hochwasser: Österreichische Versicherer befürchten Rekordschadensumme von 600-700 Mio. Euro. <https://www.vvo.at/presse-artikel/hochwasseroesterreichische-versicherer-befuerchten-rekordschadensumme-von-600-700-mio-euro/> (abgerufen am 20. 9. 2024).

Weltbank (2026). *Solutions for Better Agri-Risk Management in the European Union*.

8. Anhang

Abbildung 5: **Entwicklung der Endproduktionsmengen an Getreide im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr**

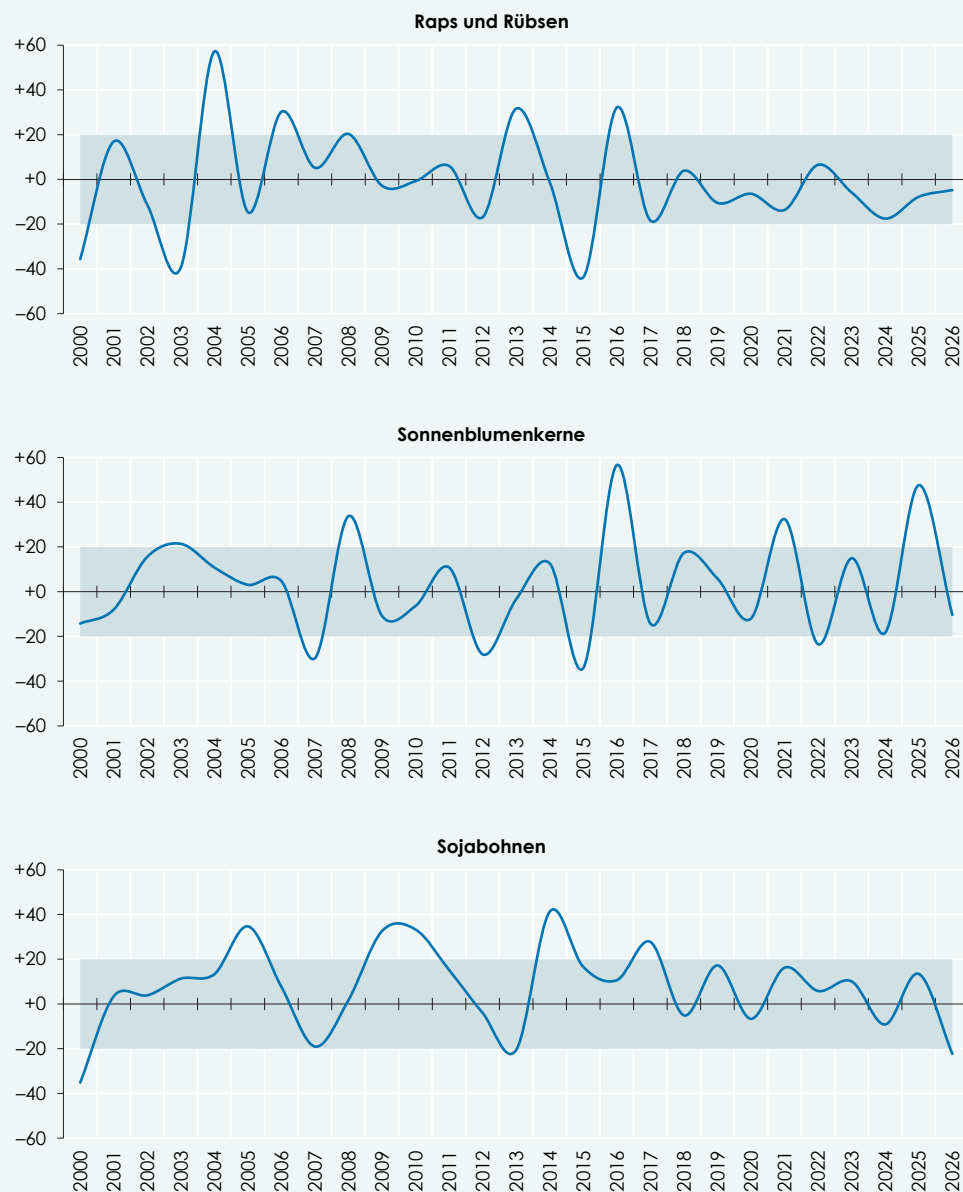
In %



Q: Statistik Austria, Ernteberichterstattung; WIFO. 2026: vorläufige Ernteergebnisse bzw. WIFO-Schätzungen, Stand 20. 8. 2026.

Abbildung 6: Entwicklung der Endproduktionsmengen an Ölsaaten im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr

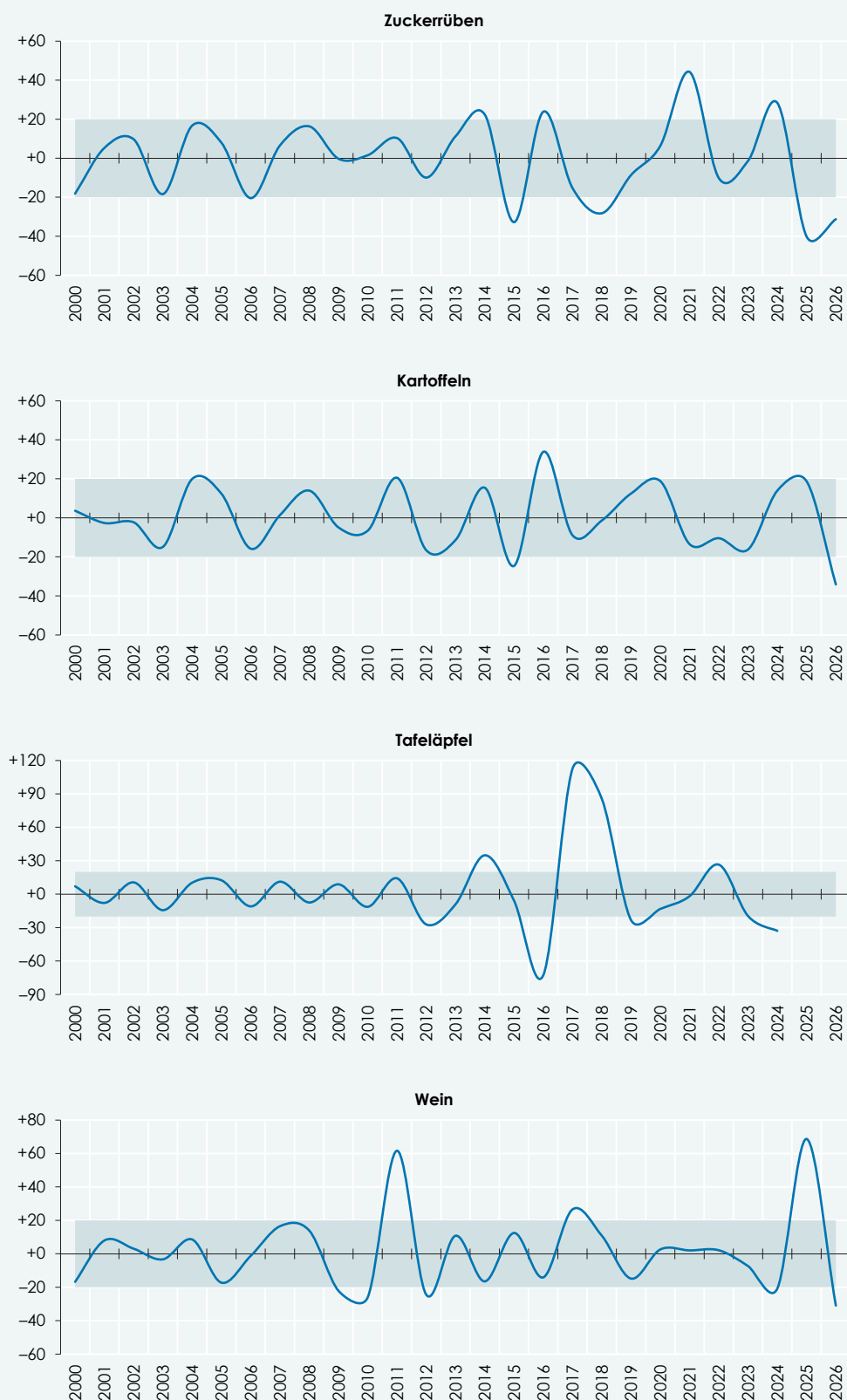
In %



Q: Statistik Austria, Ernteberichterstattung; WIFO. 2026: vorläufige Ernteergebnisse bzw. WIFO-Schätzungen, Stand 20. 8. 2026.

Abbildung 7: **Entwicklung der Endproduktionsmengen an sonstigen pflanzlichen Produkten im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr**

In %



Q: Statistik Austria, Ernteberichterstattung; WIFO. 2026: vorläufige Ernteergebnisse bzw. WIFO-Schätzungen, Stand 20. 8. 2026.

Übersicht 4: **Versicherte Fläche und Durchversicherungsgrad in der Hagel- und Frostversicherung**

	Fläche insgesamt laut INVEKOS	Hagelfläche	Elementarfläche	Hagel	Frost
	In ha	Versicherte Fläche in ha		Durchversicherungsgrad ¹⁾ in %	
Ackerland					
2016	1.139.756	895.173	696.370	79	61
2017	1.133.688	898.427	722.488	79	64
2018	1.127.139	896.591	729.171	80	65
2019	1.122.175	896.915	763.247	80	68
2020	1.120.283	899.131	784.755	80	70
2021	1.119.560	896.763	804.520	80	72
2022	1.130.075	915.485	839.285	81	74
2023	1.111.151	920.992	860.606	83	77
2024	1.100.383	921.916	882.974	84	80
Grünland					
2016	855.343	270.118	264.216	32	31
2017	852.274	273.088	268.225	32	31
2018	930.444	279.046	274.728	30	30
2019	856.653	311.034	308.582	36	36
2020	856.658	336.842	334.749	39	39
2021	851.055	344.222	342.512	40	40
2022	837.305	356.146	354.665	43	42
2023	818.738	372.763	371.714	46	45
2024	818.397	388.287	387.112	47	47
Weingärten					
2016	40.486	28.207	10.285	70	25
2017	41.261	29.861	14.666	72	36
2018	41.762	29.893	16.274	72	39
2019	41.805	29.341	16.576	70	40
2020	45.173	28.613	16.154	63	36
2021	45.228	28.203	15.981	62	35
2022	45.017	28.132	16.885	62	38
2023	44.798	28.004	16.736	63	37
2024	44.456	27.959	16.940	63	38
Obstanlagen					
2016	14.053	8.359	5.379	59	38
2017	14.670	9.092	6.553	62	45
2018	14.675	9.021	6.855	61	47
2019	14.451	8.575	6.629	59	46
2020	14.205	8.190	6.743	58	47
2021	14.042	8.215	6.763	59	48
2022	13.878	8.107	6.794	58	49
2023	13.088	7.657	6.421	59	49
2024	12.910	7.387	6.188	57	48

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft – BML, Grüner Bericht 2025, Tabelle 5.3.1.7. INVEKOS . . . Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem. – ¹⁾ Die Frostfläche und der dazugehörige Prozentsatz wurden der Elementarfläche zugerechnet. Alle versicherbaren Schäden im Pflanzenbau sind Elementarschäden, Hagel wird nur gesondert gewertet, da es als Grundelement jeglicher Versicherungsprodukte verpflichtend ist.

Übersicht 5: Versicherte Rinder-Großvieheinheiten

	Burgen- land	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steier- mark	Tirol	Vorarl- berg	Wien	Österreich
	Anteile in % an allen Rinder-Großvieheinheiten laut Tierliste, INVEKOS									
2018	32,2	36,2	34,2	42,0	38,1	29,3	25,8	25,6	0,0	35,0
2019	38,4	37,5	37,5	47,8	44,3	31,8	28,3	31,1	0,0	38,9
2020	45,0	38,8	40,1	50,3	47,3	35,8	35,8	31,9	0,0	42,1
2021	48,3	40,8	39,7	49,5	48,1	38,1	37,3	34,1	0,0	42,8
2022	45,9	42,4	41,2	50,8	49,6	39,5	39,4	35,0	0,0	44,3
2023	48,2	43,0	43,6	53,8	51,6	41,2	41,0	38,5	0,0	46,4

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft – BML, Grüner Bericht 2025, Tabelle 5.3.1.7a. INVEKOS . . . Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem.

Übersicht 6: Ernte- und Tierversicherungen – Zuschüsse durch Bund und Länder gemäß HVFG

	Burgen- land	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steier- mark	Tirol	Vorarl- berg	Wien	Österreich
	Mio. €									
2007	3,177	1,116	7,766	3,353	0,312	6,713	0,389	0,096	0,337	23,258
2008	3,065	1,152	7,722	3,801	0,363	7,501	0,531	0,103	0,320	24,558
2009	3,872	1,544	9,679	4,024	0,377	9,050	0,576	0,110	0,359	29,590
2010	4,766	1,910	11,290	6,343	0,480	10,650	0,749	0,125	0,570	36,883
2011	4,931	1,861	11,744	6,363	0,449	9,744	0,739	0,122	0,583	36,536
2012	5,198	1,895	11,721	6,425	0,443	8,925	0,745	0,114	0,578	36,043
2013	5,564	1,881	13,047	6,827	0,456	9,417	0,889	0,113	0,623	38,817
2014	5,624	1,870	13,102	6,784	0,479	9,189	0,861	0,111	0,572	38,593
2015	5,441	1,806	12,874	6,385	0,460	8,985	0,808	0,104	0,577	37,441
2016	6,400	2,847	16,349	8,607	0,592	8,897	1,037	0,145	0,728	45,602
2017	7,960	3,190	18,511	9,082	0,666	12,994	1,232	0,157	0,742	54,535
2018	8,742	3,466	21,338	10,517	0,704	14,985	1,338	0,172	0,791	62,052
2019	10,302	5,778	28,763	18,548	1,884	18,953	2,127	0,518	0,841	87,714
2020	10,644	6,063	32,494	22,138	2,244	20,375	2,575	0,525	0,843	97,901
2021	11,497	6,111	32,996	21,801	2,322	21,296	2,779	0,570	0,814	100,186
2022	14,600	6,950	38,909	25,374	2,488	24,541	3,104	0,623	0,911	117,499
2023	16,528	8,598	44,463	28,778	3,219	28,241	3,637	0,826	1,012	135,302
2024	15,369	8,633	48,492	34,643	3,912	28,831	4,369	1,023	1,058	146,329

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft – BML, Grüner Bericht 2025, Tabelle 5.3.1.6. HVFG . . . Hagelversicherungs-Förderungsgesetz.

- 11/2025** Konjunktur in Österreich verläuft flach • Konjunktureinschätzungen kaum verändert. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2025 • Digitalisierung in Österreich: Die Rolle der künstlichen Intelligenz am Arbeitsplatz • Oliver Fritz, Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an • Unsicherheitsabhängige Konfidenzintervalle für WIFO-Konjunkturprognosen
- 12/2025** Anzeichen einer Stabilisierung der Industriekonjunktur • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor • Die WIFO-Schnellschätzung: Revisionsanalyse und Kurzbeschreibung der Methode • Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten. Neue Evidenz aus einer dynamischen Mikrosimulation
- 1/2026** Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026 • Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025 • Schutzwälder in Österreich. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance
- 2/2026** Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt • Zögerliche Verbesserung der Konjunktureinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026 • Europäische Industriepolitik im Wandel • Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung. Euroconstruct-Prognose bis 2028
- 3/2026** Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2025. Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme • Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben • Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat
- 4/2026** Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027 • Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031 • Leichtes Wachstum löst Rezession ab. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025 • Ende des Zinssenkungszyklus, zaghaftes Kreditwachstum und Hausse an den Börsen
- 5/2026** Auswirkungen des Iran-Krieges auf die Konjunktur bereits sichtbar • Energiepreisauftrieb infolge des Iran-Krieges drückt Konjunkturstimmung. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2026 • Konjunkturflaute und Unsicherheit prägen weiter den österreichischen Arbeitsmarkt • Leichte Erholung in der Industrie bei schwachen Exporten und investitionsgetriebenen Importen. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2025
- 6/2026** Unternehmensstimmung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau • Leichter Aufschwung erreicht fast alle Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2025 • Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip • Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierte Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik
- 7/2026** Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus. Prognose für 2026 und 2027 • Investitionsdynamik verläuft 2026 durchwachsen. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2026 • Budgetpolitik weiterhin auf Sanierungskurs. Bundesvoranschlag 2027/28 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2027 bis 2031 • Der Einfluss des Preisbereinigungsverfahrens auf die Messung der Wirtschaftsentwicklung in Krisenzeiten
- 8/2026** Ölpreisschock unterbricht die Konjunkturerholung – Industrieproduktion steigt entgegen dem Auftragstrend • Konjunkturstimmung bleibt trotz Verbesserung gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2026 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung nahm 2025 etwas ab • Lohnnebenkosten in Österreich – Abgrenzung, Entwicklung und Traglast

Präsident

Dr. Harald Mahrer

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Mag. Jochen Danninger, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank

Anton Matile, Landeshauptmann von Tirol

Wirtschaftspolitische Beirat

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagel-

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alex Crescentini, Alexander Daminger, Katharina Drescher, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Marian Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Rotem Zelingher, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs,

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Barbara Novak, MA, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien

Mag. Tobias Schweitzer, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

versicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Hendrik Mahlkow, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Birgit Niessner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Fabian Gabelberger, Ursula Glauninger, Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Kathrin Hofmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Christopher Arndt, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellinger, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Lüftner, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Merfinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

